

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 2. April 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## In Südwales.

Bei der großen Bedeutung, die der Streik der englischen Bergarbeiter für die Entwicklung der Klassenkämpfe in England gewonnen hat, haben wir unseren englischen Korrespondenten ersucht, eine Reise durch das Streikgebiet zu unternehmen und uns eine eingehende Schilderung der Situation zu entwerfen.

Redaktion des „Vorwärts“.

**Merthyr, 20. März.** (Eig. Ber.) Der Streik hat die Fahrpläne abgebrochen. Glücklich der Reisende, der nach langen Verzögerungen schließlich dennoch sein Ziel erreicht. Langsam windet sich der Zug durch die walisches Täler. Auf beiden Seiten klettern die Bergarbeiterhäuschen die steilen und fahlen Hügel hinauf. Ueberall bemerkt man die großen Schutthäufen der Bergwerke, in denen Männer, Frauen und Kinder, mit Harke und Sack versehen, nach vergessenen Kohlenstücken suchen. Endlich hält der Zug in Merthyr an.

Merthyr ist eine Arbeiterstadt, die in der Vergangenheit mehr Verdienst hat als die meisten ihrer Schwestern. Sie hat einen Sozialisten ins Parlament geschickt, den alten Vorkämpfer Keir Hardie, und kann sich eines gut benannten und gut redigierten sozialistischen Wochenblatts, des „Pioneer“ und eines sozialistischen Klubs rühmen.

Im Klub der Independent Labour Party diskutierte man eifrig die Frage des Augenblicks: Wie werden die Bergarbeiter stimmen? Werden sie die Arbeit wieder aufnehmen? Die Meinungen waren geteilt. Einige meinten, eine Fortsetzung des Kampfes sei nutzlos und in Anbetracht der sich leerenden Kassen auch gefährlich. Andere Genossen waren für eine Fortsetzung des Streiks, die eine schnellere und günstigere Erledigung der Minimallohnfrage herbeiführen müsse. Man war sich aber einig, daß Südwales gegen die Wiederaufnahme der Arbeit stimmen werde; in ganz Großbritannien werde sich jedoch eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit finden. Allerdings für den Distrikt um Merthyr sah man eine große Mehrheit gegen die Fortsetzung des Streiks voraus. Dieser nördlichste Teil des südwalisischen Kohlenreviers ist schlecht organisiert. Zwischen 25 und 50 Proz. der Bergarbeiter gehören dem Verbands nicht an. Aus den nördlichsten Distrikten von Wales wandern noch immer viele Landarbeiter ein, die der Organisation schwer zugänglich sind. Und den Unorganisierten, die man hier sonderbarerweise mitstimmen läßt, hat der Kampf schon viel zu lange gedauert.

Hier in Merthyr haben wir die Quelle der Fabel von den hohen Löhnen der Bergarbeiter entdeckt. Während der letzten Zeit hat die kapitalistische Presse von Bergarbeitern erzählt, die 6, 7 und 8 Pfund Sterling die Woche verdienen. Es gibt hier solche Bergarbeiter, die dazu auch nur sehr wenig arbeiten. Es sind die sogenannten „contractors“; Zwischmeister, die die ganze Arbeit in einem Teil der Grube übernehmen und die eigentlichen Bergarbeiter beschäftigen und bezahlen. In einer Grube mag es 10 oder 12 solcher Zwischenmeister geben, die sich auf ihren Posten halten, indem sie den Betriebsführern Schmiergelder zahlen, wie mir ein alter Genosse, ein Kontrollurwegemeister versicherte. Wo die Organisation stark ist, lassen sich die Arbeiter dieses Ausbeutungssystem nicht gefallen; um Merthyr herum steht es jedoch in voller Blüte.

Merthyr liegt im oberen Tale des Flusses Taff, das die Taff-Bale-Eisenbahn durchfließt, deren Name durch den Entschluß gegen die Gewerkschaften weltberühmt geworden ist. In Gesellschaft eines Kontrollurwegemeisters und seines Schwiegerjohns, eines Schleppers, unternahmen wir einen Spaziergang durch das mit Bergwerken gespickte Tal des Taffs, durch Troedrhwy nach Tonypandy im Kohlenrevier. Die Felsen lagen wie ausgestorben da. Nur die Hebel der Pumpen, die sich langsam auf und ab bewegten, deuteten an, daß noch Leben und Hoffnung vorhanden war. Nirgend eine Spur von Polizei oder Militär. Auf den großen Schutthäufen der Felsen gruben Männer und Knaben emsig nach Kohlenstücken, die sie in Säcke packten und nach Hause oder zum Verkauf trugen. Niemand hinderte sie daran. Auch hinderte uns niemand, als wir die Felsenanlagen besichtigten. Die Besitzer haben ihr Eigentum den Arbeitern zur Verwahrung anvertraut, und die Arbeiter denken natürlich nicht daran, Dinge zu zerstören, die sie in einigen Tagen vielleicht schon wieder sehr notwendig brauchen. Hier und da ladete man Eisenbahnwaggons mit Kohlenstaub, der schon jahrelang unberührt dazuliege. Bisher zahlte es sich nicht, diesen Abfall, den man zur Heizung von Dampffesseln benutzen kann, zu verwenden. Heute während der Kohlennot verkaufen ihn die Kohlenbesitzer zu Preisen, die sie sonst kaum für die beste Qualität Kohle erzielen können.

Sonst aber herrschte die Ruhe des Sonntags. Die Bergknappen standen sauber gekleidet auf den Straßen und blähen der Dörfer umher und sahen sich mit neugierigen und argwöhnischen Blicken die vorüberziehenden Fremden an. Ob das Journalisten sind, die herkommen, um uns zu verunglimpfen? Von Rot und Glend sah man keine Spur.

Aber es war dennoch anwesend und in unserer Mitte. Auf dem Wege nach Troedrhwy gestellte sich ein Erdarbeiter zu uns. Der arme Teufel ging zu Fuß von Merthyr nach Tonypandy und zurück, um sich die Zeit und den Hunger zu vertreiben. Er arbeitete an einem Reservoir, das die Stadt

Gardiff in der Nähe von Merthyr baut. Während der Wintermonate konnte er wegen des Regens nur an drei Tagen der Woche arbeiten und als der Streik kam und keine Kohlen für die Maschinen erhältlich waren, fand er sich ohne Ersparrnisse. Er tröstete sich aber mit dem Gedanken, daß es tausenden anderen noch schlimmer ging als ihm selbst.

Die Bergarbeiterstadt Tonypandy hat seit den Tumulten des großen Streiks der Arbeiter des „Cambrian Combine“ einen schlechten Namen. Ein Mitreisender versicherte uns, daß Tonypandy ein Räubernebst sei und daß wir uns vor der Bevölkerung, die mehr den Wilden als den zivilisierten Völkern ähne, in acht nehmen müßten. Aber hier bewährte sich wieder das alte englische Sprichwort: Erst gibt man dem Hund einen schlechten Namen und dann hängt man ihn auf. Die Räubergeschichten, die die bürgerliche Presse über Tonypandy verbreitet hat, sind ebensowenig wahr, als ihre abfällige Beschreibung des Ortes. Es ist ein schmales reines Städtchen mit schönen Geschäften und soliden Gebäuden, höchst respektabel aussehenden Arbeiterhäuschen. Hier ist das Zentrum der südwalisischen Bergarbeiterföderation. Von den 60-70 000 Bergarbeitern der Umgegend sind fast alle in der Organisation. Die Löhne sind daher auch besser als in anderen Teilen des Landes. Als wir mit einigen Bergarbeitern über den Stand der Organisation sprachen, meinten alle, daß es Unorganisierte überhaupt nicht gebe. Nur einer bemerkte, daß er einen Unorganisierten kenne.

In Blaenclydach bei Tonypandy haben die Genossen der B. S. P. einen schönen Klub, den „Marxistischen Klub“, der augenblicklich 120 Mitglieder zählt. Während des Streiks steht Brot und Schinken oder Käse auf den Tischen des Vereins, das den Mitgliedern kostenlos verabreicht wird. Die Streiks der letzten Zeit haben die Entwicklung des Klubs sehr aufgehalten. Der Sekretär glaubt, daß der Klub in der nächsten Zukunft schnelle Fortschritte machen wird. Er versicherte uns, daß die Mitglieder sehr opferwillig sind, wenn es auf die Verbreitung der sozialistischen Ideen und die Stärkung der sozialistischen Organisation ankomme. Ueberhaupt gewinnt man im Umgange mit den Bewohnern der Gegend eine ganz andere Idee von Tonypandy und seiner Arbeitererschaft, als man von den Verleumdungen der kapitalistischen Presse haben könnte.

Die Gegend ist aber nicht allein das Rückgrat der südwalisischen Bergarbeiterbewegung, sondern auch das Machtbereich des gewaltigen D. A. Thomas, des Königs Kohle, wie er genannt wird. Hier befinden sich die Felsen des „Cambrian Combine“, des von Thomas gegründeten Kohlentrusts. „Ein geriebener Hund, dieser Thomas“, sagte uns ein Bergarbeiter. „Mit einer Fackel fing er an, der „Cambrian Colliery“. Heute gehören ihm alle in der Nachbarschaft und noch viele andere. Er gebietet über Felsen, Eisenwerke, Eisenbahnen, Schiffslinien und wer weiß was sonst noch. Die anderen Kohlenbesitzer ducken sich vor ihm und fürchten ihn; denn sie wissen, die Zeit ist nicht fern, wo er sie alle auffressen wird. Und wissen Sie, daß wir diesen Menschen einmal im Wagen hier die Court-Strafe hinaufgezogen haben? Das war im Jahre 1898, wenn ich nicht irre, bei einem großen Streik, als wir eine Lohnerhöhung von 20 Proz. verlangten. Von allen Kohlenbesitzern bewilligte sie nur Thomas, aber nur unter einer Bedingung, und die war, daß 10 Proz. der Aufbesserung während des Streiks zur Unterstützung der Streikenden verwendet werden sollten. Wir Narren willigten ein und halfen ihm, seinen Konkurrenten die Kunden wegzuschnappen. Wir waren begeistert. Unten am Court-Hotel spannten wir ihm die Pferde aus dem Wagen und zogen den Wagen selbst die Straße hinauf. Wenn man bedenkt, wie nützlich die Menschen handeln können!“

## Die Bergarbeiterbewegung.

### Der Streik im sächsischen Kohlenrevier.

**Zwickau, 1. April.** (Privattelegramm.) Die dritte Woche des Bergarbeiterstreiks zeigt noch ebenso geschlossene Reihen wie sonst. Am Montag früh konnte aus allen Streikbureaus gemeldet werden, daß nicht die geringste Abspaltung der Streikenden erfolgt. Bei der am Montag erfolgten Auszahlung der Unterstützung an die Streikenden konnte allenthalben unverminderte Kampfesfreude beobachtet werden.

In den Schächten sieht es teilweise sehr schlimm aus. Es gehen viele Strecken zu Bruch. Man nimmt keine Reparaturen vor, weil alle verfügbaren, und auch die Reparaturkräfte an die leicht zu erreichenden Abbauorte gestellt werden, um die Streikenden durch eine künstlich gesteigerte Kohlenproduktion verblüffen und verwirren zu können. — Die Werke verschicken jetzt an jeden Einzelnen der Streikenden Postkarten, die die Streikenden zu einer Besprechung auf das Werk vorladen, wobei dann versucht wird, auf sie einzuwirken, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen. Bis jetzt hat dieses Verfahren keinen Erfolg gehabt. Seit Ausbruch des Streiks ist die Organisation der Bergarbeiter im dortigen Revier um 900 Mitglieder gewachsen.

### Ende des Streiks im Deister-Gebiet.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Bergleute im Deister-Gebiet hatte am Sonnabend beschlossen, nun ebenfalls den Streik abzugeben. Versammlungen der Bergarbeiter am Sonntag stimmten dem zu. Montag früh sollten die Bergleute sich auf den Gruben wieder zur Ansetz machen. Die Betriebsleitung erklärte

jedoch meist, daß nach Lage des Absatzes und des Betriebes das Werk nicht in der Lage sei, die Leute sofort wieder einzustellen; die Annahme könne nur nach und nach erfolgen. Tatsächlich wurden denn auch im Deister-Revier 700 Bergarbeiter und im Schaumburg-Lippe, wo die Arbeit in der vorigen Woche schon aufgenommen werden sollte, 800 Bergleute nicht angenommen. Die Ablegung einer so großen Anzahl von Arbeitern kann nur als eine direkte Maßregelung angesehen werden, denn die Bergbehörde braucht die Leute, da mit so geringer Belegschaft der Betrieb in den Gruben doch nicht aufrechterhalten werden kann. Es ist den Streikenden denn auch gleichzeitig bemerkt worden, daß sie später Bescheid bekämen, wann und wer von ihnen später wieder ansfahren kann; vor Ostern würde das bestimmt nicht eintreten.

## Vom Bergarbeiterstreik im böhmischen Braunkohlenrevier.

Die erste Streikwoche ist nun vorüber. Die Zahl der Streikenden ist mit Beginn der zweiten Woche größer geworden. Zieht man einen Vergleich mit dem letzten großen Bergarbeiterstreik in Nordwestböhmen, so kann man konstatieren, daß er umfangreicher wie damals ist.

Ein systematischer Schwandel sind die Berichte der bürgerlichen Presse. Und am gefährlichsten liegt der offizielle Bericht über den Stand des Streiks. Tatsache ist, daß die Arbeitsruhe allgemein ist.

Täglich finden nun im Streikgebiet Versammlungen statt, die ausnahmslos einen gewaltigen Besuch aufzuweisen haben. Die Streikenden offenbaren in diesen Versammlungen einen ungebrochenen Kampfesmut und geloben, in diesem Kampfe auszuhalten, bis sie den Erfolg an ihre Fahne heften können.

Die bisher von verschiedenen Werksleitungen gemachten Konzessionen werden als ungenügend bezeichnet, so auch jene, die eine an den staatlichen Schächten angeschlagene Kundmachung enthält. — Der Sektionschef Hermann vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist in Prag eingetroffen und war bei den Ausgleichsverhandlungen mit dem Streikkomitee anwesend.

## Rassenverhaftungen.

Aus Prag wird berichtet: Zu Dubenitz wandern die Bergarbeiter, die im Streik stehen, in den Arrest. Warum? Angeblich haben sie sich eines Auslaufes schuldig gemacht oder sind „nicht auseinandergegangen“. Vielfach erfolgen aber solche Verhaftungen erst tagelang nach der angeblich strafbaren Tat, einfach auf Grund der Denunziation eines erbärmlichen Subjekts. Damit hofft man die Streikenden einzuschüchtern. Alle Anträge, die Verhafteten aus der Unterjuchungshaft zu entlassen, werden kurzweg abgewiesen. Vielleicht erkennt man am besten die wahren Beweggründe dieser Rassenverhaftungen in Äußerungen des hiesigen Bezirksamtmannes. Als von der Haftentlassung der Leute die Rede war, verwies er darauf, daß das Säuere der Gerichte sei, meinte dann aber noch, wenn der Streik beendet würde, würde er seinen ganzen Einfluss aufbieten, um die Freilassung der Leute durchzusetzen. Diese unbegründeten Rassenverhaftungen wirken so aufreizend, daß man sich nicht wundern kann, wenn dadurch heftigere Formen des heutzutage ruhigen Lohnkampfes geradezu heraufbeschworen werden.

## Einigungsverschlüsse.

Die Grubenherren Nordwestböhmens haben ihren guten Willen bewiesen, indem sie die Wahl des Vorsitzenden des Einigungsamtes unterließen. Es wurde also von der Bergbehörde ein Rechtsanwalt als Vorsitzender ernannt. Die Verhandlungen beginnen am 2. April, im Mährisch-Schwarzer Revier erst am 10. April.

Den staatlichen Bergarbeitern wurden vom obersten Beamten des staatlichen Bergbaues, Sektionschef Homann vom Arbeitsministerium in Wien, weitere ganz nennenswerte Zugeständnisse unter der Bedingung gemacht, daß sie die Arbeit am Dienstag wieder aufnehmen.

Der „Glückauf“, das Organ der Union der Bergarbeiter Oesterreichs, erscheint statt einmal jetzt dreimal wöchentlich.

Auch die Bergwerksmaschinen haben durch ihren Verbandsforderungen überreicht.

Im Teplicher Bezirk fehlt es den Ziegeleien schon an Brennmaterial, wodurch natürlich das Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen wird.

## Riesenstreik in Amerika.

**Cleveland (Ohio), 1. April.** Vierhunderttausend Bergleute in den Anthrazit- und Weichkohlenrevieren stellen morgen um Mitternacht die Arbeit ein. Sowohl die Grubenbesitzer wie die Arbeiterführer bemühen sich, die Dauer der Arbeitseinstellung so kurz wie möglich zu machen. Am 10. April findet in New York eine Konferenz zur Beilegung des Streiks der 170 000 Bergleute der Anthrazitgruben in Pennsylvania statt. Für die Weichkohlenreviere wurde kürzlich ein Abkommen über eine mäßige Lohnerhöhung erzielt, doch wird es erst durch eine Abstimmung des Verbandes ratifiziert werden, die in 14 Tagen stattfindet.

## Die Streikjuftizmitrailleuse.

**Dortmund, 31. März.** (Eig. Ber.)

Am Sonnabend wurde vor der Streikverbrecherstrafkammer des Dortmunder Landgerichts weiter gearbeitet.

Am 14. März kam der Arbeiter Ignaz Reichert von auswärts und wollte in Dortmund eine Wohnung suchen. Er erkundigte sich, was eine „Mansardenwohnung“ sei, und als er zum Dach des Hauses hinauffah, kam ein Schutzmann und ein Polize

Kommisar und Wiesen den Mann fort. Der so an der freiwilligen Arbeit des Wohnungsbauens verhindert und zum Streifen gezwungene Mann hatte sich aber nicht rasch genug entfernt. Eine „Menschenmenge“ war zwar gar nicht auf der Straße, aber die Streikbrecher sollten des Weges daherkommen. Und ebenso wie bei Streikbrechern wird ja auch bei der Anwesenheit von Streikbrechern schon vor der Zeit Weg und Steg untersucht! Als der Staatsanwalt 40 Mark Geldstrafe oder 1 Woche Haft beantragte, fiel der Angeklagte mit allen Manfardenhimmeln. Er meinte, da könnte es doch sein Recht mehr geben, wenn er sich nicht mal mehr eine Wohnung suchen dürfte! Der Mann war bisher noch unberührt geblieben von der „Überfluteten Kultur“ im Lande der vollendeten Rechtsgarantien. Es gab doch noch „Recht“: der Angeklagte erhielt 30 M. Strafe. Weil keine „Menschenmenge“ vorhanden gewesen war, wurde eine Polizeiverordnung angezogen, die von der Erhaltung der Ruhe und der Bequemlichkeit auf der Straße handelt. Es ist in diesen Tagen wirklich schwer, seine Satire zu schreiben. Der Angeklagte war doch eben nicht nur in seiner Ruhe, sondern sogar bei einem wichtigen und notwendigen Geschäft gestört worden, und zwar von der Polizei!

Dann kamen zwei Frauen in die Anklagebank. In einem Fall trat Verlesung ein, von wegen nicht gemachter Ladungsfrist. In dem anderen Fall hieß es im Eröffnungsbeschluss, daß wegen einer am 13. März gefallenen Verurteilung das Verfahren eröffnet worden, daß es aber wegen eines Falles vom 14. März abgelehnt worden sei. Bei der Verhandlung stellte sich aber bald heraus — es geht eben alles „holterdipolter“ bei dieser Schnelligkeit —, daß der Vorfall am 14. März passiert war. Der Verteidiger erklärte, daß ja doch abgelehnt worden sei, wegen des Falles vom 14. das Hauptverfahren zu eröffnen. Holland schien in Not. Nach der Beratung wurde verkündet, daß bei einem „Zeitverzug“ doch verhandelt werden könne. Da sich aber herausstellte, daß bei der Fügigkeit die Richtigkeit auch noch weiter zu kurz gekommen war, daß man einen „falschen Steiger“ als Zeugen erwischt hatte, mußte verlagert werden.

Und noch eine Frau. Die Witwe des Zimmermeisters Heinrich aus Hornbruch sollte einem Streikbrecher: „Ihr Schmachlappen!“ zugerufen haben. Die Frau gab an, die Anzeige sei nicht weiter wie ein Acheakt. Der in Frage kommende Arbeitswille sei einmal, obson die Kinder gefragt hätten, die Mutter liege im Bett, in ihre Schlafkammer gekommen und habe ihr unfehlige Anträge gestellt. Der Streikbrecher-Zeuge hatte eine Niesenangst vor dem Eide, es half aber nichts. Er gab zu, daß er in der Schlafkammer der Angeklagten war und daß diese ihn in seiner Wohnung im Weisheit seiner Frau darüber zur Rede gestellt hat. Die Frau erklärte noch, wenn sie ins Gefängnis komme, verliere sie eine kleine Rente, die sie von der Eisenbahn bekomme. Der Staatsanwalt beantragte 1 Woche Gefängnis, das Gericht kam zur Freisprechung.

Das ist die erste Freisprechung bei den Streikdelikten.

**Verurteilung.** In dem Bericht über die Mittwochverhandlung in der Nr. 76 des „Kornwärters“ hieß es bei dem dritten mitgeteilten Fall, der Angeklagte sei zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es muß heißen: zu 4 Wochen.

## Das umgefallene reichsländische Zentrum.

Aus dem Elsaß wird uns geschrieben:

Die oppositionelle Geldenpose des elsass-lothringischen Zentrums, welche dieser Partei bei den Hauptwahlen zum neuen Landtag am 22. und 29. Oktober vorigen Jahres beinahe die Mehrheit im elsass-lothringischen Parlament gebracht hat, ist verschwunden. Sie ist bei der Abstimmung über den Gnadenfonds des Kaisers und seines Statthalters in Elsaß-Lothringen am Donnerstag, den 28. März 1912, nämlich in Schwerden gegangen. Der Preis war des Schmeißes der Widen wert, und Schweiß gab's in der Tat, bis die Sache so weit war, ja sogar Angstschweiß; denn hinter den 100 000 M. die dieser Gnadenfonds betrug, stand mehr dahinter stehend drohend der Sturz des gegenwärtigen Ministeriums in Straßburg, der auch durch eine Auflösung des Landtages mit nachfolgenden Neuwahlen nicht hätte verhindert werden können. Die Nachwahlen zum Landtag zu Anfang März d. J., unter dem frischen Eindruck der Streikung der 100 000 M. des kaiserlichen Gnadenfonds und der 44 000 M. für die Geheimpolizei in der Budgetkommission der zweiten Kammer durch Sozialdemokraten und Zentrum haben drohsüßig dargetan, daß im Falle einer Auflösung des Landtages wegen dieser Streikungen sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie nicht jähwächer, sondern ganz wahrscheinlich stärker wiederkämen, als man sie heimlich dachte. Über das Zentrum mochte oppositionelle Wahlen von jeder nur, um sich auf Kosten der bei den Wahlen vertretenen Grundsätze hernach mit den Machthabern zu verständigen. Der Preis seines Entgegenkommens wird bald sichtbar werden.

Der Unfall des Zentrums in der Kammer Sitzung vom 28. März, wo von 25 einzelnen Zentrumsgenossen 14 für die Behaltung des Gnadenfonds stimmten, 1 sich enthielt und nur 10 ihrem ablehnenden Standpunkte treu blieben, ist nicht ungeschicklich. Das Zentrum hatte in der Kommission den Gnadenfonds abgelehnt, weil die Regierung die geforderte parlamentarische Kontrolle über die Verwendung der Gelder verweigert hätte. In der Plenarsitzung vom 28. März erklärte Staatssekretär Horn v. Busch, der sich mittlerweile durch vertrauliche private Verhandlungen von Mann zu Mann die Mehrheit für die Bewilligung gesichert hatte, kategorisch aufs neue: Die Regierung lehne es ab, dem Landtag Einsicht in die Akten des Gnadenfonds zu gewähren. Sie sei lediglich bereit, dem Präsidium des Landtages und einer Subkommission in mündlicher und vertraulicher Form eine summarische Uebersicht über die Verwendung des Fonds nach einzelnen Kategorien (Witwen, Waisen, einmögliche Unterhaltungen, Vereine, gemeinnützige Anstalten usw.) zu geben. Und als der Fraktionsführer Hauß zur Bemängelung des Zentrumsumfalles um eine entgegenkommende Erklärung der Regierung über die Errichtung eines Rechnungshofes in Elsaß-Lothringen, dem vielleicht der Kammerpräsident angehören könnte, bat, antwortete der seiner Sache sichere Staatssekretär in Entgegnung auf eine hochste Frage Wetterles brüsk: Diesen Rechnungshof für Elsaß-Lothringen werde die Regierung gerne in Erwägung ziehen, ja sie werde seiner Errichtung zustimmen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnen könne, daß er im Interesse des Landes liegt, aber ein Recht der Kontrolle oder der Kritik gegenüber dem Gnadenfonds würde diesem Rechnungshof nicht zustehen.

Damit mochte die Regierung unmittelbar vor der Abstimmung einen dicken Strich durch die demagogische Schwindelrechnung des Zentrums, und die sozialdemokratischen Redner nannten den unschuldigen Rechnungshof prompt das bereits durchgeführte Feigenblatt für die Zentrumslüge. Doch die Zentrumsfractionsmehrheit biß sich auf die Lippen und — stimmte für den Gnadenfonds. Es wird kein Finanzgesetz in diesem Hause mit den Stimmen der Zentrumsfractions zur Annahme gelangen, dem nicht auch die

Sozialdemokratie ihre Zustimmung erteilt.“ erklärte bröhnend mit entsprechend großen Gesten bei der Generaldebatte über das diesjährige Budget in der zweiten elsass-lothringischen Kammer der Zentrumsführer Hauß. Der 28. März hat bereits gezeigt, daß diese großen Worte eine große Lüge waren. Die Lüge, ohne die das Zentrum nicht das Zentrum wäre! Sie hatte diesmal ausnehmend kurze Weine, diese Lüge. Die Wahrheit ist energisch auf dem Marsche, und ihr weiteres Fortschreiten bedeutet in Elsaß-Lothringen den wachsenden Zusammenbruch des Zentrumskolosses, eines Kolosses mit ädernen Füßen. Es bedeutet das zunehmende Uebergewicht der Sozialdemokratie!

## Der Krieg.

### Ueber die Friedensvermittlung

Schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Was die Friedensvermittlung anlangt, so scheint sich nach Zeitungsmeldungen, die unwiderprochen geblieben sind, eine Parallellaktion der fünf Großmächte in Konstantinopel nach Art des von ihnen in Rom unternommenen Schrittes anzubahnen, wenn auch amtlich in diesem Sinne bisher nichts geschehen sein dürfte. Es würde sich also darum handeln, ob die fünf Mächte es für angemessen halten, wie Italien auch die Türkei in freundschaftlicher, aber amtlicher Form über ihre Friedensbedingungen zu befragen.

### Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

**Derna, 31. März.** (Meldung der „Agenzia Stefani“.) In der Nacht vom 29. zum 30. d. M. versuchte der Feind, die Wasserleitung zu zerstören, wurde aber durch das Feuer der italienischen Artillerie verhindert.

**Rom, 1. April.** Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tobruk vom 31. März: Heute früh rückte der Feind in drei Kolonnen von zusammen etwa 3000 Mann gegen im Bau befindliche Befestigungen vor, wurde jedoch durch das Feuer der 149. Batterie ohne Verluste für die Italiener zum Rückzug gezwungen. — Gleichzeitig wird aus Benghasi gemeldet: Eine Eskadron eingeborener Kameleureiter, die auf italienischer Seite kämpften, wurde auf einer Erkundung im Norden der Dase Suni Osman von Beduinen aus dem Hinterhalt angegriffen. Nach heftigen Kämpfen wurden die Beduinen unter Verlusten in die Flucht geschlagen. Einer der Kameleureiter wurde getötet, ein zweiter verwundet.

**Rom, 1. April.** Der Korrespondent des „Corriere d'Italia“ meldet aus Tripolis, daß dort zwei kerkbare Luftschiffe der Italiener in der Nähe von Jangur von den Türken beschossen und zerstört worden sind.

### Intoleranz auf dem Kriegsschauplatz.

**Rom, 30. März.** (Eig. Ber.) Der italienische Kriegsminister hat in der Kammer die Nachricht demontiert, nach der ein Waldenser Sanitätsfeldarzt in Derna aus Intoleranz des katholischen Alexus außerhalb des Friedhofs bestattet worden wäre. Die Bestattung wäre zwar außerhalb des Friedhofs erfolgt, aber auf ausdrücklichen Wunsch eines der Waldenser Konfession angehörenden Offiziers. Diese Darstellung wird jetzt im „Messaggero“ vom 30. März durch einen Brief demontiert, den fünf Sanitätsfeldärzte und der Direktor des Lazarett unterzeichnet haben. Danach hätte sich die Sache wie folgt zugetragen. Der an Unterleibstypus verstorbene Soldat wurde auf Wunsch anderer Waldenser ohne kirchliche Begleitung beerdigt, weil ein Pfarrer seiner Konfession nicht zu finden war. Als die der Leiche folgenden das Grab außerhalb des Friedhofs fanden, stießen sie sich an die Sache nicht, weil sie die Bestattung als sanitären Rücksichten erklärten. Der Militärkapuziner beillie sie aber, ihnen den Star zu stehen. Er sagte ihnen mitleidig: Ihr habt Euren Willen durchsetzen wollen und die katholischen Geistlichen ausschließen; dafür habe ich den Toten wie einen Hund begraben lassen.

Die Beteiligten meldeten dieses christliche Wort dem Hauptmann Valentini, der den frommen Bruder zur Rede stellte und von dem Kapuziner die Antwort erhielt, daß er als Direktor des Kirchhofs den Leichnam hätte entfernen lassen, wenn man den Waldenser in der geweihten Erde bestattet hätte. Das hört sich doch wesentlich anders an, als die Erklärungen des Kriegsministers. Daß der Tote inzwischen auf dem allgemeinen Friedhof Platz gefunden hat, schafft natürlich die Intoleranz nicht aus der Welt.

## Die Revolution in China.

### Anleihe-Futigen.

**Peking, 1. April.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die telegraphisch aus Hankau gemeldet wird, hat die russisch-katholische Bank der Regierung in Wutschang 1 1/2 Millionen Taels im Auftrage des belgischen Syndikats angekauft. Der belgische Vertreter des belgischen Syndikats gibt an, daß China 5 1/2 Millionen bewilligt worden sind. — Die Opposition gegen Tangschaochi ist in Nord-China im Wachsen begriffen, weil der Glaube vorherrscht, die belgische Anleihe sei hauptsächlich ein russisches Unternehmen. — Vier herrscht die Ansicht, die russische Abneigung, der internationalen Gruppe beizutreten, offenbare den Wunsch, nicht durch Verhandlungen mit anderen Mächten behindert zu werden.

### Die erste Schwurgerichtssession in China

wurde dieser Tage in Shanghai eröffnet. Die Geschworenenbank ist mit 12, die der Berufsrichter mit 8 Männern besetzt. Von letzteren sind zwei Mitglieder der englischen Anwaltschaft, aber Chinesen. Der erste Fall betraf einen früheren japanischen Beamten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April 1912.

### Das Herikale Regiment in Bayern.

Das jetzige Herikale Regiment in Bayern leistet sich die seltsamste Woge. In der „Kugelschreiber Abendzeitung“ wird ein Erlaß veröffentlicht, den der bayerische Kultusminister und der Minister des Innern gemeinsam verfügt haben. Er gibt eine Interpretation des sogenannten Jesuitengesetzes, von dem bekanntlich nur noch der § 1 übrig geblieben ist, der den Jesuiten und den verwandten Kongregationen Ordensniederlassungen und Ordensstätigkeit im Deutschen Reich verbietet. Dagegen sind die früher der Tätigkeit des einzelnen Jesuiten entgegenstehenden Hindernisse im wesentlichen beseitigt.

Um die Wirkung dieses § 1 wenigstens für Bayern aufzuheben, greift der bayerische Kultusminister, unterstützt von seinem Herikalen Kollegen aus dem Ministerium des Innern, zu folgender kuriosen Deutung des Wortes „Ordensstätigkeit“:

„Das Wort „Ordensstätigkeit“ stellt nicht einen ohne weiteres feststehenden, bestimmt ungenutzten Begriff dar. Indem der Bundesrat diesen weiteren und engerer Auslegung fähigen Begriff wählte, überließ er es der Weisheit der Bundesversammlung, die näheren Grenzen zu ziehen. Bei der schon den Einzelstaaten eingeräumten Bewegungsfreiheit für den Gesetzesvollzug wird den jeweiligen Zeitverhältnissen ein

angemessener Einfluß auf die strengere oder mildere Handhabung des Gesetzes nicht zu verlagern sein.“

Die genauere Umgrenzung des Begriffs „Ordensstätigkeit“ wird in der Weise zu erfolgen haben, daß Handlungen, die als rein priesterliche, von dem eigentlichen Aufgabenkomplex des Ordens losgelöste Funktionen sich darstellen und bei denen die Ordensangehörigen zum Zwecke vorübergehender Ausbilde in der Seelsorge einer von der Ordensleitung unabhängigen Aufsichtsgewalt unterstehen, als außerhalb des Gebietes der Ordensstätigkeit liegend angesehen werden.“

Wesentlich verschieden von den Missionen sind die Kongregationen, die hauptsächlich Vorträge apologetischen oder sozialen Inhalts zum Gegenstande haben. Solche, in großen Räumen schon bisher unbedenklich zugelassene Kongregationsvorträge werden in den vom Verbote betroffenen Wirkungskreis auch nicht einzubeziehen sein, wenn sie in kirchlichen Räumen abgehalten werden und wenn mit ihnen Gelegenheit zum Empfange der Sakramente verbunden wird.“

Wir sind grundsätzliche Gegner des Jesuitengesetzes, da es ein Ausnahmegesetz ist; doch müssen wir sagen, daß über diese Interpretationskunst selbst der Teufel Vitruvius Burghesime schlagen wird. Die Herren v. Knilling und v. Soden haben entschieden ihren Beruf verfehlt. Nach ihrer Interpretationskunst zu urteilen, würden sie zwei prächtige Jesuitenpatres abgeben.

### Die Jungliberalen gegen die „Athen“.

Die verschiedenen in der nationalliberalen Partei zusammengeführten politischen Klänge treffen für den zum 12. Mai zusammenberufenen nationalliberalen Parteitag ihre Kampfvorbereitungen. Gestern lagte in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Reichsanwalts Dr. Kaufmann-Stuttgart der Vorstand des Reichsverbandes der „nationalliberalen Jugend“, um zu beraten, wie der von der Richtung Friedberg-Fuldaer geplante Schlag gegen die Jungliberalen abgewehrt werden könne. Allgemein herrschte, wie dem „Berl. Tagbl.“ berichtet wird, ein Gefühl bitterer Erregung darüber, daß das eifrige Bemühen der Jugendorganisationen für die Partei so wenig anerkannt wurde, und daß die auf Vernichtung der Jugendorganisation gerichteten Anträge eingebracht wurden ohne jede Fühlungnahme mit deren gegenwärtigen Vertretung, ja selbst ohne vorher den Mitgliedern des Zentralvorstandes Gelegenheit zur Aussprache mit den Parteifreunden im Lande zu geben. Trotzdem waren die Versammelten nach eingehender Prüfung der im Zentralvorstand vorgebrachten Gründe der Zuversicht, daß die am 12. Mai berufenen Vertreter der Gesamtpartei sich nicht von einseitigen Interessen, sondern von der Rücksicht auf das gesamte Interesse der Partei leiten lassen werden.

Es wurde ausgeführt, daß solche Versuche in dieser ersten Zeit den Fortbestand der Partei auf das schwerste gefährden müßten. Ein Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend soll noch vor dem allgemeinen Delegiertentag der gesamten Partei einberufen werden. Bestimmung von Ort und Zeit sowie die Vorbereitungen des Vertretertages im einzelnen wurden dem geschäftsführenden Ausschuss überlassen. Die Parteileitung soll ferner ersucht werden, dem Reichsverband das Korreferat über die beantragten Statutenänderungen einzuräumen, damit nicht wie in der letzten Zentralvorstandssitzung die Vertreter des Reichsverbandes durch die Beschränkung der Redefreiheit an der Entwicklung ihrer Gründe gehindert werden.

Ferner haben die Führer der Nationalliberalen in der Provinz Hannover an den Vorsitzenden des dortigen geschäftsführenden Ausschusses den Antrag gestellt, noch vor dem allgemeinen Vertretertag der nationalliberalen Partei einen nationalliberalen Vertretertag für die Provinz Hannover berufen zu wollen. Ein Verlangen, das mit dem Hinweise darauf begründet wurde, daß in dem Vorgehen der Mehrheit des Zentralvorstandes ein wohlüberlegter Plan, gegen die Politik Wassermanns Front zu machen, erklärt werden müsse. Mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes sei die Mehrheit der nationalliberalen Wähler in Hannover nicht einverstanden.

### Für Militärforderungen stimmende Sozialdemokraten.

Durch die bürgerliche Presse läuft eine Notiz, nach der in der Budgetkommission des Reichstags die Genossen Postle und Südekum für die Regierungsforderung von 650 000 M. zur vorübergehenden Vermehrung der Schutztruppe in Kiautschou gestimmt haben sollen.

Nach ungenügenden Informationen haben die Genossen mit ihrer Abstimmung nicht materiell für die Forderung eingetreten wollen, sondern haben lediglich formell sich damit einverstanden erklärt, daß die Position im Hauptetat stehen bleibe und nicht auf einen Nachtragsetat übernommen werde.

Es ist ja im übrigen selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Militär- und Kolonialforderungen ablehnt.

### Kasernenkost und Pferdezüchtere!

Eine „hohe“ Militärperson schreibt in der „Post“ zu der geplanten Steigerung der Mannschaftslöhnung um 6 oder 8 Pf. pro Kopf:

„Wer nun je die vorzügliche Kost genossen hat, die unseren Mannschaften aus den Renagellen gereicht wird, wer da weiß, wie der Mann bei der Föhne regelmäßig aufblüht und an Gewicht zunimmt, dem wird es schwer, an den großen Unfug einer solchen Erhöhung der Löhnung zu glauben, die schon die aller anderen militärischen Großstaaten mit allgemeiner Wehrpflicht weit übertrifft. Haben wir wirklich so viel, daß wir uns eine solche schamlose Konzession an die Sozialdemokratie — denn weiter wäre es nichts — erlauben dürfen? Oder soll unsere Mannschaftslöhnung behufs vermehrten Vertriebens erhöht werden auf Kosten der Schlagfertigkeit der Arme, die allein an Artilleriepferden um 10 000 in Frieden hinter der französischen zurücksteht, jedoch durch ebensoviele Neueinstellungen von Pferden bei der Robilmachung die Manöverfähigkeit unserer Feldartillerie in Frage steht.“

Also vermehren wir die Artillerie, damit die ostfriesischen Bächter ihre Pferde und gleichzeitig ihre Sproßlinge als Offiziere unterbringen können! Die Mannschaftskosten können weiter bei 23 Pf. Tageslöhnung an den Hungerpfoten saugen!

Recht liebenswürdig ist es übrigens von dem hohen Militär der „Post“, daß er die Erhöhung der Mannschaftslöhnung als „eine Konzession an die Sozialdemokratie“ bezeichnet. Er gesteht damit zu, daß ohne die Agitation der Sozialdemokratie die Löhnung nicht erhöht werden würde, der gemeine Soldat also diese Ausbesserung lediglich der Sozialdemokratie verdankt.

### Die Regierung für die Schnapsbrenner.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ schreibt: Die von der Spirituszentrale kürzlich vorgenommene Preis-erhöhung hat die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise von neuem auf die Tatsache gelenkt, daß die Spiritusherzeugung des laufenden Jahres infolge des Winterertrages der letzten Kartoffelernte erheblich unter dem Durchschnitt bleibt. Angesichts dieser Tatsache wird dem Vernehmen nach in den Kreisen des Bundesrats erwogen, in welcher Weise durch Anwendung der im Brauntweinsteuergesetz gegebenen Mittel eine Wehrzeugung angeregt, einer etwaigen Spiritusmangel und dem übermäßigen Anfluge der Brauntweinpreise entgegengetroffen werden könnte. In erster Linie soll eine Erhöhung

des Durchschnittsbrandes und eine Heraushebung der Vergütungssätze für vollständig und unvollständig vergällten Branntwein in Betracht kommen. Beschlüsse in diesem Sinne dürften schon in wenigen Tagen vom Bundesrat gefaßt werden.

Wenn schon die Regierung annimmt, daß nicht die angeklagte Abschaffung der Liebesgabe, sondern die Mindererzeugung von Schnaps in der laufenden Kampagne den Grund der Preiserhöhung für die Spirituszentrale gebildet hat, so müßte ihr doch diese Selbsthilfe der Brenner genügend sein. Für das Eingreifen des Bundesrats durch weitere Maßnahmen (Erhöhung des Durchschnittsbrandes, Heraushebung der Vergütungssätze) kann dann kein anderer Grund mehr vorliegen als der, den Schnapsbrennern obendrein schöne Extraprofite zu schaffen.

### Ersatz für Traeger.

Für die durch den Tod Traegers erledigten beiden Mandate hat die Fortschrittliche Volkspartei bereits Kandidaten gefunden. Im Landtagswahlkreis Berlin I soll Herr Ruggan und im Reichstagswahlkreis Jeder-Barcl Herr Biemer aufgestellt werden. Beide sind bekanntlich bei der letzten Reichstagswahl in ihren bisherigen Wahlkreisen durchgefallen.

### Das Fiasko der preussischen Polenpolitik

Wird jetzt auch von nationalliberaler Seite zugegeben. Der „Fortschrittliche Zeitung“ wird von einem Nationalliberalen geschrieben, Männer, die jahrelang in der Provinz Posen gewirkt hätten und von parteimäßiger Befangenheit sich frei fühlten, hätten einen Versuch mit der Expropriation für unheilvoll und zudem für einen Schlag ins Wasser. Wörtlich heißt es in der Zeitschrift:

Wir haben vor ein paar Tagen mit einem Mann, der durch ein paar Jahrzehnte in der Provinz Posen gewirkt hatte und dann noch durch lange Jahre an bedeutender Stelle in der Zentralverwaltung des Reiches stand, diese Dinge durchgesprochen. Der sagte uns: „So lange wir es nicht machen können, wie Karl der Große mit den Sachsen, die er in der Acker erlösen ließ, hat die Expropriation zuversichtlich nur den einen Erfolg, daß und Erbitterung zu säen. Die Enteignung verhilft die Polen doch noch nicht vom deutschen Erdboden. Vertreibt man sie aus Posen, so geben sie eben in andere Provinzen und fiedeln sich dort an. Uebersehen wir doch nicht, daß die Schleifen im Begriff ist, von den Polen zurückerobert zu werden. Und vergessen wir vor allem nicht, daß wir Expropriationspreise zahlen müssen und so den Polen, die wir zu schädigen versuchen, im selben Moment einen ungeheuren wirtschaftlichen Nutzen in den Schoß werfen. Da erscheint es mir doch näher, man läßt sie, wo sie sind, begnügt sich, daß sie die Weisheit des Staates erfüllen und bemüht sich nicht weiter, hilflose Zukunfts Hoffnungen in ihnen anzurotten, die zu erfüllen uns doch nicht gelänge.“ Diese Anschauungen, die von einem Manne von unbestrittenem patriotischen Wollen stammen, scheinen uns wert, zur Diskussion gestellt zu werden. So viel steht unzweifelhaft fest, daß wir, von der zu ihren Teilen sehr nützlichen Ansetzung kleiner, deutscher Bauern abgesehen, in der Lösung des Ostmarkenproblems nicht weiter gekommen sind. Und daß die Politik, die, wenn ein Gesetz verfaßt hätte, mit hochrotem Kopf immer noch neuen, möglichst dramatischen ist, und bisher den Erfolg schuldig geblieben ist.“

Die trauernden Patrioten müssen also gestehen, daß das einzige Resultat der wahnwitzigen Verpönderung Hundert Millionen Mark — die Aufhebung einiger deutscher Bauern ist. Das hätten die preussischen Steuerzahler sicherlich bedeutend billiger haben können.

### Oesterreich.

#### Zwei sozialdemokratische Arbeiter-Anträge.

Das Abgeordnetenhaus, dessen bürgerliche Mehrheit kürzlich in der Kartellfrage die Vorschläge des Steuerungs Ausschusses zurückgewiesen hat, ist nun auch einmal den Vorschlägen positiver Arbeit, die ihm in reicher Fülle von unseren Genossen zufließen, wenigstens einmal ein Stückchen weit gefolgt. Weit gelangt hat es freilich mit der bürgerlichen Sozialpolitik auch diesmal nicht. Der erste Antrag betraf die Lohnzahlung im Bergbau. Da die reichen Gesellschaften im Ostrau-Karwiner Revier (Mähren) und in Steiermark sich an dem kümmerlichen Lohn ihrer Arbeiter noch bereichern, indem sie ohne Zinsvergütung den Lohn nur monatlich auszahlen, lag schon dem vorigen Parlament ein sozialdemokratischer Antrag auf Verpflichtung zu wöchentlichem Lohn vor, der nicht erledigt wurde. Jetzt hat der sozialpolitische Ausschuss vorgeschlagen, wenigstens die vierzehntägige Auszahlung vorgeschrieben. Unsere Genossen blieben bei ihrem ursprünglichen Vorschlag, den Genossen Eingehaltend begründete. Er wurde jedoch abgelehnt und der schwächere Ausschussantrag angenommen. Auch die christlichsozialen und deutschnationalen „Arbeitervertreter“ halfen den Reichs- und Konfessionen, wenigstens noch eine Woche mit dem Lohn ihrer Grubenknechte zu „arbeiten“. Ebenso wurden abgelehnt der Antrag der Fraktion: Die Regierung aufzufordern, unverzüglich in die Verhandlungen zwischen Bergwerksarbeitern und Bergwerksunternehmern einzugreifen und die Bergwerksunternehmer mit Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel zur vollständigen Erfüllung der Forderungen der Arbeiter zu verhalten, sowie ein Antrag der christlichen Separatisten: die Regierung aufzufordern, eine Enquete über die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter zu veranstalten und bis spätestens Ende 1912 eine Vorlage betr. Einführung von Mindestlöhnen zu unterbreiten. Auch ein Antrag auf Errichtung von Berggerichten nach Art der Gewerbegerichte und Rechtsverbindlichkeit der in Tarifverträgen vereinbarten Mindestlöhne, den Gen. Reg. begründete, fiel. In allen Fällen wußten die christlichen und nationalen Arbeiter, zu welchem Zwecke man sie hat wählen lassen. Das einzige, wozu die bürgerlichen Parteien sich aufschlangen, war die Annahme einzelner Teile aus jenen Anträgen: Veranstaltung einer Enquete über die Mindestlohnfrage und Errichtung von Berggerichten. Weiter wurde die Regierung aufgefordert, zwischen den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern zu „vermitteln“.

Der zweite Antrag betraf die Unfallversicherung der Bauarbeiter. Da der Verwaltungsgerichtshof in der Frage der Versicherungspflicht wechselnd, zuletzt aber dahin entschied, daß die Versicherung sich nur auf Arbeiten am Bau selbst erstreckt, war schon vor Jahren von unseren Genossen beantragt worden, die Ausdehnung auf alle Arbeiten auch auf Bauhöfen, in Werkstätten ufm. auszusprechen. Erst jetzt kam die Sache zur Erledigung. Auch hier wieder dahin eingeschritten, daß für eine Reihe Gewerbe: Anstreicher, Glaser, Installateure, Tischler, Schlosser, Spengler, nur die Arbeit am Bau versichert ist, so daß die Erweiterung des Schutzes schließlich fast nur noch den Zimmerern zugute kommt. In dieser Fassung wurde er angenommen, der ursprüngliche, als Minderheitsantrag eingereichte sozialdemokratische Antrag wieder abgelehnt. Da die Regierung ihr Einverständnis erklärte, erwartete man auch vom Herrenhause keine Schwierigkeiten mehr, so daß wenigstens diese bescheidenen Verbesserungen Gesetz werden dürften. Die Geschichte auch dieser Anträge zeigt, welche schwere Erziehungsarbeit unsere Abgeordneten im Parlament zu vollbringen haben, um am Ende das Ergebnis ihrer Mühen größtenteils am Eigennutz der Beschlüssen Interessierten scheitern zu sehen.

### Frankreich.

#### Großbanken und Wändersorder

Man weiß, daß die Eingziehung der Güter der ungeschlichen Orden nur einen lächerlich geringen Beitrag ergeben hat. Neben Unterfahlgungen der Liquidatoren ist das hauptsächlich auf die Schiebungen, Scheingeschäfte und sonstige Mäander zurückzuführen, durch die sich die Orden der Durchführung des Gesetzes entzogen. Aus dem Berichte des Vorsitzenden der Untersuchungskommission des Senats über die Durchführung der Liquidation, des früheren Ministerpräsidenten und Hebers des Eingziehungsgesetzes, Combes, geht nun hervor, wie stark bei jenen Mäandern die Großbanken mitgewirkt haben. So sagt er von dem Credit Foncier, der großen Hypothekbank, die das Monopol des Bodenkredits hat und deren Vorsteher von der Regierung ernannt werden: „Aus den Aussagen der Finanzinspektoren geht mit absoluter Gewißheit hervor, daß der Cr. F. in mehreren Fällen mit nicht anerkannten Orden verhandelt hat, sei es durch Vermittelung von Zwischenpersonen oder gar direkt. So hat er mit den Jesuiten Rougane und Gavoto, mit 5 Dominikanern verhandelt. In diesem Fall hat der Cr. F. wissentlich das Gesetz verletzt (Bewegung). Er hat Vereinigungen, die gesetzlich nicht existieren, als tatsächlich vorhanden und fähig zur Aufnahme von Anleihen behandelt. Selbst Staatsanleihe, hat er den Staat zum Narren gehalten.“ — Die Liebe zwischen Großkapital und Kirche ist gegenseitig. Und daß sie, unter einer Decke stehend, auf Staat und Gesetz pfeifen, wenn es ihnen paßt, wird nicht wunder nehmen. Deren „Heiligkeit“ ist wie alle anderen Heiligkeiten für die guten Gläubigen geschaffen. —

#### Die Radikalen als Gegner des Arbeiterschutzes.

Paris, 20. März. (Fig. Ber.) Die französischen Radikalen, die noch immer auf ihrem Programm sozialpolitische Reformen setzen haben, die ungefähr auf die sozialistischen Gegenwartsforderungen hinauslaufen, verfallen immer tiefer in der borniertesten reaktionären Kleinbürgerei. Sie haben nicht nur das Gailaugische Projekt gegen die Lebensmittelsteuerung, das genossenschaftliche und kommunale Regierungen und Wärdereien im Auge hatte, umgebracht, sondern jetzt auch das Bestundengesetz verstimmt, doch es für die Arbeiterschaft ganz wertlos zu werden droht. In der gestrigen Kammer Sitzung brachte nämlich der Radikale Delpiere einen Zusatzparagraphen ein, der bestimmt, daß das Gesetz auf die Industrien, die in der Regel weniger als 20 Arbeiter besitzen, keine Anwendung finden soll, wenn sie keine durch mechanische Kraft bewegten Arbeitswerkzeuge verwenden und ebenso, wenn sie zwar Werkzeugmaschinen verwenden, aber weniger als 10 Arbeiter beschäftigen. Der moderne Demokrat begründete das damit, daß man die kleine Industrie im Interesse des sozialen Friedens heischen müsse. Und dann müsse im Interesse der Konsumenten verhindert werden, daß die Unternehmer die erhöhten Produktionskosten durch Preiserhöhung weltmachten! — Der Berichtshatter der Kommission wandte sich gegen den Antrag und führte sehr richtig aus, daß seine Annahme auch auf die dem Gesetz von 1900 über den Bestundentag in den gemischten Betrieben unterworfenen Unternehmungen zurückwirken würde. Auch der Arbeitsminister Bourgeois forderte die Ablehnung, aber die Kammer nahm mit 323 gegen 247 Stimmen das Amendement an. Die Sozialisten protestierten heftig und Genosse Lauche fand das Wort der Situation, als er erklärte: „Das Gesetz liegt am Boden!“ — In der Tat bedeutet die Annahme des Amendements, daß der Bestundentag der großen Mehrheit jener Arbeiter, die ihn noch nicht haben, versagt wird. Denn in der Großindustrie wird in der Regel nicht länger gearbeitet. — Die Vorlage wird nach den langen Ferien, in die die Kammer der Gemeindevahlen wegen geht, weiterberaten werden, aber so wie sie jetzt aussieht, ist sie das berühmte Dichtensbergische Messer ohne Klinge, dem das Best steht.

### Italien.

#### Eine widerrechtliche Stichwahl.

Rom, 28. März. (Fig. Ber.) Obwohl bei der Erstwahl von Alexandria Genosse Bonardi seinen Gegner um 17 Stimmen überflügelte hat, hat der die Wahlhandlung überwachende Beamte gewaltsam die Proklamierung verhindert. Nachdem die Vorsitzenden der einzelnen Wahlsektionen auf Grund des Skrutiniums Bonardi für gewählt erklärt haben, ist trotzdem auf den 31. d. M. die Stichwahl anberaumt worden. Die Sozialisten reuhen aber darauf, daß die Wahlprüfungskommission die unbestreitbare Mehrheit ihrer Stimmen anerkennen wird und haben daher beschlossen, sich der Stichwahl zu enthalten.

### England.

#### Die Flottenverständigung zwischen England und Deutschland.

London, 1. April. Unterhaus. Der Abgeordnete King fragte den Ersten Lord der Admiralität Churchill, ob der Austausch von Informationen über Marineangelegenheiten bereits zwischen England und irgend einer Macht stattgefunden. Churchill antwortete: Ich habe erklärt, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und England wegen Austausch von Informationen über Marineangelegenheiten voranzuschreiten. Ich wünsche zurzeit dieser Erklärung nichts hinzuzufügen.

### Marokko.

#### Unterzeichnung des Protektorsatsvertrages.

Tanger, 1. April. Der Protektorsatsvertrag zwischen Frankreich und Marokko ist am 30. März in Fez unterzeichnet worden. Er ist in großen Zügen ähnlich gehalten, wie der Protektorsatsvertrag, der mit dem Bey von Tunis abgeschlossen worden ist. Die Rechte Spaniens sind in dem Vertrag gewährleistet.

### Neue Kämpfe.

Fez, 30. März. Der Stamm der Killoffa hat Sefru angegriffen, das von scharifischen Truppen unter dem Befehl des Hauptmanns Diodo verteidigt wird. General Pointier hat 1500 Mann zu seiner Unterstützung abgesandt.

Fez, 1. April. Zweihundert Mann scharifischer Truppen, die von Sefru ausgerückt waren, haben am 30. März einen Angriff der Beni Korfin zurückgeschlagen und ihnen ansehnliche Verluste zugefügt. Die scharifischen Truppen hatten ungefähr 40 Verletzte und mehrere tote.

### Aus der Partei.

Eine große deutsch-französische Kundgebung fand am Sonnabend in Paris statt. Es sprachen die Genossen Scheidemann und Weill im Namen der deutschen, die Genossen Baillant und Jaurès im Namen der französischen Partei. Wir werden morgen die Reden ausführlich wiedergeben.

### Vom Stuttgarter Parteivorstand.

In der Stuttgarter Parteiversammlung am 20. März wurden allerlei Vorgänge in der Partei, die weit über Stuttgart hinaus Aufsehen und Befremden erregt haben, zur Erörterung gebracht. Zunächst gelangte der „Fall Stalsh“ zur Erörterung. Wie bekannt, hat der Beamte auf dem Hauptbureau des Metallarbeiterverbandes Stalsh, der noch gerichtlicher Feststellung sich zur „gemäßigten Richtung“ zählt, in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Stuttgarter Organisation aus nichtiger Ursache einen alten Arbeiter, der anderer Meinung war, beschimpft und mißhandelt. Die Versuche der Parteileitung, die Angelegenheit auf ordnungsmäßigem Wege durch die Parteieinlagen zur Erledigung zu bringen, hat Stalsh mit der Isolierung abgelehnt, das sei seine Privatangelegenheit, die gehe die Partei nichts an. Die Parteiversammlung antwortete mit dem Beschluß, das Ausschlußverfahren gegen Stalsh einzuleiten. Der Wortlaut des Beschlusses wurde im Stuttgarter Parteivorstand veröffentlicht. Stalsh verflocht darauf den verantwortlichen Redakteur, Genossen Westmeyer, wegen Verleumdung beim Schöffengericht Stuttgart. Das Verdict, zusammengesetzt aus dem selbstretenden Amtsrichter, einem Kaufmann und einem Fabrikanten, kam nach Prüfung des sozialdemokratischen Parteistatus zu dem Schluß, die Mißhandlung eines alten Arbeiters sei keine erhobene Handlung, die Veröffentlichung des Versammlungsbeschlusses sei darum beleidigend. Westmeyer wurde mit 30 M. Geldstrafe eventuell 8 Tagen Gefängnis bestraft. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Württemberg hatte an die Stuttgarter Organisation das Ersuchen gerichtet, sich mit der Rüge, die der Landesvorstand dem Genossen Stalsh erteilt hatte, zu begnügen und den Ausschlußantrag zurückzuziehen. Die Versammlung lehnte den Antrag des Landesvorstandes ab. — Im Anschluß daran wurde auch der Kommentar der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu dem Prozeß in Nr. 10 vom 9. März einer Kritik unterzogen. In diesem Kommentar werden gegen die Parteileitung Stuttgarts und deren Vorsitzenden Anschuldigungen schwerster Art gerichtet. Die Aufnahme einer Verächtigung hat die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ abgelehnt. In der Diskussion wurde die unheilvolle Tätigkeit des Redakteurs der Metallarbeiter-Zeitung, Genossen Scherm, in der Stuttgarter Partei einer scharfen Kritik unterzogen und ausgesprochen, daß, wenn nicht endlich diesem Treiben entgegengewirkt werde, nichts Ruhe und Frieden eintreten werde. Die Versammlung beschloß mit übermächtiger Mehrheit (gegen 4 Stimmen), den Ausschluß aus der Partei gegen Scherm zu beantragen.

Nach der Gemeindevorwahl 1911 wurde im „Neuen Tagblatt“ Stuttgart, einem bürgerlichen Organ, das die Sozialdemokratie in schmutziger Weise belächelt und darum von sogenannten „Genossen“ mit Vorliebe als Publikationsorgan gegen Parteigenossen benutzt wird, ein Brief des Genossen Westmeyer veröffentlicht, den dieser an den Vorsitzenden des Gemeindevorstandes, Genossen Mohs in Berlin, gerichtet hatte. Westmeyer ersucht darin den Vorstandsvorstand, dem als Kandidaten für die Gemeindevorwahl aufgestellten Genossen Stetter zu gestatten, seine Probefristzeit auf dem Verbandsbureau 8 Tage später antreten zu dürfen, da Stetter im Wahlkampf schwer zu entbehren sei. Stetter hatte der Parteileitung die Erklärung abgegeben, daß er im Falle seiner Wahl das Gemeindevorstandsmandat annehmen werde. Das Stuttgarter bürgerliche Blatt hat an diesen Brief schwere ehrenverletzende Angriffe gegen die Stuttgarter Parteileitung geknüpft, offenbar aus der Forderung der Parteigenossen, der dem Blatte den Brief übermittelt hat. Die von der Parteileitung eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß der Gewährsgeber des Gemeindevorstandes in Stuttgart, Bürgerauschmittglied Kitzler, in Berlin Abschrift von dem Brief genommen und an sieben Genossen in Stuttgart, die sich in Partei und Gewerkschaft in leitender Stellung befinden, Abzüge übergeben hat. Westmeyer führte dazu aus, daß sich nicht habe feststellen lassen, wer von den sieben die Veröffentlichung im „Neuen Tagblatt“ veranlaßt habe. Das möchten die betreffenden Genossen unter sich ausmachen. Die Parteiversammlung beschloß jedoch, daß die Parteileitung die Untersuchung weiterzuführen habe, um, wenn möglich, den Mitarbeiter des bürgerlichen Blattes festzustellen.

Ein Ausdrucker Paul Frey hat zur Gemeindevorwahl falsche Stimmzettel angefertigt, bürgerlichen und auch Parteiblättern solche zugefandt, einen Begleitbrief an das Göttinger Parteiorgan mit gefälschter Unterschrift versehen usw. Als seine Täterschaft festgestellt wurde, ist er eilends aus der Partei ausgestrichen. Die Versammlung beschloß, öffentlich vor diesem Manne zu warnen.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern bzw. bürgerlichen Korrespondenzbüros. Von einer ganzen Anzahl Redner wurde betont, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, daß ein Genosse, der ein Reichstags- und Landtagsmandat innehat, zudem noch die Chefredakteurstelle an der „Schwäbischen Tagwacht“ bekleidet, über Sitzungen von Landtagskommissionen an ein bürgerliches Korrespondenzbureau Berichte liefert, das eigene Blatt dann die Korrespondenz abnommieren müsse, um die Berichte des eigenen Chefredakteurs zum Abdruck bringen zu können. Der Landesvorstand habe nicht nur diese journalistische Tätigkeit des ihm unterstellten Chefredakteurs in der Öffentlichkeit zu verteidigen gesucht, sondern jenen Parteigenossen, die diesen Unfug zu kritisieren wagten, mit den schärfsten hatutarischen Maßregeln gedroht. Solche Einschüchterungsversuche seien zwar verständlich, hätten sich doch offenbar mehrere Abgeordnete auf diese Art einen Nebenberuf verschafft, und im Landesvorstand sitzen drei Landtagsabgeordnete; das Recht der Kritik an solchen Zuständen ließen sich die Parteigenossen aber auf keinen Fall nehmen. Eine entsprechende Resolution wurde fast einstimmig angenommen.

### Vom Fortschritt der Parteipresse.

Die Erkenntnis, daß die Arbeiterpresse bei Wahlkämpfen und Lohnbewegungen ein Faktor von ganz außerordentlicher Bedeutung ist, haben die Genossen im Verbreitungsgebiet des „Vorschau“ erkannt. Waren sie bei Beendigung des Wahlschlusses schon in der Lage, einen Abonnentenzuwachs von 3000 aufzuweisen, so hat die fertiggestellte intensiv betriebene Hauszitation nochmals eine Abonnentenzunahme von 5000 gebracht, so daß die Auflage jetzt über 26000 beträgt. Freilich ist ihnen hierbei die bürgerliche Presse mit ihrer schamlosen Föhlung beim Bergarbeiterstreik zu Hilfe gekommen. Daß 6000 Arbeiter daraus die Konsequenzen gezogen und die bürgerliche Presse aus dem Hause geworfen haben, ist sicherlich ein gutes Anzeichen für den Fortschritt unserer Bewegung.

### In den Platzprozessen.

So berichtet man uns aus Halle a. S., kann die erste Instanz der halleschen Justiz immer noch nicht zur Ruhe kommen. Am Freitag waren wiederum acht Genossen vor dem Schöffengericht angeklagt, die das in ganz Deutschland unbefriedigt verbreitete Blatt — hier mit der Aufschrift: „Wahl frei Kunert“ versehen — in Gefängnis aufgehängt hatten. Man erwidert darin einen Verstoß gegen das alte preussische Pressegesetz vom Jahre 1851 und verlangte, daß zu der Verbreitung die Polizeierlaubnis eingeholt wird. Da nach Abs. 8 des § 48 der Gew.-Ord. bei Wahlfreien eine solche Erlaubnis nicht erforderlich ist, ließ sich die Partei auf die Vorfrist nicht ein. Unter den „Angeklagten“ befand sich auch wieder der Vorzeilekreditor Genosse Reimann, den man mit einem amtsrichterlichen Strafmandat von „nur“ 100 M. bestraft hatte, weil er die übrigen Angeklagten „durch Mißbrauch seines Amtes“ zu den „Taten“ angeleitet haben sollte. Das war sogar dem Gericht des „Guten“ etwas zu viel. Reimann hat nämlich wegen derselben Platzgeschäfte bereits ein Strafmandat über 50 M. erhalten und das Schöffengericht hat ihn auch zu 20 M. verurteilt. Da ein Angeklagter nicht zweimal für denselben Fall bestraft werden kann, konnte man eine Verurteilung Reimanns nicht aussprechen. Man verlegte den Fall, um über Reimanns „Vorstrafe“ erst genaue altemäßige Ermittlungen anzustellen, meinte aber, die Freisprechung werde geboten erscheinen. So die Genossen wurden zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt und ein Genosse wurde „mangels ausreichender Beweise“ freigesprochen.

# Gewerkschaftliches.

## Kampfvorbereitungen der Bauunternehmer.

Im Frühjahr 1913 laufen im Baugewerbe die 1910 abgeschlossenen Tarifverträge ab. Die Unternehmer im deutschen Baugewerbe haben sich verbunden und die weitest und wichtigsten Tarife bis zum 31. März 1913 abgeschlossen. Der Zweck dieser Maßregel ist offen ausgesprochen: Man will bei dem gleichzeitigen Ablauf der Tarifverträge die Gewerkschaften des Baugewerbes in eine Lage drängen, in der sie nach der Meinung der Unternehmer nicht imstande sind, die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Tarifverträge durchzusetzen. Daß das ein schweres Stück Arbeit ist, wissen natürlich die Unternehmer und darum rüsten sie geradezu sieberhaft. Der berichtigte Wehrschlag stellt ihr oberstes Kampfmittel dar; zu ihm müssen ja bekanntlich auch die Lieferanten der Bauunternehmer zwingungsweise steuern. Aber diese und andere Maßregeln genügen den Scharfmachern im Baugewerbe noch nicht, und so sinnen sie auf weitere Kampfmittel. Das neueste unter diesen ist die Aufnahme einer Klausel in allen von jetzt ab abzuschließenden Werkverträgen, wonach Streiks oder Aussperrungen die Verlängerung aller Fristen im Lieferungsabverträge zur Folge haben.

Nachstehendes Schriftstück, das der „Leipziger Volkszeitung“ zugeweiht wurde, gibt davon Kenntnis:

Verband der Bauarbeiter in Leipzig und Umgegend, i. V. Mitglied des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe. Leipzig, im März 1913.

Sehr geehrter Herr!

Der ergeben unterzeichnete Verband beehrt sich mitzuteilen, daß er, gezwungen durch die Erfahrungen bei vielen Streiks und insbesondere bei der großen Aussperrung im Jahre 1910, durch einstimmigen Beschluß der diesjährigen Hauptversammlung seinen Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt hat, in allen Angelegenheiten, Kostenanschlägen und Werkverträgen folgenden Vorbehalt zu machen:

Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer im Baugewerbe oder in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung, ohne daß deshalb der Vertrag einseitig rückgängig gemacht oder Schadenersatz gefordert werden kann.

Zu solchen Vorbehalten sind die Arbeitgeber fast aller Gewerbe im Laufe der Zeit gezwungen worden. Die Lieferungsbedingungen der Kohlenwerke, Kohlenhandlaren, Zement-, Kalk-, Edelsteinwerke, Träger- und Kundschaften und deren Vereinigungen, der größeren Tonwerke, Sägemerke, aller Maschinenfabriken und der meisten übrigen Bezugsquellen, auf die wir angewiesen sind, enthalten diesen Vorbehalt. Ohne ihn sind die Arbeitgeber in Lohnkämpfen den Arbeiterorganisationen hilflos ausgeliefert. Denn wenn auf der einen Seite an der Frist zur Fertigstellung oder Ablieferung des Werkes festgehalten wird und auf der anderen Seite die Arbeiter die Arbeit verweigern, so bleibt, um die Fristen einhalten zu können, nur die Erfüllung der von den Arbeitern im Lohnkampf gestellten Bedingungen übrig. Wir sind überzeugt, daß die Arbeitsniederlegungen in der Folge unterbleiben werden, wenn die Führer wissen, daß dem Arbeitgeber die Frist der Fertigstellung um die Dauer der Arbeitsniederlegung verlängert wird.

Wie nun alle die vorgenannten Gewerbearten zur Selbsthilfe gegriffen haben, so haben auch wir diesen Weg beschritten müssen, weil nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten steht, daß die hohen Behörden, die Herren Architekten, Ingenieure und Bauherren eine ähnliche Bestimmung von sich aus allgemein in die Bauverträge aufnehmen werden, da das wie eine Parteienmaßnahme für die Unternehmer würde ausgelegt werden können.

Wir hoffen aber, daß Sie uns in unserem Bestreben, erträgliche Verhältnisse im Gewerbe zu behalten, unterstützen werden und wir bitten darum, die Unterstützung erblicken wir darin, daß Sie an dem gemachten Vorbehalt keinen Anstoß nehmen, sondern ihn als die notwendige Folge der unzerstörlichen Wirtschaftslagen zerkämpften Lohnkämpfe hinnehmen und anerkennen wollen.

Wir sind zwar überzeugt, daß alle Mitglieder des Verbandes der Bauarbeiter unsern Beschluß nachkommen und Angebote und Verträge nur mit diesem Vorbehalte tätigen werden. Sollten trotzdem Angebote ohne diesen Vorbehalt eingehen, so bitten wir, wenn er nicht nur vorübergehend fortgelassen und sofort nachgeholt wird, diese Angebote als unlauteren Wettbewerb anzusehen und nicht zu beachten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Verband der Bauarbeiter, Enke, Vorsitzender.

Diese Sprache ist deutlich genug. Der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, dessen Vorsitzender der übrigens stramm konservative Herr Enke ist, ergreift jede Maßregel, die ihm in seinem Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft geeignet erscheint. Müste also auch die Arbeiterschaft mit Energie und Ausdauer, um den unvermeidlich kommenden Kämpfen mit Zuredersehen entgegenzutreten zu können.

Berlin und Umgegend.

### Die Schiffer nehmen den Tarif an!

Eine stark besuchte Versammlung der Schiffer Berlins und Umgegend nahm am Sonntag in der „Neuen Welt“ nochmals Stellung zu den Tarifvereinbarungen. Die Versammlung am 18. März in der „Brauerei Friedrichshain“ hatte sich speziell durch die Zugeständnisse in der Lohnfrage nicht befriedigt erklärt und die Tarifkommission beauftragt, nochmals mit den Meistern zu verhandeln. Dies ist inzwischen geschehen, und über das Ergebnis dieser Verhandlungen erhaltete Hande Bericht. Danach hatten die Vertreter der Meister zunächst erklärt, seine Vollmacht zu weiteren Zugeständnissen zu besitzen. Diese Vollmacht erhielten sie erst in einer Meisterversammlung am 27. März, nachdem vorher seitens der Schifferkommission auf die Möglichkeit eines Kampfes hingewiesen worden war. Am 28. März fanden dann die letzten Verhandlungen der Tarifkommission statt, wo auf beiden Seiten nochmals hart gestritten wurde. Es gelang aber nicht, die Forderungen der Gesellen in vollem Umfange zur Durchführung zu bringen. An die Zugeständnisse, die noch gemacht wurden, knüpften die Meister die Bedingung, daß die Gesellenkommission den Tarif sofort abschließe. Das wurde mit Bezug auf die Verfassung des Metallarbeiterverbandes abgelehnt und nur erklärt, daß man, wenn noch annehmbare Zugeständnisse gemacht werden, den Tarif seinen Kollegen zur Annahme empfehlen werde. Die Bauzulage wollten die Meister unter keinen Umständen bewilligen, und so wurde dieser Punkt schließlich fallen gelassen. Dagegen erklärten sich die Meister bereit, eine allgemeine Zulage von 4 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Die Arbeitszeit beträgt von jetzt ab an den Sonnabenden nur 8 Stunden, außerdem wird an diesem Tage eine halbe Stunde für das Aufräumen der Plätze gewährt. Auch bei den Mindestlöhnen haben die Meister nur noch das Zugeständnis gemacht, daß schon zwei Jahre nach dem Auslernen der höchste Mindestlohn gezahlt werden muß. Die Mindestlöhne betragen also nunmehr vom 1. April 1913 ab im ersten Jahr nach dem Auslernen 30 Pf., im zweiten Jahr 35 Pf. und nach Beendigung des zweiten Jahres 37 Pf. Vom 1. April 1913 ab steigen diese Sätze auf 32, 35 und 37 Pf. Mindestlöhne für Kolonnenführer festzusetzen, konnten die Meister sich nicht verstehen, da sie befürchten, daß die Frage, wer als Kolonnenführer zu betrachten sei, zu vielen Streitigkeiten führen würde. Der Forderung der Gesellen, die Arbeitszeit frühestens morgens um 7 Uhr zu beginnen und spätestens um 5 1/2 Uhr abends zu beendigen, ist nur im ersten Punkt Rechnung getragen worden, während beim anderen Bedenken gegen die praktische Durchführung vorgebracht wurden. Die Meister erklärten sich aber dazu bereit, daß gesagt wird, die Arbeitszeit ist „möglichst“ um 5 1/2 Uhr abends zu beendigen. In gemischten Betrieben, wo vielfach noch sehr traurige Arbeitsverhältnisse sind, soll, wenn seitens der beteiligten Arbeiter kein befriedigendes Entgegenkommen von dem Unternehmer erzielt wird, eine Kommission von zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern versuchen, günstige Arbeitsverhältnisse festzusetzen. Die Tarifdauer ist vom 1. April 1913 bis 1. April 1915 festgesetzt worden. Hande empfahl der Versammlung die Annahme des Tarifs. Die Kommission habe trotz größter Anstrengung nicht mehr herausholen können, durch einen Streik werde auch nicht mehr erreicht werden.

In der Diskussion erklärte sich die Mehrzahl der Redner mit den nunmehr vorliegenden Vereinbarungen einverstanden und empfahl ebenfalls die Annahme derselben. Sei auch besonders in der Lohnfrage nicht das erreicht worden, was den gesteigerten Lebensmittelpreisen entsprechend gefordert worden war, so könne doch ein Fortschritt nicht geleugnet werden. Auch die Dauer des Tarifes bis 1915 gebe keinen Anlaß, den Tarif scheitern zu lassen.

In der Abstimmung, die auf Antrag nicht per Stimmzettel, sondern per Affirmation stattfand, wurde der neue Tarif gegen wenige Stimmen angenommen.

So sich infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen einstellen, soll dies sofort an das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin NW., Charitéstraße 3, gemeldet werden.

### Der Streik bei Löwe beendet.

Die neuerdings zwischen der Kommission der Streikenden und der Direktion der Firma Löwe gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß es zu einer Verständigung auf folgender Grundlage kam: Jegliche Bevorzugung der Gelben im Betrieb soll unbedingt unterbleiben. Die Vorgesetzten und Beamten erhalten dementsprechende Anweisungen. Die Einstellung von Arbeitskräften darf nicht von der Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation abhängig gemacht werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen obige Bestimmungen wird die Direktion auf einlaufende Beschwerden hin nach Prüfung der Sachlage Abhilfe schaffen. Jede politische und gewerkschaftliche Agitation im Betriebe hat zu unterbleiben. Diese Bestimmung gilt auch für alle Vereinigungen. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt in der Weise, daß vorerst eine größere Anzahl der Streikenden eingestellt wird. Die Einstellung der übrigen erfolgt im Laufe der nächsten vier Wochen.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Streikenden, in der auch Joseph vom Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter anwesend war, gab Hande den Wortlaut der Abmachungen bekannt und wies lobend auf die geschlossene einmütige Haltung aller Streikenden hin, die bewiesen hätten, daß sie sich ihrer Pflichten als organisierte Arbeiter jederzeit bewußt seien. Die Sperre über die Firma Löwe ist seitens des Metallarbeiterverbandes aufgehoben.

### Der Lohnkampf der Herrenmaschinener.

Die Herrenmaschinener Berlins haben gestern vormittag in ihrer Versammlung in der Brauerei Friedrichshain die Frankfurter Einigungsvorschläge mit 1398 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Zum Streik der Kellner im Brauereiausgang Königsplatz. Die Streikenden haben, nachdem die Forderungen bewilligt waren, am Sonntagmorgen gegen 11 Uhr sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre ist aufgehoben!

Wartung, Bademeister und Massagen. Im Admiralspalast-Club am Bahnhof Friedrichstraße sind Differenzen ausgebrochen, die gestern zur einmütigen Arbeitsniederlegung aller Kollegen und Kolleginnen führten. Der Bezug von Wadepersonal jeder Art ist unbedingt fernzuhalten. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Krankenpflege, Wadepersonal und Massagepersonal.

An die organisierte Arbeiterschaft! Die Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Verleihgeschäften Berlins, welche im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, stehen mit ihren Unternehmern in einem Tarifverhältnis. Nur dort, wo die betreffenden Kollegen im Besitz einer grauen Legitimationskarte sind, sind die Forderungen anerkannt. Die Karte muß jeden Monat abgestempelt sein. Wir erjuchen die organisierte Arbeiterschaft, sich jeden Monat von ihrem Handwärfel diese Karte vorgeben zu lassen.

Die Branchenleitung. J. A.: Rich. Wolter, Laufpferstraße 40, vorn I.

Die Mineralwasserarbeiter der Firma Dr. Lohmann Köp. L. Ladisch, Berlin, Bergstraße 52, haben, wie bereits berichtet wurde, am Freitag ihre Tätigkeit eingestellt. Dem Unternehmer ist es allerdings gelungen, Arbeitswillige zu finden, doch haben diese auch erklärt, den Betrieb verlassen zu wollen, da die Mündigkeit, die vielfach aus Kostwärtinnen, Kolonialwaren- und Grünfruchtverkäufern usw. besteht, alkoholfreie Getränke von einem befristeten Arbeitgeber nicht abnehmen und verkaufen will. Jedenfalls hat es sich die Firma nicht träumen lassen, daß die Arbeiter nach dem brüskten Auftreten des Unternehmers, ohne sich lange zu befinden, von dem ihnen zustehenden Recht der Arbeitsniederlegung Gebrauch machen würden. Hätte die Firma mit dem so oft angebotenen Hinzuwerfen sich mehr Respekt auferlegt, wäre es jedenfalls besser gewesen. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß der Lohn für Mineralwasserarbeiter 31,50 M. und für Kutscher 30 M. pro Woche beträgt. Sollten noch andere Unternehmer so handeln, wie der Inhaber des obengenannten Betriebes, so ist dem Deutschen Transportarbeiterverband sofort Mitteilung zu machen. Es darf nicht ausgehen werden, daß 3-4 M. weniger pro Woche für organisierte Arbeiter gezahlt werden, wie es diese Firma trotz der bestehenden Forderung gemacht hat.

Der Betrieb ist nach wie vor gesperrt. Die Mineralwasserarbeiter werden gemeinschaftlich mit den übrigen Kollegen besonders ersucht, für weitgehende Verbreitung dieser Mitteilung zu sorgen. Ferner weisen wir darauf hin, daß die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten und in der Getränkeindustrie beschäftigten Arbeiter sich im Besitz einer Kontrollkarte befinden, die monatlich abgestempelt wird. Die Konsumenten sowohl, als im besonderen die Mitglieder werden ersucht, stets nach der Kontrollkarte zu fragen. Die Branchenleitung der Mineralwasserarbeiter und Kutscher des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

### Zum Fleischerstreik in Neudöln.

Der Fleischermeister Paul Linke, Hermannplatz 4 (Fleischzentrale), glaubt die Tarifbewegung der Fleischergehilfen dadurch ausfallen zu können, daß er Kunden, die danach fragen, ob er schon den Tarif anerkannt hat, einfach aus dem Laden weist. Ja, damit noch nicht genug, sorgt er auch noch dafür, daß die Kunden für diese „Freiheit“ verhaftet werden, weil sie dadurch sein Geschäft schädigen. Herr Linke erklärt, die Rumpfschaft gebe es gar nichts an, was er seinen Gehilfen für Lohn zahle und wie lange dieselben arbeiten müssen.

Der Fleischermeister Fischer, Bienenstr. 41, verbreitet das Gerücht, daß bei ihm alles geregelt sei, ja er noch mehr zahle, als der Verband verlangt; er unterschreibe nur deshalb nicht, weil er in der Innungsversammlung mit dafür gewesen, daß der Tarif nicht anerkannt wird. Damit glaubt der Herr seine Rumpfschaft befriedigen zu können. Dem Verbandsvertreter erklärte er vor einigen Tagen, die Beschlässe der Innung seien ihm mehr wert, als seine Parteizugehörigkeit.

## Deutsches Reich.

Den Glasarbeitern in Heidemühl bei Spremberg ist ein neuer Tarif angekündigt worden, der ganz bedeutende Verbesserungen bringt. Die Arbeiter erklärten diesen Tarif für unannehmbar, und lehnten es ab, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten. Heidemühl gilt deshalb für Glasmacher und Glaschleifer als gesperrt.

Die Differenzen in der Schuhfabrik von R. Freundlich in Neustettin sind geschlichtet. Nachdem das Inserieren nach Ungarn erfolglos blieb, bequeme sich der Fabrikant, dem Arbeiterausschuß Zugeständnisse zu machen, die von den Arbeitern angenommen wurden. — Der Streik in der Schuhfabrik von Pinner in Berlin, Rungestr. 2, dauert unverändert fort.

### Wer hält die Gelben aus?

Wichtige Frage, und doch stets von Interesse. Man kennt die verschiedenen Konten in den Büchern des Unternehmertums, die Kunde geben von den diversen Hundert oder tausend Märkern für die geliebte gelbe Stumpfpflanze. Einen neuen Beweis dafür liefert wieder ein vertrauliches Schreiben, das unserem Bruderblatt, der „Volkszeitung für das Muldenthal“ aus Würzen bei Leipzig auf den Tisch slog, wo die Unternehmer einen gelben Verein ins Leben gerufen haben. Das Schreiben lautet:

Vertraulich! P. P. 19. 3. 12.  
Wie aus der Beilage ersichtlich, ist der Verein begründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bedrängten Mitglieder Mut empfinden, habe ich der Würzener Bank für den Verein 2000 M. zur Sicherung der Unterstüßungsgelder und 1000 „ für den Sekretärsgehalt, 6000 „ abschließlich auf unsere Beitragsleistungen überweisen lassen.

D. B. d. V. S. J. D. S.

Das geheimnisvolle Signum kann gedeutet werden: Ortsverwaltung Würzen des Verbandes Sächsischer Industrieller. Der Vorstand. Ob das stimmt, können wir nicht sagen, aber dem Wesen dieser Organisation würde es vollkommen entsprechen, wenn die Gelben harte Taler aus dem Geldsack der sächsischen Industriellen erhalten. Aber es ist gleichgültig, ob das Geld von einem Verbands- oder einem einzelnen Unternehmer kommt; die Tatsache, daß Unternehmern Geld in die Taschen der Gelben fließt, wird von neuem bestätigt.

## Soziales.

### Wiener Wohnungsmarkt.

Während 1907 in der durch ihre 48 prozentige Reichssteuer und ihr Wohnungsgeld berühmten, aber deshalb nicht besungenen österreichischen Hauptstadt noch 13 468 Wohnungen leer standen, ist diese Zahl infolge des verringerten Wohnungsbaues 1910 auf nur noch 5170 leere Wohnungen zurückgegangen, was natürlich den Bucher des Hausgarkariers enorm begünstigt. Die christlich-soziale Stadtverwaltung hat gar nichts getan, um durch städtischen Wohnungsbau — die Stadt hat erheblichen Grundbesitz — Wandel zu schaffen. Die Hausbesitzer beherrschen nämlich diese „Partei des kleinen Mannes“. Während die von Sozialdemokraten verwaltete Allgemeine Arbeiterrentenkasse daran geht, 4000 Wohnungen zu bauen, ist es die ganze wohnungsreformerische Tätigkeit der Gemeinde, daß sie sich einer privaten „Gemeinnützigen Gesellschaft für Notwohnungen in Wien“ angeschlossen, die — 250 Notwohnungen in Baracken errichten will.

(Siehe auch 2. Beilage.)

## Letzte Nachrichten.

### Sieben Arbeiter verunglückt.

Bohum, 1. April. (B. L. B.) In der Martinschmelze des Bochumer Vereins wurde heute der Verschluß einer Sieblanne herausgedrückt, wodurch das flüssige Metall herausstieß und sieben Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

### Ein Mädchen beraubt und getötet.

Hannover, 1. April. (B. L. B.) Ein junges Mädchen aus Aderberg im Kreise Stargard in Pommern hatte sich am Freitagabend zum Besuche ihres Bräutigams, eines hiesigen Hilfsunterbeamten, angemeldet, ist jedoch wahrscheinlich nicht mit dem angekündigten Zuge angekommen und vermisst, weil es in Hannover fremd, durch bisher unbekannte Personen in die Gärten verführt worden, wo es am Sonnabend morgen tot aufgefunden wurde. Das Mädchen soll ziemlich erhebliche Wertgegenstände und Vermögen bei sich getragen haben. Auf die Ergreifung des oder der Täter ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt worden.

### Mord oder Selbstmord?

München, 1. April. (B. L. B.) Wie die Abendblätter melden, ist gestern nachmittag hinter der Botikstraße beim Schloßberg am Starnberger See der 55jährige Berliner Waidhauer Feliz Schorn erschossen aufgefunden worden.

### Neuer Raubversuch auf einen Kassenboten.

Paris, 1. April. (B. L. B.) Der Direktor der Sicherheitsbehörde Guichard ließ heute nachmittag in Paubourg St. Honore zwei Leute namens Brevoit und Coulomb in dem Augenblick verhaften, als sie einen Kassenboten der Bank von Frankreich überfallen wollten. Der Kassenbote trug eine Million in Banknoten und 50 000 Frank in Goldstücken bei sich. Es heißt, daß die Verhafteten mit Revolvern bewaffnet waren. Man glaubt nicht, daß sie zu den Automobilbanditen in Beziehung stehen. Die Verurteilung des Anschlags ist insbesondere den von der Bank von Frankreich zum Schutz ihrer Kassenboten getroffenen Maßnahmen zu danken.

### Vernichtung einer Räuberbande in Persien.

Moskau, 1. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Seit dem Eintreffen des russischen Detachements haben die Anhänger des Erzchah, die in der Umgebung des Grabmals des Imam Rifa Zuflucht gesucht hatten, ihre Stellung nach und nach verlassen. Nur eine Anzahl von 600 bis 700 gut bewaffneten Räubern, die aus Schiras und Choresan unter dem Kommando der Walfahrt gekommen waren, sind dort unter der Leitung des flüchtigen Afghani Jusuf Khan zurückgeblieben. Die Räuber nahmen verschiedene, insbesondere bemittelte Persönlichkeiten, fest, raubten sie aus und überlieferten sie einem qualvollen Tode. Sie verhielten sich auch den Russen gegenüber sehr herausfordernd und drohten, alle Europäer niederzuzumeheln. Die Bevölkerung ihrer Unwillen darüber offen kund, daß die Russen nicht die Ordnung herstellten und dem Treiben der Räuber im Zentrum der Stadt ruhig zusahen. Der russische General Konul stellte darauf an die Räuber die Forderung, die Waffen niederzulegen und die Stadt bis zum 30. März zu verlassen, widrigenfalls er mit den Truppen vorzugehen drohte. Am genannten Tage umzingelten die russischen Truppen die Stellung der Räuber. General Kjedjo forderte nochmals zur Auslieferung der Waffen auf, was die Räuber mit Gewehrfeuer beantworteten. Darauf eröffneten die russischen Truppen ein Artillerie- und Gewehrfeuer und nahmen die Stellung ein. Der Rest der sich dort noch aufhaltenden Räuber ergab sich nach und nach.

General-Versammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend am Sonntag, den 31. März 1912, mittags 12 Uhr, in den „Konfordia-Festjalen“, Andreasstraße 64.

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins wurde am Sonntag fortgesetzt. Als erster Redner in der Fortsetzung der am 17. März abgetragenen

Diskussion über das Stichwahlabkommen

des Parteivorstandes mit der Geschäftsleitung der Fortschrittlichen Volkspartei sprach

Genosse Pies-Steglich:

Die vorige Versammlung brachte uns die Ueberraschung, daß sich der Parteivorstand zur Rechtfertigung des Stichwahlabkommens die Berliner Verbandsgeneralversammlung ausgesucht hat. Hat diese Rechtfertigung direkt durch die Presse den Genossen ganz Deutschlands zu geben. Die Partei war also auf einen Versammlungsbericht über die Rede Braun angewiesen. Das ist fast ebenso sonderbar wie der Umstand, daß die Parteigenossen das Stichwahlabkommen überhaupt erst durch die Indiskretion eines bürgerlichen Blattes im Vorlauf erfahren haben. Durch eine Rechtfertigung in der Presse wäre der Parteivorstand von den Zufälligkeiten einer Versammlungsrede unabhängig geworden. Immerhin müssen wir dankbar sein dafür, daß der Parteivorstand doch nicht, wie es den Anschein hatte, bis zum Parteitag sich in Schweigen gehüllt hat. Die Rechtfertigung nun war sachlich ganz unzulänglich. Statt sich darauf zu beschränken, in sachlicher Weise die Gründe zur Rechtfertigung des Abkommens darzulegen, war die Rede Braun weiter nichts als eine Polemik gegen die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Bremer Bürgerzeitung“. Für die Rechtfertigung hätte sich der Parteivorstand ein Forum aussuchen müssen, das von diesen Artikeln Kenntnis hat. (Sehr richtig!) Das war aber in Berlin nicht der Fall, weil der „Vorwärts“ es geistlich unterläßt, den Berliner Genossen von Parteidiskussionen auch nur auszugewiesene Mitteilung zu machen. Wenn der Parteivorstand trotzdem hier gegen diese Artikel so ausführlich polemisiert hat, so ist das entweder eine Entgleisung seines Vertreters oder eine unsäuerliche Handlung. Es muß der Bedacht entstehen, daß der Parteivorstand die Aufmerksamkeit der Genossen von dem Abkommen selbst ablenken (Sehr richtig!) und sie zur Beurteilung der Haltung seiner Kritiker führen wollte. Statt an den Verband, appelliert der Vorstand mehr an das Gefühl. Sie haben aber alle Ursache, trotz dieser Verschiebung den Blick auf das Abkommen selbst zu richten.

Der Inhalt des Abkommens, die Dämpfung des Stichwahlkampfes, ist ebenso wie die Geheimhaltung einer so wichtigen Aktion bisher in der Partei nicht üblich gewesen. Der Parteivorstand glaubt, sein Vorgehen mit der Erlangung der 110 Mandate zu rechtfertigen. Daran ist aber der Parteivorstand unschlüssig; denn er hatte keine Gewähr, daß das Abkommen die fortschrittlichen Wähler zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel veranlassen würde. Wenn sie es trotzdem getan haben, so ergab sich das mehr aus der allgemeinen politischen Situation als aus den größeren Jugendstimmen, die unersetzlich gemacht wurden, um eine festere Form des Abkommens zu erreichen. Käme es uns nur auf die Erlangung von Mandaten an, so wäre es richtiger, gleich für die Hauptwahl ein Abkommen über die Teilung der Wahlkreise zu treffen, so wie es bei den Landtagswahlen in Bayern geschehen ist! — War denn das Abkommen überhaupt notwendig? Zur Steigerung der politischen Bedeutung der Sozialdemokratie bedurfte es seiner gar nicht. Der Stimmengewinn von 1 Million stellt die politische Bedeutung unseres Wahlsieges dar, nicht die künstlich erschaffenen 110 Mandate. (Unruhe.) Eine solche Zahl von Mandaten wird doch nicht auf die Dauer, zumindest nicht für die nächsten Wahlen zu halten sein. (Ernute Unruhe.) An dem bisherigen Verhältnis zwischen unserer Stimmzahl und unserer Mandatzahl ist die ungerade Wahlkreisverteilung schuld gewesen. Wenn wir trotz dieser Wahlkreisverteilung auf künstlichem Wege mehr Mandate erhalten haben, so wird dadurch die Agitation für die Befreiung der veralteten Wahlkreisverteilung geschwächt. 110 Abgeordnete haben sicher mehr Bedeutung im Reichstage als 43, aber mehr Macht haben sie sicher nicht. (Lebhafter Widerspruch.) Wir sind nach wie vor in der Minderheit und wer wollte glauben, daß unsere fortschrittlichen Stichwahlkandidaten aus unserer Seite für die sozialdemokratischen Forderungen eintreten werden? (Zurufe: Das hat niemand behauptet.) Nach wie vor haben wir nicht die Möglichkeit, unsere Forderungen auf Demokratisierung des Staatswesens, gegen den Militarismus, die Kolonialpolitik usw. aus eigener Kraft durchzusetzen. Wir sind also machtlos. (Gelächter.) Unsere Macht liegt in der Massenagitation und unsere Stellung im Reichstage ist nur insofern gestärkt, als wir noch stärker zur Aufklärung der Massen arbeiten können. Das können 43 ebenso gut wie 110. Aber ich will gern zugestehen, daß unsere größere Mandatzahl z. B. durch die stärkere Vertretung in den Kommissionen usw. Vorteile bietet. (Zurufe: Ja affo!)

Die erstrebte Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks ist nur ein Traum und nicht einmal ein schöner. Wenn nicht ein schwarzblauer, so steht uns ein konservativliberaler oder besser ein Block aller bürgerlichen Parteien im Reichstage gegenüber. Die Anschauung, daß es eine Aufgabe des Fortschritts sei, gemeinsam mit der Sozialdemokratie den schwarzblauen Block zu zertrümmern, kann nur dazu beitragen, das politische Ansehen der Fortschrittspartei unbedeutend zu steigern. Die Fortschrittspartei ist eines solchen gemeinsamen Kampfes nicht fähig und hat gar nicht den Willen dazu. Der ewige Feind der Fortschrittspartei ist die Sozialdemokratie, wie sie der ewige Feind aller bürgerlichen Parteien ist. Das Entgegenkommen des Parteivorstandes gegenüber der Fortschrittspartei war viel zu weitgehend, besonders auch deshalb, weil der Fortschrittspartei attestiert wurde, daß ihr Programm schon die entscheidenden Forderungen enthalte, die unsere Partei in Jena als Stichwahlbedingungen aufgestellt hat. Die fortschrittlichen Kandidaten brauchten sich nicht auf die Jener Stichwahlbedingungen festzulegen, sondern sie brauchten nur zu erklären, daß diese Bedingungen ihrem Parteiprogramm entsprechen. Wie haben doch bisher den Wählern stets nachgewiesen, daß die Fortschrittler auf den Buchstaben ihres Programms pfeifen, daß in dem Programm nur Worte sind, die mit den Handlungen der Fortschrittler im schärfsten Widerspruch stehen. Jetzt verhehlen wir nun diesem Programm zu einer politischen Bedeutung, die es nicht besitzt.

Nun die Dämpfung! Braun hat offenbart, daß eigentlich unser Parteivorstand zu dieser Dämpfung der 16 Wahlkreise die Veranlassung gegeben hat. Die Fortschrittler wollten nur eine gegenseitige Unterstützung. Der Parteivorstand wollte aber die Garantie, daß die Fortschrittler unter allen Umständen für uns stimmen und dazu hielt er die Dämpfung für das beste Mittel. Ob die Kreise für uns zu holen waren oder nicht, das ist hier völlig gleichgültig; was preisgegeben wurde, ist der Stichwahlkampf und damit die Möglichkeit, während dieser Zeit in der bisherigen Weise zu den Wählern sprechen zu dürfen. Diese Möglichkeit haben wir verdirbt gegen die immerhin sehr zweifelhafte Möglichkeit, daß die Fortschrittler in den übrigen Wahlkreisen für uns stimmen. Braun sagte, es hätte sich gezeigt, daß die Wähler bei der Stichwahl doch für uns gestimmt hätten, die bei der Hauptwahl für uns waren, ganz gleichgültig ob ein Flugblatt mehr oder weniger verteilt worden sei. Das ist eine eigentümliche Schluss-

folgerung. Damit könnte man die Ueberflüssigkeit der Flugblattverbreitung an die Wähler nachweisen.

Nun die Geheimhaltung. Zwar sagt man, es sei keine Geheimhaltung vereinbart worden oder vorhanden gewesen, weil den Redakteuren und Bezirkssekretären das Stichwahlabkommen zugänglich gemacht worden sei. Es ist aber doch zu beachten, daß diesen Personen das Stichwahlabkommen unter der Aufschrift: „vertraulich“ zugegangen ist, daß sie also nicht die Möglichkeit hatten, es den Wählern oder Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen. Erst einige Wochen nach der Stichwahl ist die Geheimhaltung aufgehoben worden, und der Vorstand hat auch nicht, wie er es erst antündigte, eine schriftliche Begründung des Abkommens gegeben, sondern eine Konferenz einberufen für die Redakteure und Bezirkssekretäre. Braun sagte, der Parteivorstand habe von der Veröffentlichung nur Abstand genommen, um zu verhindern, daß die Konservativen aus Berärgerung gegen die Fortschrittler nun in eine Wascheiselpolitik eintreten, also doch die Fortschrittler gegen die Sozialdemokraten durchfallen lassen würden. Das ist geradezu eine verblüffende Begründung der Geheimhaltung. Um den Fortschritt vor der Bosheit der Konservativen zu schützen, verschweigt man den eigenen Parteigenossen den Inhalt des Abkommens, und dabei hätte man doch durch die Veröffentlichung des Abkommens die Möglichkeit gehabt, unsere Mandatziffern noch mehr zu erhöhen. Alles in allem: Das Abkommen war eine Aktion des Vorstandes, der die Parteigenossen nicht zustimmen können. Der Antrag Niederbarnim ist sehr milde gehalten (Sehr richtig!), er bedeutet nur die Dämpfung der 16 Wahlkreise. Braun sagt, der Parteivorstand bedauere das auch. Dieses Bedauern von beiden Seiten ist aber nicht dasselbe Bedauern. Wir bedauern, daß der Parteivorstand diesem Passus zugestimmt hat, obwohl ihn nichts dazu gezwungen hat. Die Mehrheit der Genossen hätte ihm sicher keinen Vorwurf daraus gemacht, wenn er den Passus abgelehnt und die fortschrittlichen Unterhändler die Treppe hinunterkomplimentiert hätte. Nun ist wohl auch der Parteivorstand einer Belehrung zugänglich und hoffentlich bringen ihn die Kritiken hier und vorausichtlich auch auf dem Parteitag zu der Anschauung, daß er sich bei diesem Abkommen nicht von einem guten Stern hat leiten lassen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Niederbarnimer Kreises anzunehmen.

Noch ein Wort zu dem Verhalten des „Vorwärts“. Es ist eine sehr bedenkliche Verhemmung, die der „Vorwärts“ gegenüber den Berliner Parteigenossen übt. Was erfahren die Berliner Genossen von den Parteidiskussionen im Lande? Sorgfältig wird alles verschwiegen. Ich erinnere nur an die Stuttgarter Differenzen; dabei stellen die Berliner Genossen auf den Parteitag eine erhebliche Zahl von Delegierten. Ich weiß nicht, ob die Redaktionen des „Vorwärts“ dabei vielleicht im Einverständnis mit dem Parteivorstand handelt, der ja Auftraggeber und Leiter des „Vorwärts“ ist. Jedenfalls haben die Berliner Genossen ein Recht darauf, in ausreichender Weise über solche theoretischen und praktischen Diskussionen unterrichtet zu werden. Nun hat man uns viel zu spät die Vorlage mit den Artikeln unterbreitet. Im Kreise Testow-Weesow haben sie die Genossen erst heute morgen bekommen. (Rufe: Wir jetzt erst!) Die Möglichkeit, in ruhiger Weise die Artikel zu prüfen, ist damit abgeschnitten. Es ist also verhindert worden, was die vorige Generalversammlung beschlossen hat. Man hätte auch die Artikel der „Bremer Bürgerzeitung“ abdrucken sollen. Der Parteivorstand hätte dafür sorgen müssen, daß die Artikel frühzeitig genug den Genossen zugänglich gemacht worden wären. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung

nimmt das Wort Ochs: Ich stelle den Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. (Lebhafte Ohos!) Der Vertreter des Parteivorstandes und der Antragsteller haben unbeschränkte Redezeit gehabt. Auch auf dem Parteitag ist die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Der Vortrager war ein abstrahierendes Beispiel für unbegrenzte Redezeit, indem er auf alles Mögliche eingegangen ist, was mit der Sache nichts zu tun hatte.

Vorsitzender Ernst: Es liegt noch ein weiterer Antrag vor, die Redezeit auf 20 Minuten zu beschränken, ausgenommen für die Genossin Rosa Luxemburg. (Große Heiterkeit.) Ich halte es auch für selbstverständlich, daß Ausnahmen nicht von vornherein beschlossen werden.

Die Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten wird abgelehnt, die auf 20 Minuten wird angenommen und zwar ohne Ausnahme.

Vorsitzender Ernst: Der Vortrager hat den Parteivorstand wegen der kleinen Proschüre angegriffen. Wir haben uns sofort nach der vorigen Generalversammlung an die Genossin Luxemburg gewandt; sie solle uns den Abdruck der Artikel gestatten. Sie antwortete, das sei nicht möglich, weil die „Leipziger Volkszeitung“ wegen Herausgabe der Artikel in Proschürenform an sie herantreten sei. Wir wandten uns dann an die „Leipziger Volkszeitung“, die uns den Abdruck gestattete. Wir verschafften uns dann drei Artikel, weil nur von dreien hier die Rede gewesen war. Nun teile uns die Genossin Luxemburg mit, es kämen fünf Artikel in Frage. Wir mußten uns also auch noch die beiden anderen verschaffen. Natürlich vergeht bei einem solchen Briefwechsel Zeit. Am Sonnabend gaben wir die Artikel in die Druckerei. Nun wollte die Genossin Luxemburg die Korrektur haben, die wir ihr natürlich sandten. Am Donnerstag ist die Proschüre an die Kreise versandt worden. Aber natürlich fragt man nicht uns, wie die Sache liegt, damit wir Aufklärung geben, sondern man läßt sich die Gelegenheit zu einer schönen Rede nicht entgehen und wartet dann ab, ob der Parteivorstand sich verteidigt. Man warf uns auch vor, daß das Stichwahlabkommen nicht mit abgedruckt ist. Wäre irgendeine Anregung dazu gegeben, so hätten wir es selbstverständlich mit veröffentlicht. (Ab!) Ich verbitte mir, Rixtrauen in meine Worte zu setzen. Wir hatten gar keinen Anlaß, das Stichwahlabkommen etwa zurückzuhalten, wenn seine Veröffentlichung hier angeregt worden wäre. Im übrigen stehen wir ja nicht als die Sündenböcke da, sondern der Parteivorstand. (Heiterkeit.)

Grundwahr:

Ich befinde mich leider in einem gewissen Gegensatz zu Pies, dem ich sonst sachlich beistimme. Politik kann man nicht immer auf offenem Markte treiben. Das geht nicht, weil die Fäden zu fein und vorsichtig gesponnen werden müssen, wenn etwas erreicht werden soll. Unzweifelhaft war es das Recht und sogar die Pflicht des Parteivorstandes, das Stichwahlabkommen möglichst vollkommen abzuschließen und vor allem so, daß die Gegner nicht zu früh Wind davon erhielten. Zu tadeln ist aber, daß der Parteivorstand nicht gleich nach dem Ergebnis der Wahlen herausgetreten ist. Darin hat der Vorstand gefehlt. Ueber einen Punkt herrscht nur eine Meinung unter allen. Auch der Genosse Braun hat ihn als eine dira necessitas, als eine böse Notwendigkeit bezeichnet, nämlich die Dämpfung, ohne die der Parteivorstand die Freisinnigen nicht in seine liebevollen Arme hätte schließen können. Diese Dämpfung macht uns die Annahme des Niederbarnimer Antrages so sympathisch, weil er diese Dämpfung als schädigend für diese Partei — und ich sage, schädigend für jede revolutionäre Partei — hervorhebt. Daß eine revolutionäre Partei nicht nur

jede Aktion aufgibt, bedeutet die Dämpfung, sondern daß sie zurückdreht, reaktionär wird. Aktion bedeutet Handlung und Reaktion eine negative Handlung, wobei man nicht nur nichts tut, sondern sogar zurückgeht. Etwas Derartiges ist in der Geschichte der Sozialdemokratie noch nie zu verzeichnen gewesen. Diese Dämpfung ist deshalb so außerordentlich gefährlich, weil sie der erste Schritt ist auf einer Bahn, die in die Arme des extremen Reformismus führt (Sehr richtig!), ob wir wollen oder nicht. Der Parteivorstand ist gewiß nicht reformistisch angeknüpelt; aber gerade deswegen ist dies um so bedenklicher. Theoretisch und grundsätzlich auf dem alten Boden der Partei zu bleiben und praktisch das zu tun, was der Reformismus theoretisch begründet — ein solcher Reformismus ist weit gefährlicher als der, der sich offen gibt als das, was er sein will. Verfehlt Euch nur einmal in die Pfade, in das Geistesleben der Parteigenossen in den Kreisen, die mit Dämpfung arbeiten sollten. Mit Feuer und Flamme, mit einer Begeisterung ohne gleichen, mit einer Kleinarbeit ohne gleichen sind unsere Leute in den Kampf gegangen, bis zum letzten Atemzuge haben sie diese Begeisterung hochgehalten, und auch wenn sie gemorfen waren, haben sie niemals geglaubt, sie seien wirklich die Besiegten. Jetzt sagt der Parteivorstand zu ihnen: Ihr habt Euch sehr tapfer gehalten und seid in die Stichwahl gekommen, vielleicht sogar in eine aussichtsreiche Stichwahl; aber nun geht bei Leibe nicht weiter und seht Euch bloß vor, daß Ihr nicht etwa in Wirklichkeit siegt. (Heiterkeit.) Das ist eine Politik, die für eine revolutionäre Partei nicht nur nach außen eine Gefahr birgt — darüber sehe ich mich hinweg, denn ich bin nicht Erfolgspolitiker, wie Braun, der mit 110 Mandaten schon das Himmelreich vor der Tür glaubt. Aber weit gefährlicher ist für eine revolutionäre Kampfpartei die Verschiebung der Situation im Innern. Glauben Sie denn, unsere Parteigenossen auf dem Lande, in den kleinen Städten, selbst die organisierten Gewerkschaftsmitglieder werden das begreifen? (Zuruf: Jawohl!) Nein, sie begreifen das nicht. Sie sagen, wozu gearbeitet, wenn es die Gegner nicht fühlen sollen, wozu haben wir gearbeitet, wenn der Erfolg daraus für eine Partei kommen soll, die wir bekämpft haben bis aufs Messer, ebenso wie alle anderen Parteien? (Sehr richtig!) Diese proletarische Klassenkampflogik ist härter als alle Wünsche des Parteivorstandes, und deshalb wird der erste Schritt auf diesem Wege auch kein großes Unglück anrichten. Wenn aber auf diesem Wege fortgeschritten wird, so würden wir schlimmer fahren, als selbst durch den Reformismus. Deshalb bitte ich, die Niederbarnimer Resolution anzunehmen.

Nun wird man sagen, wir dämpfen ja unsere Agitation bei allen Stichwahlen. Aber das tun wir doch nur, wo wir dazu gezwungen sind und selbst nicht in die Stichwahl kommen und daher das geringe Uebel schluden müssen. Gewiß haben unsere großen Vorläufer nie gemeint, die bürgerlichen Parteien seien ganz gleich bei den Wahlen zu bekämpfen. Aber immer haben sie vertreten, daß es vor allen Dingen auf die Stärkung der eigenen Partei ankommt, und erst wo diese ausgeschlossen ist, kann man das kleinere Uebel schluden. Man komme uns also nicht mit dem Einwand, wenn man das Stichwahlabkommen beurteilt, stelle man sich auf den Standpunkt, alle bürgerlichen Parteien seien bei den Wahlen eine reaktionäre Masse. Aber die Dämpfung ist ein freiwilliger Verzicht auf etwas, was wir besitzen und besitzen werden und durch die Hebung und Bekräftigung der Begeisterung noch gewinnen können.

Nun sagt Braun, die Dämpfung hat und noch zwei Kreise gebracht, Dagen und — und das war die Bilanznummer in dem diesseitigen Jirzus, den Braun und durchgeführt hat — Co hn, der jüdische Mitbürger, der von den Antisemiten gewählt ist. Aber politisch beweist das gar nichts. Denn wenn es nicht die Absicht des Parteivorstandes gewesen wäre, Co hn mit Hilfe der Antisemiten wählen zu lassen — und ich glaube nicht, daß das seine Absicht war, denn dann wäre das Abkommen kein ehrliches gewesen — dann dürfte der Genosse Co hn gar nicht sitzen, dann müßte er sogar, wenn man ganz scharf sein will, das Mandat niederlegen, das er gegen das Abkommen bekommen hat, und das selbe müßte Genosse König in Hagen tun. Da war ja eines der berühmten Mißverständnisse. Also König ist gewählt aus Mißverständnis, und Co hn ist gewählt, warum, das weiß man nicht, jedenfalls weil wir nicht sitzen wollten. (Heiterkeit.) Diese Logik ist nicht zu verstehen, und eine unverständliche Logik sollte man sich hüten, in der Politik anzuwenden.

Nun sagt Braun, wenn die Freisinnigen nicht von uns in Liebe empfangen werden, so wären sie zu den Konservativen gegangen. Ich muß sagen, wenn ich es mit einem solchen Gegner zu tun habe, der, wenn ich nicht alle seine Bedingungen schände, zu meinem tüchtigsten Gegner geht, dann verzichte ich auf ihn (Sehr richtig!); denn das würde bedeuten, daß man bei Stichwahlen nur mit einer reaktionären Masse zu tun hat.

Weiter sagt Braun, wir haben aber durch das Abkommen 110 Mandate bekommen. Die ganze Welt hat uns beglückwünscht, es sollte nur noch, daß er folgte, man hat uns Vorbeerkänge geschickt. (Heiterkeit.) Wenn ein Parteiabkommen von dem Erfolg abhängen soll, dann hört jede grundsätzliche Politik auf. Das ist eine Erfolgspolitik, wie wir sie auch von den extremsten Reformisten nicht gewohnt sind. Dann kommen wir dahin, daß wir auch bei den Hauptwahlen nicht mehr unsere Stimmen zählen, sondern von vornherein, um Mandate zu erschadern, mit den Freisinnigen zusammengehen. Diese Erfolgspolitik kennt keine Grenzen, für sie ist alles Schmei und Creuel, was nach Grundfäden riecht. Darin sehe ich die größte Gefahr des Abkommens, daß es von unseren alten Grundfäden, die die Partei stark gemacht haben, abweisen will.

Nun hat uns Bernstein einen Brief von Engels geschickt, wonach Engels sogar noch weiter gehen wollte. Was bei derartigen Ausgrabungen noch entdeckt werden kann, ist gar nicht abzusehen. Die Ausgräber bedenken nicht, daß das, was sie ausgraben, in seiner Zeit wurzelt, daß eine ägyptische Mumie kein lebender Mensch ist, sondern zu den Zeiten der Ägypter gelebt hat, wo ganz andere Verhältnisse vorlagen als heute. Jede politische Situation hat ihre besonderen Forderungen, jede politische Lage erfordert ihre eigenen Gesetze; aber sie dürfen niemals mit den Grundfäden der Partei kollidieren, denn sonst verliert die Partei den Kompaß, durch den allein sie sich in den wilden Stürmen des Tages zurechtfinden kann. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Lebebour:

Ich kann mich auf einige wenige Punkte beschränken. Weil die Vortrager schon einiges vorher genommen haben. Vor allem muß ich mich gegen den Versuch des Genossen Braun wenden, die Streiffrage zu verschieben. Der Hauptteil seiner Ausführungen war eine Polemik gegen die Genossin Luxemburg, die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“, was dadurch hat er den Anschein erweckt, es handele sich für uns darum, die dort ausgesprochenen Ansichten zur Entscheidung zu bringen. Für uns aber stand auf der Tagesordnung der Niederbarnimer Antrag, der dem Sinne nach sagt, wir mißbilligen das Stichwahlabkommen, weil es einen Punkt enthält, den wir nicht billigen können, das ist die Dämpfung. Diese Frage ist durch die weitläufigen Ausführungen Brauns verschoben worden. Erst dadurch wurde der Abdruck der Artikel notwendig, dadurch ist auch die Genossin Luxemburg, die von ihm ja als Primadonna der Politik bezeichnet wurde, genötigt worden, hier zu sein und sich hier zu ver-

leidigen. In diesen Streit wische ich mich übergehend nicht ein. Genossin Luxemburg ist, glaube ich, Mann genug, sich selbst zu verteidigen. (Heiterkeit.)

Braun hat in seinem Schlusswort behauptet, Sie dürfen nicht bloß einen Punkt des Abkommens tabeln, sondern Sie müssen entweder das ganze Abkommen tabeln oder billigen. Es geht und mit diesem Stichwahlabkommen so wie im Reichstag der Fraktion bei einem Gegenwurf. Die Fraktion prüft alle Punkte und sagt, dieser Punkt gefällt mir, jener nicht, und dann fragt sie, ob das Mißfallen an diesem oder jenem Punkte ausreicht, das Ganze zu verwerfen. So sagt der Antrag Niederbarnim, wir mißbilligen das Abkommen nicht, weil wir prinzipielle Gegner eines jeden solchen Abkommens sind, sondern weil dieses Abkommen unannehmbar für uns ist durch den einen Punkt der Dämpfung.

Nun zu der prinzipiellen Verteidigung des Abkommens durch Braun. Braun sagte, der Wahlkampf, den unsere Genossen im ganzen Lande mit Eifer geführt haben, war in erster Linie darauf eingestellt, den schwarzblauen Block zu zertrümmern und die Reichstagsmehrheit des schwarzblauen Blocks zu beseitigen. Die Hauptaufgabe in den Wahlkämpfen ist, unsere Partei einen geordneten Aufmarsch zu bringen, so viel Stimmen und natürlich dabei auch Mandate als möglich zu erobern. Als Nebenwerk ergab sich diesmal für uns auch, zu versuchen, den schwarzblauen Block zu zertrümmern. Niemand kann sagen, in erster Linie sei es auf die Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks angekommen. Stichwahlen sind ein Hebel und wir wollen sie ja auch durch das Proportionalwahlrecht beseitigen. Aber, da wir dort, wo wir aus der Stichwahl ausfallen, sagen müssen, die uns am nächsten stehende Partei in den Reichstag zu bringen, können wir unter Umständen auch Stichwahlabkommen treffen mit Parteien, die mit uns gleiche Ziele in Einzelkreisen verfolgen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, und über die Dämpfung hat Brunwald so ausgezeichnet gesprochen, daß ich darauf nicht näher eingehen will. Nur muß ich auf den lähmenden Einfluß dieser Dämpfung hinweisen, der darin zum Ausdruck kommt, daß die Genossen, die wohl begreifen, was die Dämpfungsprofessoren (Heiterkeit) gemeint haben, es doch mißbilligen, weil es ihren Empfindungen und ihrem gesunden politischen Urteil widerspricht. (Sehr richtig!) Wie soll es denn werden in den Wahlkreisen, die uns noch nicht sicher sind. Wie werden da die Vorlesungen von 1912 auch künftig auf unsere Genossen einwirken, die sich sagen müssen: wenn wir es wirklich soweit bringen, daß wir den Stichwahltag fast in der Hand haben, was nicht es uns — nachher kommt der Parteivorstand und schlägt mit den freistimmigen ein Abkommen, daß wir doch dämpfen müssen. Diese Wirkung des Abkommens macht es notwendig, daß die Parteigenossen im ganzen Reich ein für allemal die Sicherheit erhalten, daß solches nie wieder vorkommen kann. (Sehr recht!) Das möchte sonst lähmend einwirken auf alle künftigen Wahlen (Wiesbaden: Sehr richtig!) in allen noch nicht sicheren Kreisen. Wenn die Dämpfung, die diesmal für 16 Wahlkreise bestimmt war, künftig in 300 Kreisen wirkt, und die Gewinnung neuer Anhänger lähmt, was nicht es uns dann, daß sich die Leute in Nordhausen usw. nicht daran gehalten haben. Es würden uns die neu zu gewinnenden Leute gleich fern bleiben und sagen: da wachte ich nicht erst Coßn, sondern Wiemer. Das hat der Parteivorstand nicht bedacht; er hat hastig gearbeitet und da ist eine Pflanzarbeit herausgekommen. Ich sehe die segensreiche Wirkung der Resolution Niederbarnim darin, daß sie künftigen Wiederholungen vorbeugt und bitte Sie darum, ihr einmütig zuzustimmen, damit sie einen heilsamen Einfluß ausübt, damit wir um so früher in der Partei im ganzen Deutschen Reich Ruhe bekommen. Je früher, desto besser ist es, wenn wir die Sicherheit erhalten, daß Stichwahlabkommen mit Dämpfung für die Gegenwart und mit gefährlichen Rückwirkungen für die Zukunft nie und nimmer getroffen werden dürfen. (Beifall.)

#### Genosse Bühler-Niederbarnim:

Nach der glänzenden Beweisführung Brunwalds glaube ich die weitere Beweisführung dämpfen zu sollen, damit die Beweisführung selbst nicht abgebrochen wird. Für uns handelt es sich weniger um das ganze Abkommen, als um die Dämpfung der Wahlkreise. Ledebour und Brunwald haben schon gesagt, was wir beabsichtigen. Wir wollen nicht den Parteivorstand rüffeln, ihm auch kein Mißtrauen ausprechen, sondern wir bedauern, daß der Parteivorstand 16 Wahlkreise ohne weiteres ausgegeben hat. Ich muß sagen, daß die Ausführungen des Genossen Braun über die Stellung der Genossen in Hagen für uns irreführend waren. (Sehr richtig!) Der Parteisekretär von Hagen hat in der letzten Generalversammlung dieses Kreises ausdrücklich erklärt, dem Parteivorstand sei festgestellt worden, daß die Behauptungen des Genossen Braun in allen Teilen falsch waren. Ich möchte die entscheidenden Sätze aus dieser Rede des Parteisekretärs zur Verlesung bringen:

Wir haben versucht, ein Mitglied des Parteivorstandes nach Hagen in die heutige Generalversammlung zu bekommen, haben dabei mitgeteilt, daß Genosse Braun in Berlin Ausführungen gemacht hat, die von der Parteileitung in Hagen nicht unwidersprochen bleiben können. Wir glaubten, daß durch eine Aussprache hier die Sache endgültig hätte erledigt werden können, leider hat der Parteivorstand es abgelehnt, nach Hagen zu kommen, er hat uns mitgeteilt, daß die Sache geklärt sei.

Am Schlusse des Artikels wird darauf hingewiesen, daß die für Hagen bestimmten Redner in letzter Stunde den Hagen Genossen abspenstig gemacht worden seien. Wenn Hagen von dem Stichwahlabkommen in letzter Stunde ausgefallen würde, so hätte man die Redner doch freigeben müssen. Der Parteivorstand hat aber in letzter Stunde den Genossen Wurm veranlaßt, nicht nach Hagen zu fahren, obwohl er das Referat schon zugesagt hatte. Wir bedauern aufs tiefste, daß durch die Ausführungen des Genossen Braun die Interneta in diese Versammlung hineingeworfen wurden, aber wir müssen der Wahrheit die Ehre geben und sagen, wie die ganze Sache steht. Wir bedauern besonders, daß ein derartiges Abkommen zustande kam, das aber weiß welche Konsequenzen nach sich ziehen wird. Wenn das so weiter geht, fürchten wir in Niederbarnim, daß für den nächsten Parteitag recht unliebame Debatten heraufbeschworen werden. Hamburg II, Stuttgart und andere Kreise nehmen dieselbe Stellung ein wie wir. Wir leben nicht gegen den Parteivorstand, wir wünschen nur, daß in Zukunft eine derartige Dämpfungsparade nicht mehr herausgegeben wird. Wir bedauern auch, daß Genosse Braun in der letzten Versammlung versucht hat, am Schlusse seiner Ausführungen die ganze Geschichte zu verdrängen. Er hat so getan, als wenn wir gegen den Parteivorstand aufträten und er rief uns zu, nicht gegen den Parteivorstand, sondern mit ihm sollten wir gehen. Dabei wies er hin auf die Kämpfe im Ruhrgebiet. Ich muß doch sagen, nicht ein einziger wird hier im Saale sein, der nicht mit dem Parteivorstand gegen die Reaktion anknüpfen wollte. (Sehr richtig!) Gerade in dem gegenwärtigen Augenblick, wo wir über interne Parteianglegenheiten reden, sind wir uns bewußt, daß brauchen die Waffe der Reaktionäre steht und uns niederzubütteln versucht. Auch die Kritik dieses Stichwahlabkommens beweist doch, daß innerhalb der Parteigenossen der Wunsch vorhanden ist, daß keine klare Bahn geschaffen wird und daß auf dieser Bahn weitergegangen werden soll mit dem Parteivorstand. Da soll der Parteivorstand nicht mit uns streiten, sondern sagen: Wenn Ihr allgemein der Auffassung seid, daß auf diesem Gebiete nicht weitergegangen werden soll, dann gehen wir mit Euch, und wir werden versuchen, in Zukunft derartige Abkommen nicht mehr zu treffen, sondern mit Euch gemeinsam die späteren Kämpfe durchzuführen. In diesem Sinne wünschen wir auch, daß die Versammlung unserer Resolution zustimmt. Dann können wir den gemeinsamen Kampf wieder aufnehmen zum Nutzen der Partei, zum Nutzen der allgemeinen Arbeiterbewegung. (Bravo!)

#### Genosse Auf-Berlin IV:

Genosse Braun hat ganz recht, wenn er sagt, daß die Dämpfung der Wahlkreise sich nicht von dem Stichwahlabkommen trennen läßt, und daß man dieses Abkommen nur im ganzen gutheißend oder im ganzen verurteilen kann. Deshalb muß man auch die

Kritik von Rosa Luxemburg in die Debatte ziehen, um so mehr, als diese Kritik ja auch bei den späteren Debatten auf dem Parteitag eine Rolle spielen werden. Ich hätte auch gewünscht, daß der Parteivorstand die Sache nicht so lange geheim gehalten hätte. Wenn er nach dem Schluß der Wahlen sofort damit heraustrat, dann wäre, so hätte er damit seinen Gegnern eine Waffe aus der Hand genommen. Der Parteivorstand soll künftig etwas mittelbarer sein. Die Ausführungen der Genossin Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ gehen von dem Standpunkt aus, daß die Fortschrittler und dieses Mal bei den Stichwahlen genau so verhalten hätten, wie bei früheren Wahlen. Ich bin auf Grund zahlreicher Feststellungen zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Behauptung nicht richtig ist. Bei früheren Wahlen ist der Freistimm in der Stichwahl niemals in der Weise für uns eingetreten, wie es bei der letzten Stichwahl der Fall war. Wenn früher bei Stichwahlen durchschnittlich 20 Proz. der freistimmigen Stimmen für Sozialdemokraten abgegeben wurden, so war das schon sehr viel. Diesmal haben wir nur in Elberfeld-Warmen den geringen Prozentsatz von 22 der liberalen Stimmen für unsere Kandidaten zu verzeichnen. Dort handelt es sich aber auch hauptsächlich um Nationalliberale. In Köln-Stadt oder sind beispielsweise 11,9 Prozent der liberalen Stimmen durch die Referenden bei der Stichwahl auf unsere Kandidaten gefallen. Für das ganze Reich ist folgendes Ergebnis festzustellen: In den 31 Wahlkreisen, wo die Fortschrittlichen und Unterstützung zugelegt haben, sind im Durchschnitt 44,1 Proz. der liberalen Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben worden. Man kann also ruhig zusehen, daß durch das Stichwahlabkommen in der Haltung der Fortschrittlichen eine gewollte Verbesserung zu verzeichnen ist. In der allgemeinen politischen Situation liegt es, daß wir früher oder später dazu gelangen werden, mit dieser oder jener bürgerlichen Partei vielleicht mehr zu passieren, als das bisher üblich war. (Lachen und Widerspruch.) Lassen Sie darüber; ich habe schon häufig bemerkt, daß die Tatsachen die vorgefährten Ansichten über den Haufen werfen. Das haben wir auch schon bei uns zu verzeichnen gehabt. (Zuruf: Heider!) Wenn eine bürgerliche Partei vorhanden ist, die es halbwegs ehrlich mit der Arbeiterklasse meint (erneutes Lachen), dann werden wir in unserem eigenen Interesse sie doch nicht zurückstoßen können. Braun sagte schon sehr richtig, daß insolge des Wahlergebnisses die Regierung und die reaktionären Parteien Abstand nehmen von der Einbringung eines Ausnahmegesetzes gegen die organisierte Arbeiterklasse, was vorher doch unbedingt ihre Absicht war.

In der Diskussion wurde vor allem das Bedauern über die Dämpfung ausgedrückt. Die Wirkung der Dämpfung wird von unseren Theoretikern viel zu sehr überschätzt. So ist es ja auch mit den Kompromissen. Wenn in Süddeutschland früher Kompromisse abgeschlossen wurden, so hat man immer erklärt, dadurch würden die Prinzipien der Partei aufgegeben. Tatsächlich ist das bisher nicht eingetreten. (Nal nal) Früher wurden ja ähnliche Kompromisse auch gegen die gewerkschaftliche Organisation vorgebracht. Das Stichwahlabkommen hat sich hauptsächlich auf Norddeutschland erstreckt. Trotzdem aber haben uns die Liberalen in Süddeutschland in einer Reihe von Wahlkreisen einen großen Prozentsatz ihrer Stimmen bei der Stichwahl zugeführt: In Kaiserlautern 51,7 Prozent, in Kronach 11,2 Proz., in Ansbach-Schwabach 70 Proz., in Schweinfurt 85 Proz., Würzburg 80 Proz., Augsburg 88,2 Proz., Kolmar 80,3 Proz., Reg. 65,4 Proz. und in Erbach-Benzheim 93 Prozent. Es ergibt sich daraus, daß dort, wo unsere Partei schon häufiger mit bürgerlichen Parteien zusammengegangen ist, bei den bürgerlichen Parteien bis zu einem hohen Grade die berühmte norddeutsche Notiz verloren gegangen ist. Daß die Kompromisse auch in anderer Beziehung nicht schaden, ergibt sich aus der Tatsache, daß in Baden und Bayern unsere Genossen in schärfster Opposition zum Zentrum stehen, während sie in beiden Ländern früher mit dem Zentrum zusammengegangen sind. Deshalb soll man nicht so ängstlich sein und glauben, sobald man an die bürgerlichen Parteien herantritt, gehen alle Prinzipien verloren. Heber kurz oder lang wird man doch dazu kommen müssen, schon im Interesse der Arbeiterklasse. Im Interesse der Arbeiterklasse müssen wir versuchen, gemeinsam mit bürgerlichen Parteien eine Erhöhung der Schutzpolizei zu verhindern. Die Partei ist doch dazu da, auch Gegenwartsprobleme zu treiben und nicht nur Zukunftspantastik. Man soll nicht immer davon reden, daß die Massen durch solche Abkommen verwirrt werden. Wir haben schon bei Stichwahlen Stimmenthaltung proklamiert, die Massen haben sich aber nicht danach gerichtet, sondern einfach aus ihrem Instinkt heraus das kleinere Übel gewählt. Wenn auf der anderen Seite nicht unsere Theoretiker mitunter zu viel Konfusion in die Massen hineinschleichen würden, dann würde manche Verwirrung hintangehalten werden. In dieser Beziehung ist schon mehr Verwirrung gestiftet worden als durch Duhende von Stichwahlabkommen. Sehen wir uns einmal das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstag an. Da ist es konstatieren, daß der schwarzblaue Block in die Minderheit gedrängt worden ist. (Lachen und Widerspruch.) Das hat sich bei den verschiedensten Abstimmungen ergeben. Es hat sich gezeigt, daß eine kompakte Reichsmajorität nicht mehr vorhanden ist. (Zuruf: Präsidentenwahl!) Gerade die Präsidentenwahl hat das zur Evidenz bewiesen. Wir sehen das Zentrum in der Minorität, und es treibt nun, wie überall, wo es in der Minderheit ist, Vorsehenspolitik, und wird sie weiter treiben. Daher möchte ich dringend davor warnen, daß wir uns als Partei zu sehr einschließen. Die verschiedenen Parteitagbeschlüsse in der Präsidentenfrage haben dem Zentrum und den rechtsstehenden Parteien eine willkommene Gelegenheit geboten, unseren Genossen im Parlament Schwierigkeiten zu bereiten, weil die Gegner bereits im voraus wußten, wie sich unsere Genossen verhalten müssen. Die Selbstentscheidungskraft kann unsere Partei unmöglich auf die Dauer betreiben, das würde sich später einmal bitter rächen. Wenn man mit einer Aktion des Vorstandes nicht einverstanden ist, dann kann man das kritisieren, aber man braucht hier nicht gleich Beschlüsse darüber zu fassen. Es ist auch nicht richtig, daß durch das Abkommen die Agitation für unsere Prinzipien während der Haupt- und der Stichwahl verhindert worden ist. Im praktischen Wahlkampf werden doch auch vor der Hauptwahl sehr wenig die theoretischen Fragen erörtert, und es werden vor allem den Gegnern ihre Sünden vorgehalten. Vor der Stichwahl ist das erst recht der Fall. Genossin Rosa Luxemburg meint, die Rechtsparteien hätten doch gewissermaßen den Fortschritt herausgehoben, und die reaktionäre Waffe habe sich schließlich zusammengefunden. Sie führt als Beweis 7 Kreise an, von denen 3 an dem Abkommen nicht beteiligt waren. Sie hat aber nur diejenigen Kreise herausgehoben, die ihr gerade zur Beweisführung gepaßt haben. Es sind doch auch Kreise zu verzeichnen, wo seitens der rechtsstehenden Parteien nur 20 Proz. der reaktionären Stimmen für die Fortschrittler abgegeben worden sind in der Stichwahl. Bei der Weisung für sollte man in Zukunft doch objektiver verfahren, nicht einseitig herausheben, was einem in den Kram paßt, sondern alles anführen, was dafür und was dagegen spricht. Das ist von der Genossin Rosa Luxemburg verabsäumt worden.

#### Genossin Rosa Luxemburg:

Ich bin den Mariendorfer Genossen sehr dankbar dafür, daß sie mir durch ihr Mandat ermöglichen haben, hier zu sprechen. Als ich den Bericht von der vorigen Sitzung der Generalversammlung las, war ich äußerst peinlich berührt durch die Art und Weise, wie der Vertreter des Parteivorstandes die Frage des Stichwahlabkommens hier vor Ihnen behandelt hat. (Sehr wahr!) Nicht deshalb, weil ich persönlich bei dieser Verteidigung sehr schlecht weggekommen bin, ich bin persönliche Angriffe gewohnt und nehme sie sehr kühl. Aber es hat mich peinlich berührt, daß der Vertreter der obersten Parteibehörde in eine so hochwichtige und ernste politische Frage einen Ton der persönlichen Gefühlsregung hineingetragen hat (Sehr richtig!), statt mit gebührendem Ernst und Sachlichkeit eine so hochwichtige Frage zu behandeln. (Sehr richtig!) und Widerspruch.) Man kann über das Stichwahlabkommen dieser oder anderer Meinung sein; aber die oberste Behörde einer politischen Partei von unserer Größe und unseren Aufgaben muß sich von vornherein sagen: Auch ich kann einmal fehlen! Einen Anspruch auf Unfehl-

barkeit und Festhalt auf eine solche Maßnahme gegenüber der öffentlichen Kritik darf ein sozialdemokratischer Parteivorstand nicht haben. Wo kommen wir sonst hin? (Sehr richtig!) Wer meine Kritik gelesen hat, wird von ihrer jüngerer Sachlichkeit überzeugt sein. Genosse Braun behauptet, daß nur lapidäre Primadonnen jagen könnten: Wenn die Fortschrittler die Klausel der Dämpfung unserer Agitation in 16 Kreisen zu einer unerlässlichen Bedingung des Abkommens gemacht haben, hätte man die Herren Fortschrittler in beschleunigtem Tempo die Treppe hinunterbefördert. Ich glaube, wenn unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, leider nicht so sehr seine Pflicht als Informationsorgan vernachlässigen würde, dann würden Sie alle wissen, daß nicht bloß ich diese Ansicht vertreten habe, sondern daß von den verschiedensten Seiten in der Partei genau dieselbe Auffassung vertreten wurde. (Hört! hört!)

Schon am 17. Februar, also lange vor mir, schrieb unser Elberfelder Parteivorstand, die „Freie Presse“, über das Stichwahlabkommen:

Wir bemerken schon, es nicht billigen zu können, daß sich unsere Parteileitung auf die Dämpfungsklausel eingelassen hat. Wir kämpfen nicht nur bei Wahlen, sondern fortgesetzt. Und wenn dann die Genossen eines Wahlkreises jahrelang fleißig gearbeitet und besonders den herangekommenen Wahlkampf mit großer Bravour geführt, Erfolge errungen haben und in die Stichwahl gekommen sind, so kann man ihnen auch dort, wo wenig Aussicht auf einen Sieg ist, nicht kurz vor der Stichwahl zumuten: „Jetzt müßt Ihr Euch bis nach der Stichwahl politisch tot erklären.“ Das geht nicht, gerade auch wegen der Disziplin. Man darf nicht Unmögliches von den Genossen verlangen, wenn die von den Gegnern so oft bewunderte Disziplin in der Partei hochgehalten werden soll. Nun kann man geltend machen, daß von der Annahme der Dämpfungsklausel es abhängig war, ob das Stichwahlabkommen zur Tatsache werden sollte oder nicht. Da sind wir nun der Meinung, daß man bei einem so hohen Preis lieber auf das Abkommen verzichtet hätte.

Auch eine lapidäre Primadonna in Elberfeld! (Beifall Heiterkeit.) Das Organ der Parteimitgliedschaft von Rastingen, die nicht gerade im Bereich des äußersten Radikalismus steht, das „Norddeutsche Volksblatt“, schrieb:

Die Sozialdemokratie ist keine Partei, in der nach einem siegreichen Wahlkampfe Ruhe als die bekannte erste Bürgerpflicht betrachtet wird. Im Gegenteil: in ihren Reihen ist es von jeher Sitte gewesen, sich ständig selbst zu prüfen, mögen auch Wochen und Monate nach den jeweiligen in Frage kommenden „Fällen“ vergangen sein. Die Stichwahlklausel des Parteivorstandes haben auch wir nicht gebilligt und nur aus Disziplinrunden haben wir uns gefügt. Auch die kürzlich den Redaktionen übermittelte Begründung durch denselben saß nicht unseren Verstand. Aus diesem Grunde geben wir eine Rebe wieder, die Genossin Luxemburg am 1. März vor der Bremer Arbeiterkammer hielt.

#### Die Redaktion:

Die Genossen in Solingen haben sich in ihrer Kreisgeneralversammlung am 10. März mit dem Abkommen beschäftigt. Der Referent, Genosse W e n d e m u t h, verteidigte das Stichwahlabkommen und den Parteivorstand. Als er aber zur Dämpfungsklausel kam, hat er gesagt:

„Da wurde nämlich ausgemacht, daß wir in 16 Wahlkreisen bis zum Stichwahltag keine Versammlungen abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltag selbst keine Schlepperdienste zu verrichten hätten, wogegen uns freiesteht, am Wahltag vor den lokalen Stimmzettel zu verbreiten.“ Das muß beurteilt werden, denn eine solche Umfassung ist unserer Partei unzulässig. Entweder soll man kämpfen oder soll es nicht. Auf keinen Fall aber soll man den Schein erwecken, als ob man kämpft und tut es doch nicht.“

Die „Schwabische Tagwacht“, ein Organ nicht des äußersten Radikalismus (heitere Zustimmung), schreibt:

Der „gedämpfte“ Wahlkampf ist überhaupt eine ganz neue Erfindung. Wir hätten gewünscht, er wäre nicht erfunden worden. . . . Wenn die Volkspartei als Bedingung für das Zustandekommen eines Stichwahlabkommens eine derartige Forderung stellte, müßte sie trotzdem und unter allen Umständen vom Parteivorstand abgelehnt werden. . . . Die Kritik, die sich an das Abkommen knüpft, wird sicherlich auch dazu führen, daß die Partei für die Zukunft von ähnlichen Vereinbarungen verschont bleibt. Welche Situationen die Zukunft bringen wird, läßt sich heute nicht sagen. Aber das muß mit allem Nachdruck ausgesprochen werden: Zumutungen, wie sie in dem diesjährigen Stichwahlabkommen an die Parteigenossen gestellt wurden, dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen; der Vorstand einer demokratischen Partei, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, muß sich von solchen Umfassungen fernhalten, die zu verteidigen ihn selber sehr schwer fallen muß.“

So geht es auch weiter. Die Parteiblätter in Erfurt, Halle, Göttingen haben das Abkommen, namentlich die Dämpfungsklausel, auf das schärfste verurteilt. Sie aber sind leider darüber nicht informiert, weil Ihr Organ die Pflicht verabsäumt hat, Sie auf dem Laufenden zu halten über das geistige Leben in der Partei. (Hört! hört!) Deshalb konnte man es Ihnen so darstellen, als ob das Karnikel, das die ganze Sache angeht, hier oben auf der Tribüne vor Ihnen stände. (Heiterkeit.) Das ist aber gar nicht wahr. In unserem wissenschaftlichen Organ, der „Neuen Zeit“, hat im Leitartikel vom 15. März Genosse R e h r i n g das Abkommen genau so scharf verurteilt, wie ich und andere. Er schreibt:

„Aber es ging über die erlaubte Grenze hinaus, als dem Anführen der Fortschrittler nachgegeben wurde, ihnen 16 Wahlkreise zu überlassen, in denen sie mit unseren Leuten stachen. . . . Daß der Parteivorstand die 16 Kreise nicht einfach, sondern durch die „Dämpfung“ der Agitation preisgegeben hat, macht die Sache eher noch schlimmer als besser. Wäre es von weiten Parteifreien unseres Erachtens nicht verstanden worden, wenn der Parteivorstand das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei von der Schwelle abgewiesen hätte, so würde es gerade auch in diesen Parteifreien freudig begrüßt worden sein, wenn der Parteivorstand auf die Expressbedingungen hin die Fortschrittler hätte zu ihren Freunden vom Bülow-Block abfahren lassen.“

Der „Vorwärts“ hat die offizielle Verteidigung des Parteivorstandes übernommen, wenn auch nicht im Rahmen des Parteivorstandes. Hören wir:

„Wenn aber das Abkommen zu dieser Dämpfung unter anderem auch die Verpflichtung rechnete, den Wählern keine Stimmzettel zuzustellen und am Wahltag keine Schlepperdienste zu verrichten, so überschritt es damit die Grenzen des der Situation Entsprechenden, ja des Erreichbaren. Denn den Parteigenossen in den erregten Zeiten einer Wahl unmittelbar vor der Entscheidung jede Veräußerung, nicht nur agitatorischer, sondern organisatorischer Art versagen wollen, heißt Unmögliches von ihnen verlangen. Und ebensowenig am Platze war die Heftigkeit, mit der das Abkommen eine Beilug behandelt wurde. . . . Sollten die Fortschrittler Grund gehabt haben, zu wünschen, daß das ganze Abkommen ein Geheimnis bleibe, dann dürfte es überhaupt nicht abgeschlossen werden. So nämlich uns das Abkommen auch erscheint, um den Preis der Unmöglichkeit unserer demokratischen Grundzüge dürfte es nicht erkauft werden.“

In diesem Sinne haben sich auch die Genossen in Hamburg, Merseburg und anderen Kreisen ausgesprochen gegen das Abkommen, und bis jetzt kenne ich nicht eine Stimme in der Partei, die diesen Punkt des Abkommens des Parteivorstandes verteidigen würde. Vielleicht tut es Genosse K o l b jetzt in seinem Blatt. (Beifall Heiterkeit.) — Ledebour ruf: Das ist auch noch nicht mal sicher!

Es kommt ja nicht darauf an, ob ein einzelner Fehler in der Taktik, der praktischen Politik vom Parteivorstand gemacht wurde oder nicht. Niemand von uns verlangt vielleicht von ihm Fehlerlosigkeit und die Unmöglichkeit, irgendeinen Fehler zu machen. Aber was das Wichtigste ist, das sind die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, welche dieser Politik zugrunde liegen und die in der Ver-

Leitung des Parteivorstandes auch zum Vorschein kommen. Es wird durchaus behauptet, daß sich das Stichwahlabkommen in holländischer Hinsicht mit einem glänzenden Erfolg gekrönt habe. Wenn man die Sache ruhig und objektiv betrachtet, die Abstimmungs- zahlen der Stichwahlkreise, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in keinem einzigen das Wahlabkommen von den Fortschrittlichen wirklich eingehalten wurde. Sie finden nur 4 oder 5 Kreise, in denen die Tugend der Fortschrittler soweit gelangt ist, daß mehr von ihnen für uns als für die Reaktion gestimmt haben. In der überwiegenden Zahl der Wahlkreise haben mehr von ihnen für die Reaktion gestimmt als für uns. (Sehr richtig!) So ist das Abkommen eingehalten worden!

Die Hauptsache ist doch, daß man erklärt, man habe den Zweck verfolgt, die schwarzblaue Reaktion zu erschüttern, und daß man jetzt versucht, uns glauben zu machen, daß wir die Reaktion tatsächlich erschüttert haben. Das Traurige bei der Sache ist, daß man solche unerhörten Illusionen den Massen beizubringen sucht. (Sehr richtig!) Der „Vorwärts“ hat behauptet, wir hätten es fertig gebracht, durch unser Abkommen mit den Fortschrittlichen die Reaktion und die Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen. (Weiter!) Solche Ansichten dürfen doch nicht ungestrukt in unseren Reihen verbreitet werden! Denn es ist eine untergeordnete Illusion, wenn man heute, bei all dem, was wir an Schlägen der Reaktion erleben, den Massen vorspiegeln will, wir seien in der Lage, Reaktion und Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen. Und dabei bringt der „Vorwärts“ selbst jeden Tag neue Beweise, daß die Schwarzblauen und die Regierung uns Schritt für Schritt Niederlagen bereiten.

Genosse Braun und der „Vorwärts“ haben versucht, die Kritik an dem Stichwahlabkommen damit abzutun, daß sie die Kritik des Antiparlamentarismus verdächtigen. Jetzt genügt es, an solchen Illusionen Kritik zu üben, um beinahe zu den Antiparlamentaristen zu werden. Da hat es mich gefreut, in diesen Tagen gerade in einem Artikel des „Vorwärts“ sehr gefährliche Seitenstücke in „antiparlamentarischem“ Sinne konstatieren zu können. (Heiterkeit!) Und zwar heißt es in dem heutigen Artikel:

„Für heute sei nur die Notwendigkeit betont, daß wir Sozialdemokraten gerade in diesen Tagen unsere Forderung eines Volksheeres lauter und nachdrücklicher erheben müssen denn je zuvor. Wir müssen den Massen klar machen, daß beim heutigen stehenden Heere das Wort „Volk in Waffen“ zu einer beschwerlichen und gefährlichen Sache geworden ist. Wir haben darauf hinzuweisen, daß wir bei der Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer kaum auf die Hilfe des Parlaments rechnen können.“

Braun hat auf der vorigen Versammlung gegenüber meiner Forderung, man hätte die Forderung der Rüstung zum Gegenstand einer großartigen Massenbewegung machen sollen, gesagt: Ja, wenn wir auf die Straße gehen würden und losgerufen hätten: Rüstung, so hätten wir den Hals beschnitten, in eine Kaltwasserheilstätte zu gehen. Ich empfehle also, die Redaktion des „Vorwärts“ in diese Kaltwasserheilstätte zu schicken (Heiterkeit), um so mehr, als sie noch am verfluchten Freitag schrieb:

„Wo stehen wir also? Vor dem Feind, der uns rings umgibt! Und wie stehen wir da? In der Hauptsache auf unsere eigene Kraft angewiesen, wie nur je zuvor. Und worin besteht unsere Kraft? Nicht in unserer parlamentarischen Position — so wenig wir auch die parlamentarische Tätigkeit, namentlich deren agitatorische Seite, unterschätzen wollen —, sondern in unserer Verankerung mit dem Volke, in den Wurzeln unserer Kraft, in den Volksmassen selbst, in der Organisation, in dem Massenbewußtsein und der politischen Regsamkeit und Energie dieser Volksmassen!“

Die Massen müssen sich rühren und regen, wenn unseren Aktionen im Parlament Markt und Nachdruck verliehen werden soll. Die Fraktionen können höchstens den Dirigentenstab schwächen, die Rüstung muß das kraftvoll einfallende Orchester der Volksmassen machen!“

Das hat der „Vorwärts“ über die Ergebnisse der herrlichen Illusionen in bezug auf die Erschütterung der Reaktion geschrieben. Ich habe mich sehr gefreut, als ich diesen Artikel las und mich fragte: Was hat wohl plötzlich diese Wandelung zum „Antiparlamentarismus“ im „Vorwärts“ herbeigeführt? Vielleicht die vorige Sitzung dieser Versammlung? So oder anders stellt sich heraus, daß der „Vorwärts“, wenn er gezwungen ist, die bestehende politische Lage in ihren wirklichen Konsequenzen zu schildern, genau zu denselben Schluß kommt wie wir in unserer Kritik.

Das Gefährliche an diesem Abkommen sind überhaupt die überhöchlichen Hoffnungen in bezug auf den Parlamentarismus und die Wirkungen der parlamentarischen Schiebungen. Man wollte plötzlich mit Hilfe der Liberalen die deutsche Reaktion erschüttern, mit denselben Liberalen, die bei jedem Schritt vor der Reaktion zusammenzucken in der elendesten Weise, und die jeden Tag von neuem beweisen, daß diese ganze Spekulation nur ein Kartenhaus ist: Die Haltung der Liberalen, namentlich auch der Fortschrittler in der Geschäftsordnungscommission und in den anderen Kommissionen des Reichstags, sogar dort, wo es sich um reine Rechtsfragen des Reichstags gegenüber der Regierung handelt, so gar da knickt der Liberalismus elend zusammen. Und braucht man erst auf die kommende Behroerlage hinzuweisen? Niemand wird ein schädlicheres Wort ausgesprochen, als das des „Vorwärts“, als hätten wir die Regierung jetzt zur Ohnmacht verurteilt. Im Gegenteil, unser ganzes Interesse und unsere Pflicht besteht darin, den Massen klaren Wein einzuschlecken und alle Illusionen beiseite zu schieben, die sich etwa an unseren Wählern unmittelbar knüpfen könnten. Man hat und Antiparlamentarismus in die Schuhe zu schieben versucht. Nichts ist so gefährlich in dem Sinne, daß es wirklich antiparlamentarische Anwendungen in den Massen nähren kann, als solche übertriebene parlamentarische Illusion. (Sehr wahr!) Wenn wir solche übertriebene Hoffnungen in den Massen nähren, so wird sich das in wenigen Jahren bitter rächen. Die Massen werden kommen und fragen: Wo sind denn die Wunderwirkungen eures parlamentarischen Sieges? Solche allgemeine, fasslose theoretischen Versprechungen müssen mit allem Nachdruck bekämpft werden. Mein Vordrucker hat ja gezeigt, wohin die Konsequenzen dieser Stellungnahme führen. Er hat ja nichts anderes befürwortet, als die fasslose süddeutsche Großblodpolitik und alle Kompromisse, die dort seit Jahr und Tag Wirklichkeit geworden sind. Der Artikel des Genossen Buchta in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ über das Landtagswahlkompromiß in Bayern zeigt, welcher Höhenjammer jetzt schon dort eingezogen ist nach dem angeblich herrlichen Siege in einem Wahlkampf, in dem wir Sozialdemokraten zu einem Drei mit den Bürgerlichen geworden sind und gemeinsame Kandidaten aufgestellt haben. Das aber ist die logische Konsequenz beim Fortschrittlichen auf dem Wege, auf den sich der Parteivorstand begeben hat mit dem Stichwahlabkommen. Es ist deshalb außerordentlich wichtig, im Interesse der Gesamtpartei und der politischen Entwicklung zu sagen: Die Praxis mit dem Stichwahlabkommen — bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

#### Genosse Haase vom Parteivorstand:

Der Parteivorstand schiebt sich mit den Parteigenossen durchaus ein. Er betrachtet die Parteitagsschlüsse für die Nichtsamt seines Handelns, und er hält es für selbstverständlich, daß er den Parteigenossen über alle seine Handlungen Rechenschaft ablegt. Ich selbst habe im Auftrage des Parteivorstandes nach Abschluß der Wahlen die Parteifunktionäre und Bezirkssekretäre in einer Konferenz aufgefordert, an dem Stichwahlabkommen des Parteivorstandes Kritik zu üben. Wir haben also die Kritik heraufgefordert, und ich habe namens sämtlicher Parteivorstandsmitglieder erklärt, daß uns Kritik immer erwünscht ist, freilich sachliche Kritik (Zuruf: Ja! Haase!) Wir werden uns nur davor, daß die Kritiker, denen vollständige Rechenschaft eingeräumt ist, selbst empfindlich sind, wenn der Parteivorstand seinerseits zu einer Gegenkritik übergeht. Von der Genossin Luxemburg ist besonders hervorgehoben worden, daß die allgemein-politischen Gesichtspunkte dem Parteivorstand bekannt worden seien. Sie ruft uns zu: Wo ist der Erfolg dieses Wahlabkommens? Die Fortschrittler hätten, so sagt sie, dieses

Abkommen nirgendwo gehalten. Die Behauptung ist sehr lässig, aber nicht richtig. Jeder Einzelne von Ihnen kann an der Hand der Statistik selbst nachprüfen, daß noch niemals bei Wahlen die Fortschrittler einen solchen Prozentsatz von Stimmen für sozialdemokratische Stichwahlkandidaten aufgebracht haben, wie diesmal, und der Prozentsatz würde am zweiten und dritten Stichwahltage. Das beweist, daß die allgemeine Parole, die die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei ausgab, als sie erst den Wählern bekannt wurde, auch gewirkt hat. Es ist also eine unrichtige Behauptung, daß die Fortschrittler sich gar nicht danach gekümmert hätten. Der Parteivorstand hat nicht einen einzigen Augenblick die Mühen gehabt, daß etwa sämtliche fortschrittlichen Wähler der Parole ihrer Zentralinstanz folgen würden. Dazu kennt der Parteivorstand viel zu sehr den Charakter des Liberalismus, dazu weiß er viel zu sehr, daß am letzten Ende die Masseninteressen ausschlaggebend sind. Genossin Rosa Luxemburg hat in ihrer Broschüre selbst den Grund dafür angegeben, weshalb diesmal die Fortschrittler in größerer Zahl für die Sozialdemokratie eintreten und eintreten mußten. Sie hebt mit Recht hervor — es ist auf Seite 6 zu lesen —, daß die Zusammensetzung der fortschrittlichen Volkspartei nicht eine einheitliche ist, sondern eine widersprüchliche, wo sie sich ausdrückt. Das heißt, innerhalb dieser Partei sind verschiedene Schichten der Bevölkerung mit verschiedenen Interessen vertreten, und es kam darauf an, diejenigen von den fortschrittlichen Wählern, welche durch ihre eigenen Interessen diesmal zu uns herübergezogen wurden, für uns zu gewinnen. Die Genossin Rosa Luxemburg sagt, daß diejenigen Fortschrittler, welche uns gewählt haben, das getan hätten aus Abneigung gegen die schwarzblaue Wirtschaftspolitik. Ganz und gar die Auffassung des Vorstandes! Weil wir davon ausgingen, daß dort die Abneigung gegen die schwarzblaue Wirtschaftspolitik besteht, so kam es und darauf an, diese Abneigung zu stärken und nicht zu schwächen. Genossin Rosa Luxemburg hat aus den Artikeln des „Vorwärts“ einige Sätze herausgeholt und sie gegen den Parteivorstand verwertet. Ganz zu Unrecht! Diese Artikel sind weder vom Parteivorstand geschrieben, noch vom Parteivorstand beeinflusst worden. Der Parteivorstand hat sie erst zu derselben Zeit gelesen wie die Genossin Rosa Luxemburg. Unsere Auffassung wird von uns selber vertreten. Es ist nicht richtig, daß irgendein Mitglied des Parteivorstandes von einer überhöchlichen Hoffnung auf die Liberalen erfüllt gewesen sei. Wir haben niemals Illusionen über die politische Entwicklung infolge der Wahl gehabt; wir haben nicht von politischen Perspektiven aus etwa angenommen, daß sich jetzt mit einem Schlag infolge unseres Abkommens die ganze Weltlage oder auch nur die politische Lage des Deutschen Reiches ändern würde. Was wir im Auge hatten, ist etwas ganz anderes: Wir hätten einen glänzenden Wahlsieg errungen und nicht weniger als 4 1/2 Millionen Stimmen aufgebracht. Auf diese 4 1/2 Millionen entfielen bei der Hauptwahl nur 63 Mandate. In 124 Kreisen kamen wir in die Stichwahl. Nun ist meine alte Freundin Rosa Luxemburg merkwürdig wunderbarlich geworden. Während es eine bekannte Tatsache ist, die jedem von Ihnen geläufig ist, daß wir bei den Stichwahlen immer schlecht abscheiden, daß wir nur einen kleinen Teil derjenigen Mandate, mit denen wir in Stichwahlen stehen, herausholen können; während wir selbst im Jahre 1903 nur 21 Proz. dieser Mandate in der Stichwahl für uns erobert haben, kommt jetzt Genossin Rosa Luxemburg und sagt — „Mittelmäßig, wie sie in dieser Frage ist —: Ach, Ihr hättet genau so viele Mandate geholt ohne das Abkommen, wie mit ihm! Wenn ich für diese Wahl den Prozentsatz des Jahres 1903 zugrunde lege, nämlich 21 Proz., dann würden wir im ganzen diesmal 20 Mandate zu den bereits eroberten 63 noch hinzugewonnen haben. Das wären im ganzen 83 gewesen, das ist auch die Zahl, mit der ungefähr wohl alle Genossen gerechnet haben, die sich unmittelbar nach der Hauptwahl mit dem Resultat beschäftigten. Wir haben 20 Mandate mehr geholt, als wir herausrechnen konnten bei nüchternem, ruhiger Betrachtung des Hauptwahlergebnisses. Woher kommt dieser Mehrgewinn? Dafür muß eine Erklärung gegeben werden.

Der Parteivorstand hat nicht angenommen, daß es möglich wäre durch das Abkommen die Reaktion zu erschüttern. Eines hat er sich zum Ziele gesetzt: den schwarzblauen Block zu zerschlagen. Das war der Ruf, der allgemein durch unsere Kreise ging. Es versteht sich von selbst, daß wir in allererster Linie im Wahlkampf für unsere Anschauungen, für unser Programm und für unsere großen Ziele Propaganda zu machen haben. Daneben ging aber das aktuelle Interesse der Partei in diesem Wahlkampf dahin: Wie können wir den schwarzblauen Block zerschlagen? Ob das gelungen ist oder nicht, ist eine nebensächliche Frage; es kann sich nur darum handeln, ob wir das ins Auge zu fassen hatten, und ob der Weg, den der Vorstand dazu einschlug, ein geeigneter gewesen ist oder nicht. Hätte der Parteivorstand einen Mißerfolg gehabt, ich bin überzeugt, es würde eine ganze Reihe von Kritikern erklärt haben: Was habt Ihr erreicht, seht Euch doch die Erfolge an; 90 Mandate hätten wir auch sonst geholt! Jetzt, wo wir 110 Mandate haben, heißt es: Wie könnt Ihr auf Euren Erfolg pochen; treibt doch keine Erfolgspolitik! Unser Standpunkt ist folgender gewesen: Wir haben uns gefragt, wird bei diesem Abkommen irgendein Grundgedanke unserer Partei verletzt? Wir stimmen mit dem Genossen Grunwald darin überein, daß wir grundsätzliche Politik zu treiben haben; aber er hat selbst wörtlich hinzugefügt: jede politische Lage erfordert ihre besonderen Gesetze! Es ist deswegen ein Widerspruch, wenn er nun trotz alledem erklärt, Ihr dürft aber von der alten Taktik in keinem Falle abgehen. Der Parteivorstand ist allerdings der Ansicht, daß die Taktik, die auf dem Dresdener Parteitag festgelegt wurde, die richtige ist und festgehalten werden muß. Wenn einer der Kritiker, die hier aufgetreten sind, nachgewiesen hätte, daß der Parteivorstand von einem programmatischen oder taktischen Grundgedanke der Partei auch nur ein Tipfelchen preisgegeben hat, ich hätte mich diesem Kritiker angeschlossen. Das ist nicht geschehen, weder draußen im Lande, noch hier in der Versammlung. Es kann auch nicht geschehen. (Aufe: Wo steht in den taktischen Grundgedanken etwas von Dämpfung?) Es wird mir zugerufen, wo in den parteitaktischen Grundgedanken etwas von Dämpfung hänge. Ach, da steht noch sehr vieles nicht darin. (Warufe und Lachen.) Es handelt sich für denjenigen, der als Zähler auftritt, darum, nachzuweisen, daß das, was geschrieben ist, im Widerspruch steht zu dem, was für uns auf dem Gebiete unserer programmatischen Forderungen und unserer Taktik maßgebend zu sein hat. Nun kommen wir zur Dämpfung. Genosse Braun hat schon gesagt, und auch ich kann es nur wiederholen: Wir bedauern diese Dämpfung mit Ihnen allen. Glauben Sie etwa, daß der Parteivorstand diese Dämpfung ohne weiteres zugegeben hat? Aber Sie übertreiben vollkommen die Wirkung der Dämpfung. Die Wahl war am Freitag. Am Sonnabend hatten unsere Parteigenossen, die mit Schwung und Vegetation den Wahlkampf geführt hatten, sofort den Stichwahlkampf begonnen und den Wählern erklärt: wir stehen in der Stichwahl. Ihr müßt für unsere Kandidaten eintreten. Am Sonntag, am Montag, am Dienstag und Mittwoch wurde die Wahlung mit doppelter Schärfe wiederholt. Erst am Donnerstag früh wurde die Parole des Parteivorstandes den beteiligten Kreisen bekannt gegeben. Hat das auf die Abstimmung unserer Anhänger einen Einfluss gehabt? In 14 von den 16 gedämpften Wahlkreisen haben wir trotz der Dämpfung mehr Stimmen bekommen als bei der Hauptwahl. (Lautes Lachen und Aufe: Ist das das Verdienst des Vorstandes?) Ich weiß nicht, was Ihr Lachen erregt? Der Vorstand denkt nicht daran, sich das auf den Konto zu setzen. In einem einzigen Wahlkreise sind wir um 87 Stimmen zurückgegangen und im letzten Wahlkreise, in Dürrenmarchen, ist gegen die Parole des Parteivorstandes die Kandidatur überhaupt zurückgezogen worden. Bewiesen wird durch die angeführten Tatsachen, daß die Stimmzettelverteilung und die Flugblätterverteilung an den letzten Tagen vor der Stichwahl unsere Wähler nicht verlorert hat und daß das, was der Vorstand in dieser Beziehung konzipiert hat, viel zu sehr übertrieben wird. (Unruhe — Vorüberer Sturm erfaßt die Zuhörer zu unterlassen.) Sie werden den Zusammenhang gleich verstehen, wenn Sie nur einen Augenblick zuhören wollen. Der Parteivorstand hat in dem Stichwahlabkommen, das im „Vorwärts“ bereits veröffentlicht worden ist, sofort den beteiligten Kreisen erklärt: Wir haben keinen einzigen Wahlkreis geopfert. Der Parteivorstand hat das auch den

Liberalen klipp und klar gesagt: es wird kein Wahlkreis preisgegeben. Es ist unklar, wenn das Gegenteil behauptet wird. Es ist von dem Parteivorstand erklärt worden: In den Wahlkreisen, in denen wir aus eigener Kraft, durch eigene Kräfte oder durch Heranziehung Rüssler oder Gleichgültiger auf einen Sieg rechnen können, muß mit allem Nachdruck für unsere Kandidaten gekämpft werden. Alle Forderungen der Fortschrittler, die darauf hinauslaufen, Kandidaturen zurückzugeben in Kreisen, in denen wir aus eigener Kraft siegen könnten, sind vom Parteivorstand zurückgewiesen worden. Ebenso hat er das Verlangen zurückgewiesen, den Wahlkampf abzumachen in solchen Kreisen, in denen wir früher schon einmal durchgebrungen waren. Der Parteivorstand hat es dagegen vom Standpunkt der Fortschrittler aus versehen können, als sie sagten: Wenn wir zum ersten Male von unserer Zentralinstanz aus an unsere fortschrittlichen Wähler die Aufforderung es gehen lassen, daß sie für den Sozialdemokraten stimmen sollen, dann wird die Folge sein, daß auch in denjenigen Kreisen, in denen wir gar keine Aussicht auf Erfolg haben, die Konfessionen oder Antisemiten, die Reichsparteiler oder Zentrumswähler aus Verger, aus Bosheit, wenigstens zum Teil, für Euch stimmen, und daß Ihr damit Mandate erobert, die wir sonst erobert hätten. Sie werden zugeben, daß das ganz anders klingt, als es bisher dargestellt worden ist. Der Parteivorstand war allerdings der Meinung, es entspreche nicht der Würde unserer Partei, uns vom Zentrum, von den Antisemiten oder Konfessionellen aus reiner Bosheitpolitik Stimmen zuführen zu lassen und auf diese Weise unsere Mandate zu vermehren. Deshalb machte der Parteivorstand schließlich diese Konzession, die weder eine Verletzung unserer Grundfäden bedeutet, noch zur Preisgabe irgendeines Wahlkreises geführt hat. Die Genossin Rosa Luxemburg hat zwar die Behauptung aufgestellt, wir hätten den freisinnigen Wahlkreise ausgeliefert. Sie sieht in ihrer Broschüre aber selbst einige Stellen weiter hinzu: Freilich, die Mandate mochten wenig aussehnd sein. Sie gibt also selbst zu, daß es sich nur um solche Kreise handelt, in denen wir keine Aussicht auf Erfolg hatten. Nun wird uns erklärt, daß unsere Taktik auf die Parteigenossen einwirkend, auf die Wähler verwirrend und demoralisierend habe wirken müssen. (Sehr richtig!) Nein, es ist das total unrichtig. Das hat ja gerade der Ausgang der ganzen Wahl gezeigt. Nirgends sind die Wählermassen demürrt oder demoralisiert worden. Wie wenig eine solche Verwirrung oder Demoralisierung eingetreten ist, beweist der Umstand, daß die Wähler, obwohl in den letzten beiden Tagen keine Stimmzettel verteilt und keine Flugblätter verbreitet wurden, doch am Stichwahltage in voller Zahl, genau wie bei der Hauptwahl, entsprechend unserer eigenen Intention an die Urne getreten sind und gestimmt haben. Es ist unrichtig, daß irgendwie unsere Taktik hinausläuft auf den Reformismus. Wenn dieses Wort gebraucht worden ist, dann ist der Zweck sehr verständlich. Es soll so dargestellt werden, als ob der Parteivorstand damit vom rechten Wege einen oder mehrere Schritte bereits abgewichen ist. Was der Parteivorstand mit dem Abkommen erreicht hat, das ist folgendes: Sie wissen alle, durch unsere Wahlkreiseinteilung wird unser Wahlrecht auf das schärfste verfeinert. Ich habe Ihnen bereits dargelegt, daß wir bei unseren 4 1/2 Millionen Stimmen nur 63 Mandate erobert haben, und die Fortschrittspartei, die diesmal 300 000 Stimmen mehr aufbrachte als 1907, konnte bei der Hauptwahl kein einziges Mandat erringen. Der Parteivorstand hat deshalb nichts anderes getan, als daß er im Aufrechterhaltung unserer Grundfäden das verfeinerte Wahlrecht im Sinne eines Proporzionalwahlrechts forrigiert hat. Durch das Stichwahlabkommen ist herbeigeführt worden, daß unsere Partei ungefähr so viel an Mandaten bekommen hat, als sie nach einem Proporzionalwahlrecht hätte bekommen müssen, und daß die Fortschrittler auch so viel Mandate bekommen haben, als sie nach den bei der Hauptwahl erhaltenen Stimmen hätten haben müssen. Wir haben auch nichts zu verheimlichen gehabt. Wenn gesagt wird, Ihr hättet sofort an die Genossen herantreten müssen, der Vorstand habe diesmal anders gehandelt als früher, so ist darauf zu erwidern: Im vorigen Jahre haben wir alle zu unserer Ueberraschung erfahren, daß j. A. bei der letzten Wahl Baden mit Singer und Weber ein Stichwahlabkommen vereinbart hatten. Das ist durch einen Zufall an die Öffentlichkeit gekommen. Niemand hat darüber Worte verloren. Im Gegenfall dazu hat der Parteivorstand es diesmal für seine Aufgabe gehalten, nach den Wahlen bei erster Gelegenheit das Abkommen zu erklären und zu begründen. Zum Schluß noch ein: Wenn gesagt wird, auf Mandate komme es nicht an, so ist das nicht richtig. In erster Linie haben wir bei der Hauptwahl für unsere Grundfäden zu agitieren und sie immer mehr und mehr in die Massen hineinzutragen. Und genügen die 4 1/2 Millionen Stimmen noch lange nicht. Wenn es aber zur Stichwahl kommt — und wir können Ihnen sämtliche Flugblätter aus früheren Stichwahlen vorlegen, um das zu beweisen — dann wird niemals in den paar Tagen zwischen Haupt- und Stichwahl prinzipielle Propaganda gemacht. Dazu reicht schon die Zeit nicht aus. Die Flugblätter sind darauf zugeschnitten, außer den indifferenten diejenigen zu gewinnen, die noch aus anderen Parteien für uns zu holen sind. Es werden die Kräfte angespannt, um viele Mandate zu holen. Es liegt im Interesse des Proletariats, den Reichstag so wenig reaktionär wie möglich zu gestalten. Dürten wir nicht diese Zusammensetzung des Reichstags, so hätten wir heute schon eine Zwischenparlament (Zustimmung.) Kein Politiker kann bestreiten, daß die Regierung in der Vollstreckung des Scharfmachens entgegenkommen möchte, und daß, wenn der Reichstag anders zusammengesetzt wäre, die Regierung ihm schon ein Arbeitswilligengeseh vorgelegt hätte. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags scheut sich die Regierung, das zu tun. Auch in anderer Beziehung — Genossin Rosa Luxemburg irrt, wenn sie das in Arbeit stellt — hat sich die politische Situation geändert. Wir wollen das nicht überschönig betrachten, aber auch nicht verkleinern. Diejenigen tun Unrecht, die auf das Abkommen losgeschlagen, ohne zu bedenken, daß ohne dieses Abkommen wir einen solchen Reichstag nicht gehabt hätten, eine solche Zahl von Sozialdemokraten nicht in den Reichstag gewählt worden wäre. (Vereinzelter Beifall.)

#### Genosse Stadthagen:

Wir wollen uns durch die außerordentlich geschickte Art, mit der Genosse Haase versucht hat, das Stichwahlabkommen ruhig zu prüfen und wir werden dann zu dem Ergebnis kommen, daß es, soweit die Dämpfung in Frage kommt, zu verwerfen ist. Wir wollen auch für alle Zukunft einen Riegel vorgeschoben wissen. Genosse Haase meinte, daß auch der Parteivorstand keine überhöchlichen Hoffnungen auf die Liberalen gesetzt hat; aber er habe geglaubt, die bestehende ungeredete Wahlkreiseinteilung in unserem Sinne etwas forrigieren zu müssen. Und er hat mit Genugtuung hervorgehoben, daß wir in 14 von den gedämpften Wahlkreisen sogar noch eine Stimmenzunahme zu verzeichnen haben. Das hängt ja beinahe so, als ob diese Stimmenzunahme eine Folge der Dämpfung ist. Gerade diese Zunahme zeigt aber, daß der Vorstand auf dem Holzwege war. Das günstige Wahlergebnis ist nicht zurückzuführen auf das Stichwahlabkommen, sondern auf die politische Situation. (Sehr richtig!) Diese politische Situation voll auszunutzen, war uns durch die Dämpfung unmöglich. (Zustimmung.) Man wüßte überhaupt immer genocierliche durcheinander: Das Stichwahlabkommen als solches und die Dämpfung. Wir werden uns immer nur gegen die Dämpfung. Es ist gesagt worden, daß der „Vorwärts“ über die Auseinandersetzungen in der Partei zu dieser Frage die Genossen nicht genügend informiert habe. Was sein. Ich persönlich erkläre, daß ich mit der Stellungnahme des „Vorwärts“ in dieser Frage nicht einverstanden bin. Wir können es nicht gut heißen, daß wir keine Schlepperdienste verrichten, keine Flugblätter verbreiten, die keine Versammlungen abhalten dürfen und daß wir uns mit der andig zugesandenen Verteilung von Stimmzetteln am Wahltage vor den Wahllokalen begnügen müßten. Wieviel Stimmen wären in den 16 Kreisen erst für uns abgegeben worden, wenn die Dämpfung nicht eingetreten wäre, sondern wenn wir Versammlungen hätten abhalten dürfen! (Sehr richtig!) Wir haben durchaus nichts dagegen, daß wir für den Fortschritt als kleineres Uebel stimmen, wenn er die von uns aufgestellten Stichwahlbedingungen

anerkennt. Es hat uns nicht sehr überrascht, daß die Fortschrittspartei sich wenigstens dazu aufgerafft hat, den schwarzblauen Block für das größere Uebel zu erklären. Aber es ist das immerhin ein Fortschritt. Warum sind die Fortschrittler aber diesmal weitergegangen? Weil die Fortschrittler ihre Wähler für reif genug hielten, die politische Situation zu erkennen. Braun hat sich gegen die Auffassung der Genossin Rosa Luxemburg gewandt, der Parteivorstand hätte die Fortschrittler die Treppe hinunterwerfen sollen, als sie die Dämpfung von uns forderten. Ja, die allerdinge der Meinung, daß der Vorstand in diesem Augenblick hätte sagen müssen: Macht, daß Ihr herauskommt. Wenn der Fortschritt dann zur Konkurrenz übergegangen wäre, so hätte er es tun sollen. Aber glaubt man denn, daß die fortschrittlichen Wähler, die in der Stichwahl sozialdemokratisch gestimmt haben, dies nicht auch ohne das Abkommen getan hätten? Wir hätten ebensoviele ohne das Abkommen erreicht! Genosse Haase meinte, wir wären dann höchstens auf 90 Mandate gekommen. Möglich, daß das richtig ist. Aber es ist nicht richtig, daß unsere 110 Mandate an der politischen Situation irgend etwas Erhebliches ändern. Haase hat gesagt, die Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks wäre das Hauptziel des Wahlkampfes gewesen. Darin sehe ich eben das Bedauerliche. Gegen die Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks als Phase einer bürgerlichen Partei sage ich nichts. Aber ich wende mich gegen die Illusion, daß die Zertrümmerung durch das Abkommen erreicht wäre. In Militär-, Marine- und Kolonialfragen hat sich im Reichstage nicht das geringste geändert. Gegen diese Illusion müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Weisfall.) Haase meinte, die paar Tage Arbeit kurz vor der Stichwahl hätten auch nicht viel erreichen können. Aber hier handelt es sich darum, daß uns verboten wurde, auf dem Höhepunkt der Agitation weiter zu agitieren, während es doch die beste Taktik jedes vernünftigen Kampfes ist, nicht zurückzweichen, sondern drauf und dran zu gehen. Es ist möglich, daß wir durch erhöhte Agitation den einen oder anderen Wahlkreis ohne das Abkommen geholt hätten. Aber daran liegt nicht soviel, viel mehr liegt daran, daß durch den Stichwahlkampf die Agitation erhöht, unsere Organisation ausgebaut werden konnte und daß der Kampf dann in ganz anderer Weise Früchte getragen hätte. Auf hat gesagt, im Stichwahlkampf würde nicht von unseren Zielen, sondern von den Sünden der Gegner gesprochen. Es ist sehr bedauerlich, wo das der Fall ist. Natürlich sprechen wir auch von den Sünden der Gegner, aber wir wären keine Sozialdemokraten, wenn wir nicht auch unsere Ziele hervorheben würden. (Weisfall.) Man hat gesagt, ohne unsere 110 Mandate würde ein Zuchthausgesetz kommen. Man lasse doch diese Gespensterei. (Sehr richtig.) Es kommt nicht auf die Mandate an, sondern auf die Macht, die hinter uns steht. Das Zuchthausgesetz haben wir in der Praxis, und unsere Macht kann es leider nicht hindern. So reaktionär bis in die Knochen das Zentrum sein mag, in vielen Fragen werden wir wahrscheinlich viel häufiger mit dem Zentrum zusammengehen als mit den Freisinnigen. Die politische Situation bleibt gespannt; aber an ein Zuchthausgesetz ist nicht zu denken, es würde dasselbe Schicksal haben wie 1890. Es kommt immer nur auf unsere Macht an, die in den Massen dererant steht. Diesem Gedanken ist durch die Dämpfung entgegengehandelt worden. Der Antrag Niederbarnim enthält nichts Persönliches gegen die Parteivorstandsmitglieder. Wir wissen, daß sie das Beste der Partei wollten. Aber wir haben das Recht und die Pflicht zu sagen, daß wir die Dämpfung mißbilligen und ihr in künftigen Wahlkämpfen nicht wieder begegnen wollen. (Weisfall.)

#### Ein Schlußantrag

geht ein. Sassen begründet ihn: Nachdem nunmehr auch der zweite Vorhänger der Partei zu Wort gekommen ist, würde eine weitere Debatte nicht nur eine Erschöpfung der Anwesenden, sondern auch des Themas selbst mit sich bringen.

Grundwald bittet den Antrag abzulehnen. Es ist einfach unerbötlich, einen solchen Antrag an der einzigen Stelle in Berlin einzubringen, wo die Möglichkeit besteht, sich über die Parteigrundsätze zu unterhalten. (Zustimmung.) — Der Antrag wird abgelehnt.

#### Braun:

Man hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte in der letzten Versammlung die Sachlage verstanden. (Sehr richtig!) Das ist nicht richtig. Wenn über eine so wichtige Aktion der Partei wie das Stichwahlabkommen wochenlang in der Presse polemisiert wird, dann kann der Vertreter des scharf angegriffenen Parteivorstandes bei der ersten öffentlichen Erörterung der Angelegenheit an diesen Angriffen und Einwendungen nicht vorbeigehen und nicht abwarten, bis sie in der Debatte vorgetragen sind. Das wäre aber der praktische Erfolg gewesen. Wenn ich diese Dinge nicht berührt hätte, so hätten es die folgenden Redner getan und die Debatte wäre dadurch nur länger geworden. Weiter ist mir vorgeworfen, ich hätte einen persönlich gehässigen Ton gebraucht. Auch dieser Vorwurf ist zuunrecht erhoben. (Lebhaftes Wohl.) Wenn eine persönliche Note an einigen Stellen durchklang, so war ich zu meinem Bedauern dazu gezwungen. Es war das nichts weiter als eine Antwort auf die höhnische und persönlich herabsetzende Art, mit der Genossin Luxemburg, obwohl sie es bei der Schärfe ihres Verstandes auch sehr gut anders hätte, in der Sache glaubte polemisieren zu müssen. Genossin Luxemburg sagt, die oberste Behörde der Partei habe ohne persönliche Reizbarkeit zu antworten. Ist denn die oberste Behörde der Partei dazu da, sich vor aller Öffentlichkeit herabsetzen, verspotten zu lassen, ohne daß sie den Angriffen entsprechend antworten darf! Genossin Luxemburg schreibt in ihrem Artikel, sie tadelt den Parteivorstand ja nicht, weil er nicht schlau genug gewesen sei, sondern daß er überhaupt versucht habe, einmal schlau zu sein. Der Parteivorstand wird so in aller Öffentlichkeit als Trottel hingestellt, und wenn man auch nur den Versuch macht, in ähnlicher Weise zu antworten — ich besitze diese Eigenschaften keineswegs in demselben Maße wie Genossin Luxemburg —, so hat der, der damit angefangen hat, doch wohl kein Recht, sich über die Reizbarkeit des anderen zu beklagen oder ihn gar persönlich gehässigen Ton zum Vorwurf zu machen.

Genossin Luxemburg hob hervor, auch andere Parteiblätter und Parteiminuten hätten in derselben Weise Kritik geübt wie sie. Wenn Sie aber die von ihr verlesenen Proben mit ihren eigenen Artikeln vergleichen, so werden Sie sehen, daß die persönliche Spitze fehlt, und das ist es, was ich ihr bei aller persönlichen Hochachtung vor ihr und vor ihren Leistungen für die Partei zum Vorwurf mache, daß sie nämlich bei jeder sachlichen Kritik persönlich wird und sie in hochschreiender, persönlich herabsetzender und verlebender Form führt. (Rufe: Zur Sache!) Ich habe schon in der vorigen Versammlung ausdrücklich hervorgehoben, daß auch andere Parteiblätter den Parteivorstand kritisiert haben, aber sachlich. Auch das Elberfelder Organ spricht nicht von „die Treppe hinabwerfen“, sondern sagt, man hätte verzichten sollen. Soviel zu dem persönlichen Teil der Debatte.

Wähler hat erklärt, ich hätte die vorige Versammlung durch die Ausführungen über den Wahlkreis Hagen irreführt und sucht das zu beweisen durch einen Bericht über die Versammlung des Wahlkreises in Hagen. Ich muß meine Ausführungen über den Wahlkreis Hagen vollständig aufrecht erhalten. Wir haben bisher den Namen des Genossen, der uns die Mitteilung machte, nicht genannt, um ihn nicht in Gegensatz zu den Genossen seines Kreises zu bringen. Jetzt aber muß er genannt werden, es ist der Genosse König, der damalige Kandidat und heutige Abgeordnete des Kreises, von dem wir doch wohl annehmen mußten, daß er die Sache beurteilen könnte. Wenn jetzt auch in Hagen erklärt wird, der Parteivorstand sei im Irrtum gewesen, die Reaktionen hätten dann Mann für Mann für den Freisinnigen gestimmt, so ist das falsch. Die Genossenschaft und die Christlich-Sozialen haben 2000 weiße Zettel abgegeben als Protest gegen das Abkommen, und nur dadurch war unser Sieg möglich. Man wird doch nicht behaupten wollen, auch ohne das Abkommen wären diese 2000 weißen Zettel abgegeben worden.

Nun haben Ledebour, Fiedl und Grundwald darauf hingewiesen, was diese Dämpfung doch für eine starke Zumutung den Parteigenossen in den 16 Kreisen gegenüber sei. Diese hätten den Wahlkampf mit aller Erbitterung geführt, und in dem Augenblick, wo

sie vor dem Siege standen, sagte der Parteivorstand, nun steht den Degen ein! Das ist eine ganz irreführende Darstellung. Von Kreisen, die vor dem Siege standen, ist die Dämpfung nicht verlangt worden. Der Parteivorstand hat den Fortschrittlichen ausdrücklich erklärt, keinen Kreis, wo wir auch nur entfernt Aussicht haben, das Mandat zu erringen, geben wir preis. Sehen Sie sich doch die Zahlen in den Kreisen an, um die es sich handelt. P. B. in Eicknig-Bahnau hatten wir 10 000 Stimmen, die Gegner 18 000. Stonden wir da vor dem Siege? Oder in Apenrade-Flensburg, da hatten wir 7900 Stimmen, die Gegner 18 000, oder in Balinen, da hatten wir 8752 Stimmen, die Gegner 20 000. Stonden wir da überall dicht vor dem Siege? Nein, nach allen Erfahrungen auf diesem Gebiete — und wir im Parteivorstand haben auf dem Gebiet der Wahlarbeit und der Wahlausichten doch auch einige Erfahrungen — muß ich sagen, das sind Kreise, die nicht zu holen waren, und es führt zur Verwirrung, wenn man sagt, diese Kreise ständen vor dem Siege, und wir seien den Genossen in den Arm gefallen und hätten ihren Sieg vereitelt.

Weiter ist gesagt worden, und das ist der ernsteste Einwand, den man gegen das Stichwahlabkommen erheben kann: bis zum letzten Tage muß man für die Grundsätze der Partei agitieren und Anhänger werden, und das wäre durch die Dämpfung verhindert worden. Ich habe schon in der vorigen Versammlung gesagt, wenn jemals wenig Propaganda für unsere Grundsätze gemacht wird, so ist es in der Zeit zwischen den Haupt- und Stichwahlen.

Wer die Flugblätter, die in dieser Zeit verbreitet werden, ansieht, wird kaum eine Spur von Agitation für unsere Grundsätze darin finden. Das Welfensflugblatt, auf welches ich in der vorigen Versammlung hinwies, habe ich nicht bekommen können, vielleicht genießen sich die Parteigenossen, es mir zu senden. Ich habe aber ein anderes Flugblatt aus demselben Kreise, das die Wähler des Bündlers Hahn, der ausgefallen war, zu uns herüberziehen oder doch wenigstens hindern wollte, für die Nationalliberalen zu stimmen. Es heißt da zu der Parole der Konservativen, für den Nationalliberalen zu stimmen: „Es liegt aber in den Händen der Wähler Hahns, ob sie diese Parole befolgen wollen oder nicht, ob sie diese überhaupt als überzeugte und aufrechte Anhänger Hahns befolgen können.“ — Es wird dann auseinandergekehrt, wie die Nationalliberalen den lieben Hahn im Hauptwahlkampf mitgenommen haben, und dann heißt es weiter: „Dieselben Nationalliberalen, die jetzt so eifrig um jede Hahnstimme buhlen, wollten sich also im umgekehrten Falle erst sehr überlegen, ob sie noch einmal Hahn in der Stichwahl herausgehauen hätten. Merkt Euch das, Ihr Hahnwähler.“ — Weiter wird gesagt, von den Nationalliberalen sei dem Hahn der Vorwurf „des wirtschaftlichen Eigenmutes, der politischen Engherzigkeit, des unbeherrschbaren Starrsinns“ gemacht. Wie kann man das auch einem Führer des Bundes der Landwirte vormachen! Weiter werde dem Hahn von den Nationalliberalen die Führung eines falschen Vornamens vorgeworfen, denn von Hause aus war er Christian getauft, er nenne sich aber, um „teuflicher“ zu erscheinen, Diederich. (Heiterkeit.) Und so geht es weiter, und dann heißt es zum Schluß: „Kann ein ehrlicher Anhänger Hahns für dieselbe Partei stimmen, die ihnen keine schrankenlose Stichwahlhilfe zugesagt hat, sondern sich für den Fall, daß der Bündlerführer wieder in die Stichwahl kommen würde, ernstlich mit der Frage befaßt wolle, ob alsdann den nationalliberalen Wählern die Wahl Dr. Hahns empfohlen werden könne? Nein, dreimal nein! Keine Hahnstimme den Nationalliberalen.“ — Es fehlt nur noch, daß darunter steht, wählt den Genossen Soudso. Das ist nur eine kleine Probe davon, wie bis zum letzten Augenblick bei solchen Stichwahlen für unsere Grundsätze Propaganda gemacht wird. Ich mache den Genossen dort keinen Vorwurf. Wer aber Stichwahlkämpfe im Reiche geleitet hat, der weiß, daß es in dieser Weise zugeht, daß alle Gesichtspunkte hervorgekehrt werden, die die bürgerlichen Wähler zu uns herüberziehen oder doch davon abhalten sollen, den Gegner zu wählen. Weil der Parteivorstand das wußte, sagte er, wenn 3 oder 4 Tage diese Art von Propaganda in ausschließlichen Wahlkreisen nicht getrieben wird, so ist das kein großer Schaden, eher ein Nutzen für die Partei.

Nun sagt man weiter, die Voraussetzungen des Parteivorstandes in politischer Hinsicht seien nicht eingetroffen. Ich habe schon das vorige Mal gesagt, alle diese Voraussetzungen, von denen man spricht, und die zum Teil als findliche Illusionen weidlich verspottet werden, hat der Parteivorstand gar nicht gehabt. Freilich, die Genossen, die meinen, auch ohne das Abkommen hätten wir 110 Mandate gehabt, sind durchaus im Unrecht. Da ist der Parteivorstand und mit ihm weite Parteireise anderer Meinung. Auch in einem gl. gezeichneten Artikel vom 17. Januar, der wohl von Ledebour herrührt, wird hervorgehoben, daß wenn es zu einem Zusammenkommen mit den Liberalen nicht käme und diese nach rechts Anschlag fänden, die Partei etwa auf 70—80 Mandate kommen würde. Das ist auch richtig, und das war auch die Meinung des Parteivorstandes. Wir waren aber der Ansicht und sind es noch heute, daß es denn doch für die Partei und ihren Einfluß im politischen Leben von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, ob wir 70—80 oder ob wir 110 Mandate haben, und besonders wenn diese errungen werden, ohne daß ein Tüpfelchen unserer prinzipiellen und unerzert taktischen Grundsätze ausgegeben wird. (Vereinzelter Weisfall.)

#### Genosse Grundwald:

Der verehrte Genosse Haase hat einem leid getan. Ich hatte den Eindruck, er fühlte sich hier mehr als Anwalt, denn als Mitglied des Parteivorstandes. Aber für einen so guten Anwalt, wie er ist, war seine Rede eine verhältnismäßig schwache Leistung. Das liegt nicht an dem Genossen Haase, sondern an der Sache, die er verteidigen mußte. (Sehr richtig!) Er hat eben die Suppe miteingebrodt; aber die Broden, die er nun heute noch dazu getan hat, machen die Suppe noch weniger schmackhaft. Zunächst sagt er: seht doch einmal, wozu wir die Freisinnigen erzogen haben, wie wichtig sie sich bei der Durchführung des Abkommens gehalten haben. Wenn kleine Kinder monatelang nach Zucker schreien, ihn aber nicht bekommen, und ihn dann plötzlich kriegen, dann essen sie ihn doch auch. Die Freisinnigen haben das Abkommen zum Teil mit ruhiger Hand angenommen und durchgeführt, weil sie in der Tat die einzigen waren, die davon Vorteil hatten; daran ändert alle Kritik nichts. Eine Partei, die bei den Hauptwahlen nicht ein einziges Mandat bekommen hat, erscheint nachher mit über 40 Mandaten auf der Bildfläche. Haase selbst hat das Abkommen auf das schwerste verurteilt, indem er sagt, in der freisinnigen Volkspartei besteht eine große Zahl von Interessengruppen, und man konnte abschließen, es handelte sich darum, diese Interessengruppen in einer gegnerischen Partei nicht zum Vorschein kommen zu lassen, sondern sie zu vertuschen und zusammenzuschließen, weil die Freisinnigen sonst für jede demokratische Politik verloren gegangen wären. Es ist doch aber nicht unsere Aufgabe, die Freisinnigen zu retten. Wir haben für uns zu sorgen und nicht für andere Parteien.

Eines hat Haase vergessen. Bei den Freisinnigen waren nach der Hauptwahl nicht nur die Interessengruppen stärker hervorgerufen wie sonst, sondern auch die Gegenstände bei den Wählern. Hätte die Partei die Parole nach rechts gegeben, so wäre tausend gegen eins zu wetten, daß ein großer Teil der alten Fortschrittler die Parole nicht befolgt, sondern sozialdemokratisch gewählt hätten, und ich bezweifle sehr, daß wir dieselbe Zahl von Mandaten nicht auch ohne das Abkommen bekommen hätten. Wenn aber auch dieses oder jenes Mandat nicht errungen wäre, war es nötig, daß wir den Freisinnigen die Kränke mochen, wenn sie selbst aus Altersschwäche sich nicht mehr zusammenhalten können? Wenn wir jetzt eine Nachwahl hätten, so bin ich sehr zweifelhaft, ob die Freisinnigen dem Stichwahlabkommen parieren und mitmachen würden. Haase sagt, wir hätten ohne das Abkommen statt der 110 nur 70 bis 80 Mandate bekommen. Das liegt doch auf der Linie: Mandate auf jeden Fall zu erobern, ganz gleich mit welchen Mitteln. Bei diesem Standpunkt ist ein Ende der Kompromisse nicht abzusehen. Der Partei hat aber immer am meisten daran gelegen, Mandate aus eigener Kraft zu bekommen, weil nur das die Mandate sind, auf die wir uns auch bei weiteren Wahlen verlassen können.

Inszeratenteil veranm.; Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Was den schwarzblauen Block betrifft, so ist der Glaube ich, seiner Diskussion mehr wert. Darüber werden sich wohl alle einig sein, was es mit seiner Sprengung auf sich hat. Haase sagt, ich hätte mir widerprochen, indem ich einmal grundsätzliche Politik fordere und dann wieder zugeben hätte, jede politische Situation habe ihre eigenen Gesetze. Aber ich habe doch hinzugefügt, daß stets die Grundsätze den Kompromissen bilden müssen, der die Wege weist für jede wie immer geartete Situation.

Haase fragt, wo steht denn im Parteiprogramm und in der Dresdner Resolution irgend etwas, was gegen unser Abkommen spricht. Er hat selbst schon hinzugefügt, daß auch manches andere nicht drinsteht, weil eben die Verfasser des Parteiprogramms und der Dresdner Resolution immerhin einigen Respekt vor den Parteinstanzen gehabt haben, einen Respekt, den ich nicht missen möchte, dessen Untergrabung zu einer vollständigen Demoralisierung jeder Organisation führen müßte. Gerade deshalb bedauern wir, daß der Parteivorstand so gehandelt hat.

Weiter sagt Haase, wir haben gar nicht in den ersten Tagen gedämpft, sondern erst vom Donnerstag ab. Das bedeutet keine Verbesserung, sondern eine Verhöhnung. Genossen, die tagelang gekämpft haben, dann vor die Alternative zu stellen: Stellt Euch mausetot oder seid wirklich tot, das muß ja viel mehr lähmen. Eine Verwirrung der Wählermassen sei nicht vorhanden gewesen, sagt Haase, denn alle hätten pariert. Das erinnert mich vollständig an den Bericht eines Generals, es herrscht vollkommene Ruhe auf dem Schlachtfeld. Es war nämlich alles totgeschlagen. Dann ist ein Parieren sehr leicht, wenn alle nichts zu tun haben. Aber wie das die Gemüter gerührt und sie uneinig macht und an späteren Parteiaktionen zweifeln läßt, das ist die Gefahr. Wer bürgt denn dafür, daß wenn wir sehr bald vor einer neuen Wahl stehen, die Genossen nicht sagen, wir wollen doch mal erst abwarten, ob nicht wieder ein Regierungsbefehl kommt, daß wir uns tot stellen sollen. Darum noch einmal, wir wollen in der Resolution nicht mehr annehmen, als was drinsteht; aber was drinsteht, ist ohne Tadel und kann einmütig angenommen werden.

Nun zu Genossen Braun. Er ist weniger auf die Sache eingegangen, als auf seine Freundin Luxemburg. Aber diese Verschiebung des Kampffeldes ist mir zwar sehr sympathisch; aber für die Sache ohne Vorteil. Diese Färllichkeitäusdrücke zwischen beiden Parteigenossen will ich nicht unterstützen; aber der Sache dienen sie nicht. Nun sagt Genosse Braun: seht Euch doch die Wahlflugblätter für die Stichwahlen an, da wird keine grundsätzliche Propaganda getrieben. Darin hat er leider vollkommen recht. Aber daraus folgt nicht, daß Braun recht hat, sondern daß die Verfasser der Stichwahlflugblätter unrecht haben und es wäre Pflicht des Parteivorstandes, das nicht nur hier an den Pranger zu stellen, sondern einen Regierungsbefehl herauszugeben, solche Flugblätter dürfen nicht wieder geschrieben werden. (Heiterkeit.)

Ich bitte also nochmals, die Resolution möglichst einmütig anzunehmen. (Schluß in der 2. Beilage.)

## Jugendbewegung.

### Die Berliner Polizei gegen Ferdinand Freiligrath.

Bei der Jugendfeier, die am Sonntag für die Berliner Schul-entlassene Jugend veranstaltet worden war, sollte unter anderem auch Freiligraths Gedicht „Eispalast“ rezitiert werden. Allein die Berliner Polizei hatte es anders beschlossen, sie verbot die Rezitation. Da die zahlreichen Teilnehmer der Jugendfeier das Gedicht am Sonntag nicht hören konnten, soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, es heute zu lesen. Es lautet:

1.

Ihr alle, mein' ich, habt gehört von jenem sel'nem Eispalast!  
Auf der gefror'nen Kometstut aufrat die gefror'ne Wast!  
Dem Willen einer Kaiserin, der Laune dienend einer Frau,  
Scholl' über Scholle stand er da, gediegen Eis der ganze Bau.  
Um seine blanken Fensterreih'n, um seine Giebel pfliff es kalt,  
doch innen hat ihn Frühlingswehn und hat ihn Blumenhauch  
durchwallt!  
Überall, wohin man schritt, Ruß und Strandolenglanz,  
und durch der Säle bunte Flucht bewegte wirbelnd sich der Tanz!  
Also, bis in den März hinein war seine Herrlichkeit zu schaum;  
doch auch in Rußland kommt der Lenz, und auch der Netwa  
Blöde tau'n.  
Qui, wie beim ersten Sturm aus Süd der ganze schimmernde  
Klotz  
hoß in sich selbst zusammenlant und häuptlings in die Fluten  
schob!  
Die Fluten aber jauchzten auf! Ja, die der Frost in Bande schlug,  
die geltern eine Hoberg noch und eines Hofes Instun trug,  
die es noch gestern schweigend litt, daß man ihr aufstund Pomp  
und Staat,  
daß eine lipp'ge Kaiserin hoffärtig sie mit Füßen trat. —  
Dieselbe Netwa juchzt empor! Abwärts mit brausendem Erguß,  
abwärts durch Schnee und Schollenwerk schob sich und drängte sich  
der Fluß!  
Die letzten Spuren seiner Schmach malt er und knirscht er kurz  
und klein —  
und strömte groß und ruhig dann ins ew'ge freie Meer hinein!

2.

Ihr der Völker heil'ge Flut abdammet von der Freiheit Meer: —  
ausmündend bald, der Netwa gleich, braust sie und jubelt sie einher!  
den Winterrost der Tyrannei stolz vom Genick schüttelt sie,  
und schlingt hinab (den Lenz sie trug), den Eispalast der Despotie!  
Roch schwelgt ihr in dem Wügendem, und tut in eurem Dünkel,  
traun!  
als käme nun und nie der Lenz, als wärd es nun und nimmer  
taun!  
Doch mächtig steigt die Sonne schon, und weich erhebt sich schon  
ein Weh'n;  
die Dede tropft, der Boden schwinnt — o schlüpfzig und gefährlich  
Weh'n!  
Ihr aber wolt verschlungen sein! Da steht ihr und kapituliert  
lang erst mit jeder Scholle noch, ob sie von neuem nicht gefriert!  
Umsonst ihr Herrn! Kein Halten mehr! Ihr sprecht den Lenz  
zum Winter nicht,  
und hat das Eis einmal getracht, so glaubt mir! daß es bald  
auch bricht!  
Dann aber heißt es wiederum: — abwärts mit brausendem  
Erguß  
abwärts durch Schnee und Schollenwerk drängt sich und macht sich  
Bahn der Fluß  
Die letzten Spuren seiner Schmach malt er und knirscht er kurz  
und klein —  
Und stulet groß und ruhig dann ins ewig freie Meer hinein. —

### Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 7 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Der Kranz der Jugend. Von Jürgen Brand. — Wie ich vom Antisemitismus kuriert wurde. Von Emil Unger. — Der Kapitalismus erwürgt sich selbst. Von Gustav Eckstein. — Der Verdauungsapparat. Von A. Eipshüh. (Zustriert.) — Aus der Jugendbewegung. Des Behelings Lebenschronik. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegschauplatz usw. Beilage: Balfischjagd. Von J. C. Sörensen. — Meine Jugendweife. Von Margarete Krafft. (Mit Bild.) — Unsere Wanderungen. Von Joh. Knief. — Die Indianer in den Vereinigten Staaten. II. Von Hugo Schulz-Wien. (Zustriert.) — Die alte Edda. Von Otto Koenig. — Wissenswerthes von der Sprache. — Vöhs erste Liebe. Erzählung von E. Rosen.



Generalversammlung

des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 31. März 1912, mittags 12 Uhr, in den „Konordia-Festsaal“, Andreadstr. 64.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Genosse Wollenhage:

Eigentlich bin ich erst heute zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich auch einmal einen schweren Verlust gegen die Parteigrundsätze mir habe zuschulden kommen lassen...

Was der Genosse Grundwald hier mit Empörung vorgebracht hat, richtet sich zum großen Teil nicht gegen das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes, sondern gegen die Resolution des Jenaer Parteitages, welche die Grundlage für unsere Stichwahlstatistik geschaffen hat...

Die Taktik ist nichts Feststehendes. Schon der alte Liebknecht sagte, daß er in 24 Stunden seine Taktik fünfmal ändern würde, das hängt ausschließlich von den politischen Situationen ab...

Kleines Feuilleton.

Karl May ist im Alter von 70 Jahren in Nabebeul bei Dresden gestorben. In seiner Villa Schatterhand — Schatterhand, zu deutsch Schmetterhand, war der Kriegername, den sich der Pseudo-Weltadventurer in seinen in Amerika spielenden Reiseromanen zugelegt hatte...

Dann kam die Katastrophe. Zuerst wollte ein unerbittliches ultramontanes Philosophengemüt entdeckt haben, daß der Verfasser der modernen Odysseen und Iliaden früher einmal veritable Kollportageromane, und zwar mit pikantem Einschlag, geschrieben hatte...

Theater.

Lessing-Theater: „Das Friedensfest“ von Gerhart Hauptmann. Das seit Jahren nicht mehr aufgeführte Stück machte in der vollendeten Darstellung des Lessing-Theaters einen frappant lebendigen Eindruck...

daß wir es als selbstverständlich erachten, daß, bevor die Entscheidung in den einzelnen Wahlkreisen getroffen wird, man sich mit dem Bezirks- und Landesorganisationen und mit dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen hat...

Es ist nicht das erste Mal, daß wir mit den Freisinnigen zusammengehen. 1890 wurde die Parole ausgegeben, das Kartell zu sprengen, deshalb sind wir auch überall für die freisinnigen Kandidaten eingetreten...

Die Dämpfung soll das sehr große Verbrechen sein, und in den Kreisen, wo sie geschah, soll die größte Bewirrung in den Reihen der Parteigenossen eingetreten sein...

Table with 3 columns: Wahlkreis, In der Hauptwahl, In der Stichwahl. Rows: Hirschberg-Schönan, Oldenburg I, Oldenburg II.

Es waren eben in den Hauptwahltagen so ziemlich alle Genossen herangeschleppt worden zur Wahl, und es war nicht viel mehr zu erlangen, außer, wenn wir Stimmen von den Konservativen und Nationalliberalen erhalten hätten...

Politisch hatten wir ein sehr großes Interesse daran, die Parteien, die in der Opposition gegen die Schwarzblauen stehen, zu stärken. (Seht richtig!) So wie wir 1907 gewiß nicht aus Liebe für das Zentrum, sondern lediglich, um den Bülowblock zu schwächen...

Schöpfungen bestimmend mitgewirkt. Die verheerenden Wirkungen der Trunksucht auf den Nachwuchs spielen in der Schilderung sozialen Elends, die er in „Vor Sonnenaufgang“ entwirft, eine besonders betonte Rolle...

sehr problematisch geworden. Hinter einem solchen Buchertarif werden nur die Stimmen stehen, die bei der Präsidentenwahl auf Spahn gefallen sind. Der Gegensatz zwischen dem mobilen Kapital und den Agrariern, der sich schon in der letzten Zeit verschärft hatte...

Auf Antrag des Genossen Wittorf (6. Wahlkreis) wird die Debatte geschlossen.

nachdem der Vorsitzende Ernst darauf aufmerksam gemacht hatte, daß das Ratibkommen noch in dieser Sitzung erledigt werden müsse.

Es folgen persönliche Bemerkungen

der Genossen Ledebaur und Braun. Genosse Ledebaur erklärt, daß Braun mit Unrecht und infolge unvollständiger Besetzung aus seinem Artikel eine Bekräftigung von Brauns Anschauung geschlossen habe...

Es folgt die Abstimmung.

Der Antrag Nieberbarnim lautet:

Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei insofern, als dadurch unsere Genossen in 10 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden...

Dieser Antrag wird mit sehr großer Majorität gegen etwa 30 Stimmen angenommen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Vorsitzender Ernst ermahnt die Zuhörer, Beifallsäußerungen zu unterlassen, da nur die Delegierten zu entscheiden hätten.

Kunmehr wurde über die Beitragsleistung zum Bezirks-Ratibonds

verhandelt. Genosse Ernst ersuchte um Bestätigung des vorjährigen Beschlusses, wonach jeder Genosse, der am 1. Mai arbeiten muß, einen Beitrag von 1 M. und jede arbeitende Parteigenossin 50 Pf. zum Ratibonds zu zahlen verpflichtet ist...

der vom Dichter nur allgemein umrissenen Gestalt des alten Doktor Scholz ein markant geschlossenes Gepräge.

Musik.

Das Blüthner-Orchester gab uns in seinem Sonntagskonzert wieder einmal Gelegenheit zu Erlebnissen auf dem vielbetreten Gebiete der „sinfonischen Dichtung“.

Dann gab es Lieder mit Orchesterbegleitung von einem uns noch unbekanntem Ungarn Hubert Patáky.

Anderes als moderne Forcellierung und doch über „Tafelmusik“ so weit hinaus, wie es nur sein kann, wirkte ein (lateinischer) religiöser Gesang von Alexander Ritter, den wir, obwohl er schon 16 Jahre tot ist, mehrmals als einen der besten Komponisten von Gegenwartshöhe bezeichnen konnten...

Notizen.

Eine Nachricht von Scotts Südpolexpedition. In England war man seit einiger Zeit in Sorge über das Schicksal der Scottschen Expedition. Jetzt trifft von Kapitän Scott die erste Nachricht ein...

Eine russische Nordpolexpedition wird von Kapitän Sedow, einem Mitglied des russischen Bureau für Hydrographie, geplant. Die Expedition soll im Sommer von Archangel aufbrechen mit 14 Mann und 50 Hunden...

nehmen und die Zeit noch gründlich auszunutzen zur Propaganda für die Waise, denn die Beteiligung an derselben muß stärker werden als bis hierher war.

Einige Redner erklärten, sie hätten im Prinzip nichts gegen den Vorschlag einzunehmen, aber es sei nicht angängig, daß die Generalversammlung einen solchen Beschluß fälle, ohne daß die Mitglieder Gelegenheit gehabt haben, dazu Stellung zu nehmen. Der Vorschlag müsse erst in den Kreisen der Mitglieder erörtert werden.

Vöské und Ernst bemerkten hierzu: Es handele sich ja gar nicht um einen neuen Vorschlag, sondern um die Erneuerung eines Beschlusses, der schon vor einem Jahre gefaßt wurde. Da gegen diesen Beschluß keine Einwendungen erhoben und keine Abänderungsanträge gestellt worden seien, so hätte angenommen werden müssen, die Delegierten würden dem vorjährigen Beschluß auch jetzt wieder ohne weiteres zustimmen. Es sei doch ein Fortschritt, daß es gelungen sei, auch die Gewerkschaften zur Annahme dieses Beschlusses zu veranlassen, so daß jetzt die Beitragsleistung eine einheitliche sei.

Der Vorschlag, wonach arbeitende männliche Mitglieder 1 M. und arbeitende weibliche Mitglieder 50 Pf. zum Raifonds zu zahlen haben, wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Da die Zeit herangekommen war, wo der Saal geräumt werden mußte, so wurden alle Anträge, welche sonst noch auf der Tagesordnung standen, bis zur nächsten ordentlichen, im August stattfindenden Generalversammlung vertagt.

Genosse Ernst schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

## Die Hyllitenvergiftungen vor Gericht.

Vierter Tag.

Die Sitzung verläuft nach der Eröffnung einer einstündigen Vertagung, die durch das Ausbleiben des Angeklagten Redomske verursacht wird. Rechtsanwält Dr. Puppe bittet, ohne Anwesenheit des R. weiter zu verhandeln, da dieser als Besitzer eines Schanklokals in seinem Geschäft unabkömmlich sei. Er sehe ja nur unter der Auflage, den Verkauf von 10 Liter Alkohol vermittelt zu haben. Der Staatsanwalt erhebt keine Einwendungen. Das Gericht ist jedoch der Ansicht, daß eine Weiterverhandlung in Abwesenheit des R. nicht zweckmäßig erscheine. Redomske wird daher telephonisch an Gerichtsstelle zitiert.

Der zunächst vernommene Medizinalrat Dr. Pfleger hat zusammen mit Gerichtsarzt Dr. Marx die Leichen zweier Männer obduziert, die in einer Scheune bei Vermisdorf am 30. Dezember verstorben waren. Es konnte bei beiden eine gleichartige Todesursache festgestellt werden, und die chemische Untersuchung hat ergeben, daß Methyloalkoholvergiftung vorlag. Beide Personen stammten aus dem Ayl.

In einem Falle Schneider hat Dr. Jeserich in einer bei dem Verstorbenen vorgefundenen Schnapsflasche Methyloalkohol festgestellt, die Obduzenten haben aber nach dem Befunde nicht annehmen können, daß der Tod durch Methyloalkohol verursacht ist.

Alsdann wird folgender Fall verhandelt: Durch den Angeklagten Jastrow ist an einen Schankwirt in der Eldenaer Straße ein Ballon Methyloalkohol mit 64 Liter Inhalt verkauft worden. Der Gastwirt verarbeitete diesen „Sprit“ zu Rum, Schleifischen Korn und Nordhäuser und verschenkte diese bis zum 2. Januar. Dann wurde er auf die Zeitungsnotizen aufmerksam und goß ein Drittel des noch vorhandenen verdächtigten Sprits aus. Ebenso goß er die Reste der angefertigten Schnäpse aus. In dem Schanklokal verkehrte der Kutischer Krüger, der dort auch Schnäpse getrunken hatte. Er starb am 21. Dezember. Er hatte an jenem Tage bis vormittags 11 Uhr geschlafen, dann lagte er, er müsse verbrennen, es tue ihm alles weh. Dann lagte er über Durst und hatte Sehstörungen, denn er verlangte, daß Licht angezündet würde, obwohl es heller Tag war. Seine Leiche ist obduziert worden. Die chemische Untersuchung durch Dr. Jeserich ergab das Vorhandensein von Methyloalkohol in allen Leichenteilen. Nach dem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Dr. Straßmann ist hier Tod durch Methyloalkoholvergiftung sicher. Nicht ganz so bestimmt lautet das Gutachten bezüglich eines Eisenbahn-Untersuchungsbeamten Peim, dessen Leiche ausgegraben ist. Auch hier hat Dr. Jeserich Methyloalkohol festgestellt.

Es wird dann die Krankengeschichte verschiedener Personen erörtert, die unter Erscheinungen der Methyloalkoholvergiftung gestorben sind. Bei verschiedenen ist der Tod sicher auf solche Vergiftung zurückzuführen, bei anderen mußte die größte Wahrscheinlichkeit für diese Todesursache angenommen werden.

Längeres Gutachten erstattet der Sachverständige Dr. Sandmann, Mitglied der Handelskammer und Vorsitzender des Ausschusses für Spirituosen. Er ist von der Staatsanwaltschaft vorgeladen, um sich über die

### Preise von Methyloalkohol

im Dezember 1911 zu äußern. Der Sachverständige gibt diesen Preis auf 1,50 M. an. — Staatsanwalt Dr. Gutzjahr: Kommen die Angeklagten Meyer und Jastrow, die den Scharmachschen Spirituosenfabrik für 1,50 M. eingekauft haben, nicht ohne weiteres annehmen, daß sie zu diesem Preise keinen 95-96prozentigen Methyloalkohol haben können? — Sachverständiger: Das muß ich bestätigen. Jeder im Drogenfach weiß, insbesondere ein Spiritusreisender und ein Drogist ist doch soweit informiert, daß er über die Preise Bescheid weiß. — Rechtsanwält Dr. Alberg: Ist Ihnen bekannt, daß dieser Methyloalkohol in anderen Ländern, so in England und Irland, schon zur Schnapsfabrikation Verwendung gefunden hat? — Sachverständiger Sandmann: Darüber kann ich nichts sagen. — Rechtsanwält Dr. Werthauer: Es wird doch nötig sein, gerade über diesen Punkt einen Sachverständigen zu vernehmen. Es wird behauptet, daß in England und Irland Methyloalkohol zum Genuß verwendet wird, ohne daß so giftige Eigenschaften an ihm wahrgenommen werden. — Sachverständiger Sandmann: Ich kann nur sagen, in den Kreisen der Spiritusreisenden ist es nicht bekannt, daß Methyloalkohol solche Eigenschaften hat. Man hat den mit 5 Proz. Methyloalkohol vermischten sogenannten denaturierten Spiritus unter einer sehr scharfen behördlichen Kontrolle, weil die Behörde annahm, daß dieser Spiritus auch vielfach getrunken wird. Erst in neuerer Zeit ist eine behördliche Verordnung erlassen, daß dieser denaturierte Spiritus nur zu gewerblichen Zwecken benutzt werden darf und nicht zum Trinken. In Händlerkreisen mag aus dieser ganzen Situation sich die falsche Uebersetzung durargenommen haben, daß es sich doch nicht um ein so scharfes Gift handelt, denn es stand fest, daß mit 5 Proz. Methyloalkohol verfeinerter Spiritus von Menschen getrunken worden ist, ohne daß sie gestorben sind. Italienische Arbeiter tranken Methyloalkohol in großen Mengen, ohne daß es ihnen etwas schadet. Als die Nachricht über diese hier in Frage stehenden Vergiftungen bekannt wurde, war man darüber in Händlerkreisen sehr erstaunt. Richtig ist es auch, daß durch die Annoncen der Spiritogen- und Spiritol-Gesellschaft, die diese Stoffe als besten und billigsten Spiritusersatz ankündigte, vielfach die Ansicht verbreitet worden ist, daß Methyloalkohol weder schädlich noch giftig ist. — Der Staatsanwalt behauptet hierzu, daß in den Annoncen ausdrücklich steht: Verwendung zu den angegebenen Zwecken, ausgenommen zu Genuß und direkten Arzneimitteln. — Sachverständiger Sandmann: Wer oberflächlich hindrückt, konnte aus diesen Annoncen annehmen, daß die Sache unschädlich ist. Nach meiner Meinung hätte eine solche Annonce nicht erlassen werden dürfen. Die deutschen Spiritusfabrikanten würden, wie der Sachverständige auf Vorhalt weiter befunden, sich hüten, ein Präparat, das nicht Methyloalkohol ist, zu ihren Präparaten zu benutzen, weil das eine Genußmittelverfälschung wäre. — Rechtsanwält Dr. Jaffe: Nach den Ausführungen dieses Herrn Sachverständigen rechnete man also in den Kreisen der Spiritusfabrikanten damit, daß Methyloalkohol auch zum Trinken benutzt werden könnte; denn wenn die Behörde mit der Giftigkeit gerechnet hätte, würde die Behörde doch etwas veräußert haben, wenn sie nicht vorhergehende Maßregeln ergriff. — Staatsanwalt Dr. Gutzjahr: Der Minister des Innern hat über die Ver-

wendung von Spiritol und Spiritogen unter dem 12. Mai 1911 eine Verfügung erlassen.

Rechtsanwält Dr. Werthauer erklärt, daß er inzwischen von erkaufte Seite die Nachricht erhalten habe, daß nicht der Methyloalkohol, sondern die manderlei Beimischungen an Essenzen, Pfeffer und dergleichen, die Schuld an dem Unglück trage. — Sachverständiger Sandmann: Es ist richtig, daß man den Spiritusersatzmitteln vielfach Essenzen mit brennender Wirkung, spanischen Pfeffer und dergleichen zusetzte. Das hat man aber seit mehreren Jahren schon öffentlich verfolgt, da man es als Verfälschung ansieht. — Rechtsanwält Dr. Alberg beantragt, den Inhaber der Spiritol-Gesellschaft als Sachverständigen zu laden.

Sachverständiger Dr. Baurath von der Firma Kahlbaum läßt sich auf Befragen eingehend über die Preise von Amthalkohol, Methyloalkohol und Methyloalkohol aus. Soweit ihm bekannt, ist sowohl Spiritol wie Spiritogen mit 90 Proz. Methyloalkohol vermischt. Die erwähnten Annoncen der Spiritogen- und Spiritol-Gesellschaften seien allerdings dazu angetan, einen oberflächlichen Leser zu der Annahme zu verführen, daß diese Fabrikate auch für den menschlichen Genuß brauchbar seien. Ein oberflächlicher Leser konnte sich vielleicht täuschen lassen. — Staatsanwalt: Es steht in den Annoncen immer, daß Methyloalkohol nicht verwendet wird. — Rechtsanwält Dr. Alberg: Das ist die Behauptung der Fabrikanten, die doch nach der Befragung des Sachverständigen nicht stimmen kann. — Zur Illustration erwähnt Staatsanwalt Dr. Gutzjahr die Tatsache, daß ein Fabrikant in Leipzig Spiritogen bezogen und daraus eine Bowle gebraut habe. Die Folge sei der Tod von vier Familienmitgliedern gewesen. Das Verfahren schwebt hier bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II. — Rechtsanwält Dr. Werthauer behauptet, daß durch die Höhe der Steuer die Industrie darauf gedrängt worden sei, auf Ersatzmittel zu sinnen, und wenn eigenartige Notizen dabei maßgebend gewesen wären, würde man doch billigere Ersatzmittel gesucht haben, als der immerhin noch teure Methyloalkohol. — Sachverständiger Dr. Baurath erwidert hierauf, daß die Industrie den Methyloalkohol zu den verschiedensten gewerblichen Zwecken verwende, in Deutschland aber nicht bekannt war, daß er zu Genuß oder Nahrungsmitteln Verwendung finde. — Rechtsanwält Dr. Jaffe verweist darauf, daß auch im Sonderkonkurrenzgesetz Methyloalkohol habe dieselbe Wirkung wie Methyloalkohol. — Der Staatsanwalt betont, daß Scharmach den Methyloalkohol zum Preise von 1,18 M. gekauft habe; das sei gegen Methyloalkohol eine Preisdifferenz von 60 Pf.

Sachverständiger Dr. Roetger von der Firma J. D. Riedel befindet u. a., daß Scharmach Methyloalkohol auch von dieser Firma bezogen habe; seines Wissens habe der Reisende, der den Methyloalkohol lieferte, den Scharmach darauf aufmerksam gemacht, daß das Zeug nicht zu Genußmitteln verwendet werden dürfe. Rechtsanwält Dr. Werthauer erklärt, daß er sowohl den Dr. Baurath als auch den Dr. Roetger als Sachverständige ablehnen müsse, nachdem er erfahren, daß Scharmach den Methyloalkohol von den Firmen bezogen hat, in denen diese beiden Herren tätig sind.

Der Gerichtshof lehnt den Ablehnungsantrag ab. Nachdem noch einige Todesfälle erörtert worden sind, bei denen die Medizinalräte Dr. Steormer und Dr. Hoffmann die Obduktionen vorgenommen, erhebt sich eine ausgedehnte Debatte über die Frage, ob die Firmen, die den Methyloalkohol an Scharmach geliefert haben, verpflichtet gewesen wären, Giftzeichen darauf zu machen. Tatsächlich ist das nicht geschehen. — Regierungsrat Prof. Judenas betont, daß das Gesundheitsamt gar nicht auf den Gedanken habe kommen können, daß Methyloalkohol als Genußmittel benutzt werden könnte. — Der Angeklagte Scharmach will aus der Tatsache, daß auf den Ballons mit Methyloalkohol ein Giftzeichen nicht enthalten war, seinen guten Glauben herleiten.

Zur Verlesung kommen sodann die einschlägigen Ministerialerlasse über die Verwendung von mit Holzgeist vermischem denaturierten Spiritus zur Herstellung von Heilmitteln und dergleichen, sowie verschiedene Artikel aus Drogenfach- und Apothekerzeitschriften über die Gefährlichkeit des Methyloalkohols, ferner der Artikel in Dagers Handbuch der pharmazeutischen Praxis, in welchem über die Verwendung von Methyloalkohol zu gewerblichen Zwecken Ausführungen gemacht werden und daran die Bemerkung geknüpft wird: „Bei hohen Spirituspreisen erscheint die Verwendung von Methyloalkohol zu Schnäpseisen nicht ganz ausgeschlossen.“ Auf diese Bemerkung stützt sich Scharmach befallentlich zu seiner Entlastung. — Regierungsrat Prof. Judenas erklärt hierzu: Diese Entlastung sei beileibe nicht so aufzufassen, als ob eine solche Verwendung für zulässig erachtet werden sollte. Im Gegenteil ergebe der ganze Zusammenhang des Artikels, daß gewissermaßen warnend darauf hingewiesen werden sollte, daß bei hohen Spirituspreisen eine solche mißbräuchliche Verwendung denkbar sei.

Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Zu dem letzten Bericht, nach dem der Angeklagte Scharmach behauptete, er habe an Frau Haupt Reichelsche Essenz in der Originalpackung verkauft, ersucht uns die Firma Otto Reichel um die Mitteilung, daß bei Herstellung der Reichel-Essenzen niemals Methyloalkohol zur Verwendung gekommen ist.

## Aus Industrie und Handel.

### Kapitalkonzentration.

Nach dem Jenseit von 1909 gab es in den Vereinigten Staaten 618 Brennereien (1904: 805), die Spirituosen destillierten. Sie beschäftigten 1835 (1080) Beamte und 6430 (5355) Arbeiter. Das angelegte Kapital war (in 1000 Dollar) 72 450 (50 101), der Wert der Erzeugnisse 304 690 (181 270). Für Gehälter wurden 1908 (1909) für Löhne 3074 (2657) ausgegeben. — In derselben Zeit verminderte sich die Zahl der Brauereien von 1830 auf 1414. Die Zahl der Beamten war 11 507 (9056), die der Arbeiter 54 579 (48 137). In 1000 Dollar war das Anlagekapital 671 158 (515 630), der Wert der Erzeugnisse 874 790 (298 340). An Gehältern wurden 22 804 (17 318), an Löhnen 41 208 (34 541) ausgegeben.

Die Zahl der Brennereien verminderte sich um fast ein Viertel, während ihre Gesamtproduktion um über die Hälfte stieg. Auf einen Betrieb zählte man im Jahre

	Arbeiter	Beamte	Kapital	Produktion
1904	6,65	1,34	62 237 Dollar	163 068 Dollar
1909	10,59	2,18	118 124	338 990

Der durchschnittliche Gehalt eines Angestellten stieg von 1289 auf 1480 Dollar, während der Arbeitslohn im Durchschnitt von 496 auf 478 Dollar sank. Ein Beamter kam 1904 auf 4,96, 1909 auf 4,8 Arbeiter.

Die Zahl der Brauereien verminderte sich um 7 1/2 Proz., während ihre Erzeugung um über ein Viertel zunahm. Es kamen auf einen Betrieb im Jahre

	Arbeiter	Beamte	Kapital	Produktion
1904	31,46	5,92	337 013 Dollar	194 994 Dollar
1909	38,00	8,14	474 667	293 014

Der Gehalt eines Beamten stieg im Durchschnitt von 1912 auf 1982, der Arbeitslohn von 717 auf 755 Dollar. Ein Beamter kam im Jahre 1904 auf 5,32, 1909 schon auf 4,90 Arbeiter.

### Soziales.

#### Versicherungspllichtige Beschäftigung im Haushalt.

Im Haushalt ihrer Tochter, die selbständig eine Schneiderwerkstatt betreibt und mehrere Personen beschäftigt, war die Frau S. beschäftigt. Diese besorgte die Wirtschaft, machte die Werkstoffe usw. Sie erhielt dafür neben freier Kost und Logis eine Entschädigung von monatlich 15—18 M. Für sie wurden auf Grund dieser Beschäftigung Marken gestellt. Im Juni 1911 wurde sie krank und erwerbsunfähig. Der von ihr bei der Landesversicherungsanstalt Berlin gestellte Invalidenrentenantrag wurde abgewiesen, weil Frau S. die Vartzzeit nicht erfüllt habe. Sämtliche geliebten Marken wurden als nicht zu Recht verwendet erklärt, weil für die

Hilfeleistung im Haushalt der Tochter kein Arbeitsverhältnis vorliegen habe, die Tätigkeit vielmehr im verwandtschaftlichen Verhältnis begründet gewesen sei.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt wurde Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin eingelegt. In der Berufungsschrift wurde geltend gemacht, daß die Tochter der Frau S., wenn sie nicht ihre Mutter beschäftigte, eine fremde Person annehmen hätte müssen. Daß Frau S. die Tätigkeit einer fremden Person erlebe und dafür ihren regelrechten Lohn erhalte.

Das Schiedsgericht erhob Beweis. Durch Zeugenaussagen wurden die Angaben der Berufungsschrift bestätigt. Das Schiedsgericht nahm für erwiesen an, daß zwischen der Tochter und der Mutter ein regelrechtes Lohnarbeitsverhältnis bestanden hat. Frau S. sei ständig wie eine fremde Person von der Tochter gegen eine angemessene Vergütung mit Aufwartediensten beschäftigt worden und sei daher versicherungspflichtig gewesen. Da ferner der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts Frau S. für invalid erklärte, verurteilte das Schiedsgericht die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Invalidenrente.

### „Sozialdemokratische Devise an der Brust.“

Im sommerischen Dorf Gwangow verließ ein 17-jähriges Dienstmädchen nach 8 monatlichem Dienst ihre Stellung bei dem Pastor Albrecht. Dieser trug darauf folgendes in das Dienstbuch ein:

... hat ihren Dienst widerwillig, mit der sozialdemokratischen Devise an der Brust, angetreten, mit Unlust fortgesetzt und eigenwillig verlassen. Sie war ehrlich, aber widerspenstig und zu ungebührlichen Antworten bereit. Ihre Leistungen waren minimal, weil sie lungenkrank ist.

Die sozialdemokratische Devise an der Brust scheint dem Pastor erst erschrecklich geworden zu sein, als das Mädchen seinen Dienst Mädchen als „Zeugnis“ eintrug, zeigt von neuem die Notwendigkeit Mädchen als „Zeugnis“ eintrug, zeigt von neuem die Notwendigkeit der Beseitigung der Gefindbücher.

## Aus aller Welt.

### Ein neuer Streich der Automobilbanditen.

Die Pariser Blätter berichten über einen neuen Ueberfall der Automobilbanditen, der sich in Clermont-sur-Dise abgespielt haben soll. Am Sonntagabend 7 Uhr hielt dort ein mit drei Männern und einer Frau besetztes Automobil vor dem Schlosse Rieux, das dem Großkaufmann Lejeune in Compiègne gehört. Als das Automobil etwa 10 Minuten dort verweilt hatte, sprang plötzlich ein Mann heraus und überfiel die Maner des Parkes. Als er in den Garten vordringen wollte, überraschte ihn sofort niederzuknien, wenn er den Garten nicht augenblicklich verlasse. Als der Verbrecher sich vor den Revolver des Portiers gestellt sah, ergriff er die Flucht, in dem er dem Portier noch zurief: „Am Mittwoch werden wir zurückkehren.“ Das Automobil verschwand alsdann mit großer Geschwindigkeit. Polizei und Gendarmerie hielten die ganze Nacht vor dem Schlosse Wache, auch die Landstraßen wurden polizeilich besetzt. Am 10. Uhr abends wurde das Automobil in Bailleval gesehen, wo es bereits um 6 Uhr abends schon einmal bemerkt worden war. In Bailleval hatten die Räuber ebenfalls verjagt, in dem Hause des reichen Kaufmanns Senechal einen Eindruck auszuüben; sie wurden aber auch dort von dem Portier überrascht und vertrieben.

### Schülertragödien.

Die schlechte Jenseit am Semesterchluss hat in mehrere Familien schweren Kummer hineingetragen. In Griesheim a. M. warf sich der Untersekundaner Wiegand vor einen Eisenbahnzug und wurde getötet. Der Grund des Selbstmordes liegt in der Nichtberufung. — In Jena hat sich der 16-jährige Schüler Dreher erhängt. Die Veranlassung dazu ist in dem schlechten Zeugnis zu suchen.

### Ein Menschenfresser.

Der Mörder Corros, der sich vor dem Schwurgericht des Departements Seine et Oise wegen Ermordung eines 17-jährigen Mädchens zu verantworten haben wird, gab im Laufe des letzten Verhörs grauenhafte Erklärungen ab. Er teilte mit, daß er das Verbrechen begangen habe, weil er seit Jahren von dem Wunsch besesselt gewesen sei, junges Frauenfleisch zu essen. Die Verzte untersuchten den Mörder auf seinen Geisteszustand und kamen zu dem übereinstimmenden Urteil, daß er für seine Tat nicht verantwortlich zu machen ist, da er geistig nicht normal sei.

### Kleine Notizen.

Familien-drama. In der Nacht vom Montag hat in dem württembergischen Dorfe Rich der Maurer Johann Galt seine Frau ermordet. Er sperrte sodann seine drei Kinder in einem Hause ein, zündete es an und erhängte sich. Die Kinder wurden durch die Feuerwehr gerettet.

Eisenbahnunglück in Baden. In Leopoldshöhe fuhr ein Güterzug in der Nacht vom Samstag zum Sonntag infolge falscher Weichenstellung über das Gleisende in ein stumpfes Gleis. Infolge der nachdrängenden Wagen schob sich der Gepäckwagen auf die Lokomotive, wobei das Führerhaus eingedrückt wurde. Der Lokomotivführer Rix aus Baden wurde getötet, der Heizer Leber aus Baden durch ausströmenden Dampf schwer verwundet.

Eine Millionenpleite. Auf Grund von Beschwerden über Unterschlagungen und Vertrauensmißbrauch ist in der Bank Joany am Montag in Paris eine Hausungung vorgenommen worden, bei der 4 000 000 Francs im Geldschrank gefunden wurden. Das Defizit beträgt mehrere Millionen. Joany wurde verhaftet.

### Achtung! Schmöckwitz.

Es gibt nur ein „Gasthaus zur Palme am Seddinee“, Endpunkt der Grünau-Schmöckwitzer Uftraha, herrlich an der neuen Zugbrücke und am Walde gelegen. Vereines und Gesellschaften bestens empfohlen. An Wochenenden stelle Partien von mindestens 200 Personen Beteiligung das gesamte Lokal zur Verfügung. Hermann Peter.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

## Haut- u. Harn-

Leiden, Ehrlich-Hatz, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet!! Dr. Homeyer Friedrichstr. 81. v. a. Panopt. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12

## Knaben- und

## Jünglings-Garderobe

fertig u. nach Maß am billigsten und realsten in der Fabrik Koppensstr. 85, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof. Karl Hüstäd. Herren-Garderobe nach Maß.

## Lege-Kühner,

garantiert Junge beste Lager, empfehle P. Wegner, Mariannenstr. 34.

**Gustav Kuhnert**  
Charlotte Kuhnert  
geb. Hoffmann  
Bermühle.  
Neukölln, 30. März 1912,  
Weichselstr. 58.

Unseren Genossen  
**August Richter**  
nebst seiner lieben Frau  
die herzlichsten Glückwünsche zur  
Zielerreichung.  
Die Genossen und Genossinnen  
des 691. a. Bezirks, 6. Kreis.

Die besten Glückwünsche  
zur Silberhochzeit  
dem Genossen u. der Genossin  
**Adolf und Emma Strobach**  
Die Genossen des Bez. 178.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
des 6. Berliner Reichstags-  
Wahlkreises.  
Am 30. März verstarb unser  
Genosse, der Steinmetz

**Arno Müller**  
Brüßeler Str. 25.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 2. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des neuen Nazareth-Kirchhofes in  
Reinickendorf-West, Kögelstraße,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der**  
**Steinarbeiter.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am 30. März starb unser  
Kollege, der Steinmetz

**Friedrich Arno Müller**  
im Alter von 38 Jahren an  
Nagen- und Darmtuberkulose.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nazareth-  
Kirchhofes in Reinickendorf-West,  
Kögelstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
des 6. Berliner Reichstags-  
Wahlkreises.  
Am 31. März verstarb unsere  
Genossin, Frau

**Elise Lache**  
Wöhlerstr. 8.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des südlichen Friedhofes, Müller-  
straße, Ecke Gertrudenstr., aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Todesanzeige.**  
Am Sonntag, den 31. März,  
verstarb plötzlich und unerwartet  
unser lieber, treuer, geliebter Vater,  
Schwieger und Großvater, der  
Eigentümer und Bauer

**Franz Heintze**  
im Alter von 66 Jahren.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause in Str. Werderstraße 62,  
aus statt.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Gr.-Lichterfelde.**  
Sonabend, den 30. März, ver-  
starb unsere Genossin

**Alice Schaedel**  
geb. Kraus  
im Alter von 43 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 2. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle Ost, Langestraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter

**Karl Petsch**  
am 28. d. Mts., im Alter von  
28 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 1. d. Mts., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Anadenfriedhofes, Barfußstraße,  
aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Drochsen-  
führer

**Otto Buch**  
am 29. d. Mts. im Alter von  
99 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 2. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes in Schöneberg,  
aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 29. März unser Mitglied,  
der Kollege

**Adolf Doll**  
(Bezieht Gesundheitsamt)  
im Alter von 38 Jahren ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 2. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Kirchhofes,  
Prinzessallee aus statt.  
192/9  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler

Am Sonnabend, den 30. März,  
vormittags 10 1/2 Uhr, verschied  
nach langem, schwerem Leiden  
mein lieber Mann, unser guter  
Vater, Schwieger- und Großvater,  
der Gastwirt

**Franz Spichalla**  
im 62. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetriibt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Berlin, Stromstr. 60, 30. März 1912.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Zentral-Friedhofes, Friedrichs-  
felde, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß nach langen schweren  
Leiden meine untergehlige Frau  
und gute Mutter

**Emma Winter geb. Paul**  
im 26. Lebensjahre sanft ent-  
schlafen ist.  
Dies zeigt tiefbetriibt an  
**R. Winter.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes, Stubenrauch-  
straße, aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters, Sohnes und  
Enkels

**Hermann Schmoi**  
sprechen wir allen Freunden und Be-  
kannnten sowie dem Lotterieverein  
„Karl Wüst“ und den Kollegen der  
Firma H. D. G. unseren herzlichsten  
Dank aus.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme und Kranzsenden bei der Be-  
erdigung meiner lieben Tochter, unserer  
lieben Schwester und Schwägerin

**Charlotte Seeger**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere den  
Kollegen und Kolleginnen der Firma  
Dr. Max Levy unseren innigsten  
Dank.

**W. Seeger und Söhne.**  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzsenden bei der  
Beerdigung unserer lieben, untergehl-  
lichen Tochter und Schwester

# Wohlbehagen



empfindet jeder auf Continental Gummi-Absätzen.  
Erschütterungen des Körpers vermindert. Angenehm  
weicher, elastischer Gang. Dauerhafter als Leder.  
Fordern Sie daher stets von Ihrem Schuhmacher

## Continental Gummi-Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen  
und Schuhgeschäften.

Schweimer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. W.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Kant III, 2438.

**Achtung!** 50/14  
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees  
und Saalinspektoren unseren

### kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Diefelbe ist für das 2. Quartal blau und muß  
mit dem Verbandspstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

# Wenn der Frühling kommt!

Wir empfehlen große Vorräte gebrauchter Wollstoffe, Paletots und Mäntel, 100. Wollstoffgarde für jede  
Figur (auch für ältere Herren) passend auf Lager. Viele Sachen sind teils in feinsten Wertstoffen (einzelne auf  
Sonder) gearbeitet. Früherer Ankaufspreis bis 100 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neu

Herrenanzüge	9.- 12.- 16.- 20.- M.	Gehrockanzüge	18.- 21.- 24.- 28.- M.
Paletots u. Mäntel	8.- 12.- 16.- 18.- M.	Furthenanzüge	7.- 10.- 12.- 15.- M.
Modanzüge	12.- 16.- 19.- 22.- M.	Herrenhosen	2.- 3.- bis 6.- M.

Verteilung von eleganten Frack- u. Gesellschaftsanzügen.  
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116,  
an der Androssstraße. 2. Geschäft: Chausseestr. 80.  
3. Geschäft: Jägerstr. 11.

# Möbel

auf  
**Teilzahlung**

Spiegelschränke Anz. 5 M. an  
Bettstellen Anz. 4 M. an  
Kleiderschränke Anz. 5 M. an  
Vertikos Anz. 8 M. an  
Küchenschränke Anz. 5 M. an  
etc. etc.

Abzahlung 1 M. an  
Zimmer-Einrichtung  
Anzahlung 10 M. an

## Wittkopp

Rosenthaler Str. 88  
vis-à-vis Neuschönhauserstr.

## Albessnierz- Pumpen

zum Selbstausstellen für  
Gartenbesitzer u. Lauben-  
kolonisten von 8 M. an  
Flügelpumpen,  
Gartenströme,  
Filter, Röhren,  
Schläuche usw. billigst.  
Erdböhrer leihweise.

**Karl Köchlin & Co.**  
Berlin SW.,  
Alte Jakobstr. 20/22  
(IV 1678.)

Meine Wohnung befindet sich jetzt  
**Brunnenstr. 126/127 r.**  
Ede Straßender Straße.  
**Dr. Lachmann,**  
Gold-, Rufen-, Chrenarzt.

Auch Teilzahlung!

Nur  
**Möbel-Misch**  
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Stempel-Modell  
von 2<sup>1/2</sup>

**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Oranienstr. 142.  
Liefert schnell und  
billig alle Arten  
Stempel  
in bester  
Ausführung.  
Kautschuk-Typen „Perfekt“  
zum Aufstempeln einzelner Wörter  
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

## Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.  
Ohne Jodtint die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Ganzheitskraft.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-  
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Wer  
sein Geld  
liebt, kauft  
nur  
**Kn'**  
Fabrik-Märke.  
und  
mit  
dieser  
Es sind die haltbarsten seit 1873.

## Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58  
unweit der Kaiserstraße.

### Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche:  
Mark 15 30 50 75  
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne  
**Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer**  
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke  
von 5 M. Anzahlung an.

Größte Rücksicht bei  
Krankheit und Arbeits-  
losigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
resp. nach Uebereinkunft.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

## Steppdecken

### Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

Steppdecken in voller  
Bettgröße

Similiseide (Seldenerstz.)	in den Farben	5 <sup>25</sup> bis 21 <sup>00</sup>
Wollatlas	blau, oliv	9 <sup>00</sup> bis 27 <sup>00</sup>
Similiseide (doppel-seitig)		8 <sup>25</sup> bis 25 <sup>00</sup>
Dauendecken		25 <sup>00</sup> bis 125 <sup>00</sup>
Schlafdecken		2 <sup>50</sup> bis 48 <sup>00</sup>

**Spezial-Katalog**  
650 Abbildungen gratis u. franko.

Elegante  
**Herren-Moden**  
fertig u. nach Maß  
von 1 Mark  
wöchentliche Teilzahlung.

**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75  
Eingang Tilsiter Straße

## Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Mäntel, Paletots,  
Damenkostüme Mtr. 3.- 4.- 6.- M.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis d.  
Kaiserliche.

**Kleine Zigarrenfabrik**  
mit oder ohne Inventar, frankeis-  
halber zu verkaufen. 12 Arbeiter,  
mit guter Stundsch. Anzahlung 4000  
bis 7000 M., günstig für Verkäufer;  
erbaut 1900. **Max Endig.**  
Wintersdorf S.-A. 88054



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartei nach den Ribbersdorfer Stallbergenstatt. Abfahrt früh 8 Uhr vom Schlesischen Bahnhof bei Ecker.

NB. Am selben Tage machen die Genossinnen eine Fußpartei. Treffpunkt früh 9 1/2 Uhr in Tegel, Endstation der Straßenbahn.

Rechtsk. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Wittenburgs Bürgerkäse, Bergstr. 147, die öffentliche Wählerversammlung für die zweite Wählerabteilung statt.

Mt-Glied. Der Frauenleserabend fällt der Feiertage wegen aus. Die Mitgliederversammlung findet erst am Mittwoch, den 17. April, statt.

Spandan. Am Mittwoch, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kobergh, Wismarstr. 8, der letzte Vortrag des Genossen B. Bied-Verlin über: Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts statt.

Potsdam. Am Mittwoch, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Saale Kaiser-Wilhelm-Strasse 88. Tagesordnung: Raifeier.

Berliner Nachrichten.

Der große Frühjahrszug gab am Sonntag dem Berliner Straßenbilde die bekannte Möbelwagen-Signatur. Obwohl in den Morgenstunden die Himmelsschleusen sich zu öffnen drohten, kamen auch die Tausende, die sich keinen geschlossenen Volkwagen leisten können, mit ihrem oft an Gerümpel erinnernden Wohnwagen zum Glück unter Dach und Fach.

Ordnung für Arbeiter. Der deutsche Handelsrat hat sich bewegen gefühlt, beim preussischen Handelsminister dahin vorstellig zu werden, daß die Regierung jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf gemeinnützige Tätigkeit und auf leitende Stellung im Betriebe des Allgemeinen Ehrenzeichens für würdig erachtet, wenn er eine angemessene Anzahl von Jahren dem Unternehmer seine Dienste geleistet, sich tadellos und vorbildlich geführt habe.

Die Arbeiterbewegung genügt es, ihre Pflicht zu tun. Für diese treue Pflichterfüllung erstrebt und verlangt sie vom Staate keine Ordensdekoration, die gleichbedeutend damit ist, daß man dem Arbeiter Steine statt Brot reicht. „Arbeiter“ vom Schlage der Giesberts, Brust und Konforten werden nach einer Ordensauszeichnung, die zur Belohnung für die „tadellose und vorbildliche Führung“ beim Bergarbeiterstreik wohl nicht lange auf sich warten lassen wird, mit allen zehn Fingern greifen.

Die Woltersdorfer Schiene erhält elektrische Bahnverbindung mit dem Bahnhof Mahndorf. Wie wir dem Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 29. v. M. entnehmen, ist die Genehmigung zum Bau der Bahn von der Regierung bereits erfolgt und plant die Gemeinde Woltersdorf, unzugänglich mit den Bauarbeiten zu beginnen, damit im Herbst dieses Jahres der Betrieb eröffnet werden kann.

Ein Lehrerprotest.

Unter dieser Überschrift berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ vom Ergebnis der Hauptversammlung der „Vereinigung positiver gerichteter Lehrer und Lehrerinnen für Berlin und Umgegend“, die zu dem sozialdemokratischen Flugblatte an die Eltern der Arbeiterjugend, das kürzlich in Groß-Berlin verbreitet worden ist und von dem die Vereinigung „mit Schmerz und Entrüstung Kenntnis genommen hat“, Stellung nahm.

Die Vereinigung positiver gerichteter Lehrer und Lehrerinnen für Berlin und Umgegend muß eine ganz neue Gröndung sein, da sie in dem letzten vom Berliner Lehrerverein herausgegebenen „Verzeichnis der Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen“ für das Jahr 1912, das alle Lehrervereinigungen enthält, nicht genannt ist. Sie

hat sich offenbar zur Aufgabe gemacht, das Spiel vom schwarzen Mann aufzuführen, mit der Aenderung, daß es nun heißt: Wer fürchtet sich vor dem roten Mann? Außerdem scheint die Vereinigung als Gewissen des großen liberalen Berliner Lehrervereins fungieren zu wollen, der in dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ rüchtig eindringlich belommt, weil er statt gegen die Sozialdemokratie gegen einen Zentrumsgewählten protestiert hat.

Berlin hat bis auf einen Wahlkreis nur sozialdemokratische Abgeordnete in der letzten Reichstagswahl durchgebracht und auch in dem einen Wahlkreis hat die Sozialdemokratie formell gesiegt. Es ist also anzunehmen, daß die Berliner Volksschulen zu einem großen Teile von Kindern sozialdemokratischer Eltern besucht werden. Daß dies von irgendeinem Nachteil auf das Verhältnis zwischen Schule und Haus gewesen ist, kann keineswegs behauptet werden bis auf die Fälle, in denen Ungehörigkeiten tatsächlich vorgekommen sind, die auch von politisch andersgesinnten Eltern und Zeitungen nicht ungerügt gelassen waren.

Schule und Lehrer dürften am wenigsten Ursache haben, sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Schule und der Lehrerschaft zu beklagen, denn die Sozialdemokratie ist bisher noch immer am entschiedensten für jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Volksbildung eingetreten und hat noch immer auch für petuniäre Verbesserung der Lehrer gestimmt. Es liegt der Sozialdemokratie ganz fern, der Schule irgendwelche Schwierigkeiten in Ausübung ihrer Tätigkeit zu bereiten, sofern sie sich an die ihr verfassungsmäßig zukommenden Aufgaben hält und ihre Aufgaben und Befugnisse nicht überschreitet. Das geschieht aber häufig genug, weil man die Schule auch zu andern als Bildungszwecken zu mißbrauchen sucht. Demgegenüber darf man sich nicht wundern, wenn dann sich die Sozialdemokratie ihrer Haut wehrt. Es gilt hier gleiches Recht für alle.

Der Gemeinnützige Verein für Milchhandlung zu Berlin schreibt uns zu unserer Notiz über seinen Ausschank in der Krausen-Lasse der Kaufleute:

Die beiden Verkäuferinnen dort haben wochentäglich von 8 bis 3 Uhr Dienst, an Sonn- und Feiertagen sind sie frei. Ihre Arbeit ist leicht und kann auch von älteren, anderer Arbeit nicht mehr gewachsenen Frauen ausgeführt werden. — Sie verdienen damit im Januar 57,50 M., bezw. 61,00 M., im Februar 56,85, bezw. 58,25 M., d. h. durchschnittlich an jedem Arbeitstage 2,34 M. Das ist für siebenstündige, ungelernete, leichte wirtschaftliche Arbeit ein guter Lohn, der nicht im entferntesten erreicht wird bei siebenstündiger angestrengter Maschinenarbeit oder Fabrikarbeit. Verkäuferinnen haben sonst bei täglich zehnstündiger, Sonnabends elfstündiger Arbeit ein Durchschnittseinkommen von 60 bis 70 M. Aufwärtlerinnen, die meist den schwersten Teil der Hausarbeit leisten müssen, verdienen bei siebenstündiger Arbeit (2 Aufwartstellen, keine Sonntagsruhe) kaum so viel.

Die eine der beiden in Rede stehenden Verkäuferinnen ist infolge eines Beinleidens nicht voll erwerbsfähig; wo würde sie täglich durch siebenstündige Arbeit regelmäßig 2,34 M. verdienen? Die andere schneidert am Nachmittag daheim, da ihr Dienst ja um 3 Uhr schon endet. Die Verkäuferinnen erhalten auch die Schürzen kostenlos geliefert, deren Wäsche der Verein bezahlt. Erwähnt sei auch, daß wir alle unsere Verkäuferinnen zu Mitgliedern einer Krankenkasse machten, was — infolge der bekannten Lücke im Gesetz — den Wohlfahrtsunternehmungen sonst nicht möglich ist.

Der Verein hat, wie er schreibt, bei den niedrigen Verkaufspreisen seiner Waren — das Glas Milch oder Skatol 5 Pf., die Tasse Kaffee oder Bouillon mit Brötchen 10 Pf. — in den drei Jahren seines Bestehens allein für seine Kasse einen Zuschuss von fast 100 000 M. bedurft.

Automobilunglück bei Lehlin. Ein folgenschweres Automobilunglück, bei dem der 28 Jahre alte Diplomingenieur Helmuth Wolf von den Siemens-Schuckertwerken am Konradsdamm seinen Tod fand, ereignete sich Sonntagmorgen kurz nach 2 Uhr auf einer Chaussee bei Lehlin. Außer Wolf verunglückten noch der Chauffeur des Wagens und der 27jährige Diplomingenieur Junf aus Neubabelsberg so schwer, daß sie im Krankenhaus Aufnahme finden mußten. Das Unglück geschah dadurch, daß das Automobil beim Nehmen einer Kurve gegen einen Chausseebaum fuhr. Der Wagen ist vollständig zertrümmert. Im einzelnen wird uns hierzu noch folgendes gemeldet:

Der Diplomingenieur Wolf, der Sohn des in der Hubertus-haber Straße 80 in der Kolonie Grunewald wohnenden Rentiers Wolf, hatte sich erst vor kurzem ein neues Automobil angeschafft. Er hatte den 21 P. S.-Wagen selbst ausprobiert und wollte am Sonntag die erste Vergnügungsfahrt nach Plaue hinter Brandenburg unternehmen. An der Fahrt, die gegen 11 Uhr vormittags angetreten wurde, nahm neben dem Chauffeur Fritz Weisleder auch ein Freund von Herrn Wolf, der Diplomingenieur Junf aus Neubabelsberg teil. Kurz vor Lehlin geschah dann das Unglück. Der Wagen raste an einer Kurve mit bestiger Gewalt gegen einen starken Baum, so daß die drei Insassen in weitem Bogen heraufgeschleudert wurden. Das Automobil selbst überflieg sich. Als die Verunglückten aufgefunden wurden, war einer von ihnen, der Diplomingenieur Wolf schon gestorben. Er hatte sich bei dem Sturz das Genick gebrochen. Der Diplomingenieur Junf hatte einen Oberschenkelbruch und erhebliche Verletzungen am Unterleib davongetragen und der Chauffeur Weisleder zeigte Wunden an den Händen, am Kopf und an den Beinen. Alle drei Personen wurden nach dem Kreiskrankenhaus in Lehlin gebracht. Hier verschlimmerte sich das Befinden des Chauffeurs bedeutend und er begann, wirre Reden zu führen. Der Diplomingenieur Junf wurde am Abend von einem Krankenwagen abgeholt und nach Berlin in die Privatklinik von Geheimrat Körte geschafft. Sein Befinden gibt zu Bedenken Anlaß. Der Rentier Wolf hat sich nach Lehlin begeben, um die Leiche seines Sohnes zu holen.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die Kriminal-polizei. Als die Pfürnerfrau des Hauses Wüdenstraße 15/16 gestern morgen den Hausflur reinigte, fand sie auf einem Treppena-bfach ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Mädchens enthielt. Wie es dortin gefunden war, ließ sich noch nicht feststellen. Die Leiche, die beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht wurde, war in Zeitungspapier eingewickelt.

Die Heberschwemmung der Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt-Leipziger Platz ist beseitigt. Am Sonntagabend ist es geglückt, auch aus dem Bahnhof Hansvoigtplatz das letzte Wasser herauszu-pumpen, nachdem im Laufe des Sonntags auch die anschließenden Strecken trocken gelegt waren. Der am tiefsten liegende Bahnhof am Hansvoigtplatz zeigte noch am Sonntag früh einen durch-schnittlichen Wasserstand von 1 Meter. Die Feuerwehre hatte un-terbrochen in der Nähe des Hansvoigtplatzes arbeiten lassen. Da aber das Wasser nur sehr langsam zurückging, wurde eine liegende Lokomotive zum Treiben einer Kreiselpumpe montiert, die aber „streifte“, so daß eine stehende herangeholt werden mußte, die in der Taubertstraße in Tätigkeit trat, und nun ließ das Wasser aus 5 Pumpen emporgesaugt aus dem Tunnel am Hansvoigtplatz mit einer Geschwindigkeit von über 10 000 Liter in der Minute in die Kanalisation. Abends um 8 Uhr konnte die Feuerwehre, die wieder geschloffen hatte, wieder abrücken, und bald darauf ließ das Wasser nach. Sofort begann das große Reinemachen. Arbeiter mit Schrubber und Besen, Wasser und Gießkannen erschienen auf der Straßfläche. Heberall wurde gespritzt, geschoffen, gescheuert, gesep-t und poliert. Dazwischen arbeiteten Kontenre an den Schäl-

vorrichtungen, Signalen, Nabeln usw. Der Betrieb der Untergrund-bahn dürfte dieser Tage wieder aufgenommen werden.

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt seit einigen Tagen die Kriminalpolizei. Zu den Mädchen, die in der Gegend des Nordbahns nördliche Bekanntschaften suchen, gehörte auch eine 35 Jahre alte Anna Schenke aus der Schönwalder Straße 8, die in jenen Kreisen die „Schlesische Elfe“ genannt wurde. Diese be-suchte in der Nacht zum Sonntag vor acht Tagen mit zwei Freun-dinnen, einer gewissen Höpfer und der „blonden Grete“, eine Schankwirtschaft in der Linienstraße und verließ sie kurz vor 2 Uhr allein mit einem fremden Manne, der um 1 Uhr dort eingekehrt war. Den Sonntag über hörten ihre Bekannten nichts von ihr. Am nächsten Morgen fand man sie im Nordhafen als Leiche wieder. Die Kreise, die die Ertrunkene kennen, glauben weder an einen Selbstmord noch an ein Unglück. Wie sie sagen, war das Mädchen immer guter Laune und auch in jener letzten Nacht in bester Stim-mung. Sie vertrat sich sehr gut mit ihrem Geliebten, dem „schwarzen Artur“, einem Manne, der bei den Schiffen arbeitet, und hatte keine Sorgen. In der Nacht zum Sonntag war sie auch nicht beirurtet, wie es sonst auch wohl einmal vorkam, so daß an ein Unglück nicht gut zu denken ist. Es wird deshalb mit der Möglichkeit gerechnet, daß die „Schlesische Elfe“ von jenem unbe-kannten Manne ins Wasser geworfen worden sei, vielleicht nach einem Streit. Die Kriminalpolizei ist bemüht, die Angelegenheit aufzuklären, hat aber bis jetzt noch keinen weiteren Anhalt für ein Verbrechen gefunden. Der unbekannte Begleiter des Mädchens ist etwa 27 Jahre alt, ziemlich groß und kräftig, hat einen kleinen, blonden Schnurrebart und trug dunkle Kleidung und einen schwarzen steifen Hut.

Drei Schüler verschwunden. Nach Meldungen, die gestern vor-mittag gemacht wurden, werden drei höhere Schüler vermißt, und zwar der 18jährige Realschüler Wilhelm Dahle aus der Karl-straße in Berlin, der Gymnasiast Erich Ruch aus der Gohrdener Straße in Wilmerdorf und der Obersekundaner Walter Albrecht aus der Fregestraße in Friedenau. Die Ursache ist in allen drei Fällen die gleiche. Die Jungen hatten schlechte Oberganzuren beim-gebracht. Ob sie sich das Leben genommen haben, ist noch nicht ermittelt.

Der 16jährige Wilhelm Dahle brachte am Freitag eine schlechte Jenur nach Hause, und es wurden ihm deshalb von seinem Vater hereditäre Vorwürfe gemacht. Jemandem Einfluß auf die Zukunft des jungen Menschen hatte die Jenur nicht. Am Sonn-abend verstand der junge Mensch plötzlich und kehrte in die elter-liche Behausung nicht mehr zurück. — Der Obersekundaner Walter Albrecht war nicht verfehlt worden. Ohne seinen Eltern heroon Mitteilung zu machen, verschwand er plötzlich und gab schriftlich Nachricht, daß er sich entschlossen habe, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. — Auch der Schüler Erich Ruch soll sich wegen der ihm gemachten Vorhaltungen über die schlechte Jenur vom elter-lichen Hause in der Absicht entfernt haben, Selbstmord zu begehen.

Das Opfer eines Lüftlings wurde, wie wir vor einiger Zeit berichteten, ein Knabe aus der Oberfelder Straße. Unter den Linden sprach ihn ein Mann an, lockte ihn mit nach dem Grunewald hinaus, ging dort mit ihm nach längerer Wanderungen in eine Schöpfung, berging sich an ihm und ließ ihm dann sein Messer in die Brust. Der verumündete Knabe, der sich unter Aufsicht seiner ganzen Kraft befreite, konnte den Unhold so genau be-schreiben, daß es vorgezogen gelang, ihn in der Passage unter den Linden festzunehmen. Der Verhaftete, der namentlich an einem linken Loh unter dem linken Rachenflügel und einer Spaltung der Oberlippe kennlich war, legte vor der Kriminalpolizei ein Ge-fändnis ab, als ihm die Tat auf den Kopf zugestimmt wurde. Er ist ein 24 Jahre alter Puroandruener aus Moabit, der Sohn acht-barer Eltern, ein noch nicht bestraffter Mensch. Der Festgenommene gibt zu, daß er sich schon seit seiner Knabenzeit mit anderen Knaben vergangen habe. Zu der Untat im Grunewald will er durch einen Traum gekommen sein, in dem er gesehen habe, wie ein Mann einen mißtrauenden Knaben mit dem Messer stach. Dieses Traumbild, sagt er, habe ihn nie wieder verlassen. Selbst im Wachen sei es ihm oft vor die Augen gekommen, und jedesmal habe er sich daran aufgeregt. Auch im Grunewald habe es sich wieder eingestellt und so stark auf ihn eingewirkt, daß er das Messer ge-zogen und den Knaben gestochen habe. Auch aus Zeichnungen, Bil-dern und Briefen, die man bei dem Verhafteten fand, geht hervor, daß er ein durch und durch krankhaft betanlagter Mensch ist. Schmutzige Zeichnungen, die scheinbar laienmäßige Vorgänge wieder-geben, entstrangen lediglich seiner Phantasie, ebenso die Namen und die Zeitangaben, mit denen er sie verjah. Die ebenso schmutzigen Briefe schrieb er selbst an sich postlagernd. Mehr als die Strafbehörden noch, werden sich mit dem jungen Ranne wohl die Ärzte befassen. Wahrscheinlich wird er dauernd in einer An-stalt untergebracht werden müssen.

Aus den Kreisen taubstummer Parteigenossen wird uns mit-geteilt, daß ein „Taubstummer-Spar- und Lotterieverein „Vor-wärts“ Karten zu einem Preislegen betreibt, zu dem Frede, von dem Erbs armte Kinder und Frauen von Parteigenossen zu unterstützen. Uns wird nun berichtet, daß in diesem Verein auch nicht eine Person sich befände, die politisch organisiert ist. Aus diesem Grunde hat die Taubstummensektion der sozialdemokrati-schen Wahlvereine Groß-Berlins ein Schreiben an den Vorstand des genannten Vereines gerichtet, in dem auf den Umstand der Nichtzugehörigkeit der Verantwortlichen zum Wahlverein hingewiesen und ersucht wird, sich darüber zu äußern, da der Zweck der Geld-verwendung nur vorgeläufigt werde. Eine Ausweisung ist daraufhin nicht erfolgt. Es wird deshalb auf den Vertrieb dieser Karten zu dem am 21. April stattfindenden Preislegen besonders aufmerksam gemacht und Voricht empfohlen.

Eine Familientragödie spielte sich am Montagmorgen in im Hause Sprengelstraße 44 ab. Der dort im Vorderhause zwei Treppen wohnhafte Nachtwachmeister E. Wehrlich verließ nach einem Streit mit seiner Ehefrau, diese und sich selbst durch Revolverkugeln zu töten. Mann und Frau wurden in schwerverletzten Zustande nach dem Krankenhaus geschafft. Kinder sind nicht vorhanden.

Für die Eltern schwachbeiniger und geistig eigentümlicher Mädchen beginnt eine Zeit der Sorge, sobald die Kinder aus der Schule entlassen werden, und die Frage entsteht: Was soll nun aus ihnen werden? Die Stadt Berlin bemüht sich seit mehreren Jahren, diesen Eltern die Sorge um ihre Kinder etwas zu erleichtern, und zwar dadurch, daß sie für die schwachbeinigen schulenlässigen Mädchen eine besondere Fortbildungsschule einrichtete. Diese städtische Fortbildungsschule für schwachbeinige Mädchen befindet sich Brunnenstr. 188, hat also eine zentrale Lage und ist von allen Richtungen leicht und schnell zu erreichen. Die Schule wurde im vergangenen Winterhalbjahr von 120 Schülerinnen besucht, darunter befanden sich ehemalige Pfäferschülerinnen, aber auch körperlich schwächliche, durch Krankheiten in den Schulkenntnissen und Fertigkeiten aufgehaltene und darum etwas zurückgebliebene, und endlich feilsch eigentümliche und schwer erzogene Mädchen, die früher die unteren Normalklassen der Gemeinde- und höheren Schulen besuchten. Alle diese jungen Mädchen bedürfen auch nach der Schulentlassung einer Behandlung, die auf ihre langsame Ent-wicklung und Eigenart sorgfältig Rücksicht nimmt. Der Unterricht dieser Schule setzt darum da ein, wo das Kind in seiner Bildung stehen geblieben ist. Die Unterrichtsstoffe werden in einer der Eigen-art der Kinder angepaßt, einfachen, leichtverständlichen Art be-handelt. Die Schule organisiert sich in drei aufsteigenden Klassen und bildet nicht nur die rein geistigen Kräfte der Kinder durch den Deutsch- und Rechenunterricht aus, sondern auch ihre Handgeschicklichkeit durch weibliche Handarbeit, Hauswirtschaft und Turnen. In der weiblichen Handarbeit wird Seiden, Striden, Häkeln, Hand-

und Maschinennähen und Strickmaschinenreihen geleitet. Der gesamte Unterrichtsstoff ist auf das Praktische gerichtet. Jede Klasse vereinigt nur wenig Schülerinnen, so daß sich die Lehrkräfte jedem einzelnen Kinde eingehend widmen und es seinen Eigenarten entsprechend behandeln können. Aber die Schule läßt sich auch die Erziehung und die Ausbildung der Kinder im gesellschaftlichen Verhalten angelegen sein und steht den Kindern in wirtschaftlichen und allen anderen Angelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite. Viele Mädchen verdanken ihr nach der Entlassung eine Arbeitsgelegenheit, in der sie verständnisvolle und freundliche Behandlung finden. Zur Pflege des Gemüts trugen die Ausflüge, Besichtigungen, Theaterbesuche und Schulfeste bei. In jedem Jahre werden 10 bis 12 schwächliche Schülerinnen in einer eigenen Ferienkolonie der Schule 4 bis 6 Wochen an die Ostsee geschickt. Das Sommerhalbjahr beginnt am 12. April. Die Teilnahme an sämtlichen Fächern ist unentgeltlich. Anmeldungen werden Dienstag und Freitag von 5 bis 6 Uhr, Brunnenstr. 186, Schulhaus, angenommen. Durch den Leiter der Schule, Rektor A. Ruch, wird daselbst den Eltern, die um die Erziehung und Weiterbildung ihres Kindes Sorge tragen, gern pädagogischer Rat erteilt.

**Selbstmordversuch im Stadtbahnzug.** Ein aufregender Vorgang hat sich gestern am Spätnachmittag auf der Stadtbahn zugetragen. Zwischen den Stationen Wedding und Gesundbrunnen jagte sich in einem Nordringzug ein junger Mensch vor den Augen der entsetzten Fahrgäste zwei Revolverkugeln in die Schläfe. Der Lebensmüde brach zusammen und stürzte vom Sitz herunter. Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen wurde er aus dem Abteil herausgeholt und nach der Unfallstation Waidstraße gebracht. Von dort schaffte man den Lebensmüden, dessen Zustand hoffnungslos ist, nach dem Virchow-Krankenhaus. In dem Selbstmordkandidaten ermittelte man den 19-jährigen Kaufmann Franz Köhler, Stettiner Str. 63, wohnhaft. Neben die Motive verweigerte der junge Mensch hartnäckig jegliche Auskunft.

Beil er nicht ins Irrenhaus wollte, hat sich der 29 Jahre alte Arbeiter Albert Wessel aus der Streifher Str. 15 durch einen Sprung aus dem fünften Stock das Leben genommen. Wessel sprang abends um 10 Uhr, nur mit dem Hemd bekleidet, auf die Straße hinab. Ein Bruder des Hauswärters, der ihn mitüberwachte, sah ihn noch am Hemde, als er sich zum Fenster hinauswarf. Das Hemd riß jedoch und Wessel stürzte auf den Bürgersteig, wo er tot liegen blieb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

**Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.** Die letzte Unterrichtsstunde in Redeibung (Grunwald) findet statt am Dienstag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr im Schullokal.

Bei der Augenweiche der „Freireligiösen Gemeinde“ am Sonntag, den 31. März, ist ein Kompadour und ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei Harndt, Pappelallee 15/17.

Eine braune Brieftasche ist in Niederschöneweide-Johannisthal, und zwar auf dem Wege vom Parkrestaurant in Johannisthal nach dem Lokal „Waldhaus“ in Niederschöneweide verloren gegangen. Sie enthält u. a. ein Mitgliedsbuch des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, sowie einige Visitenkarten, beides lautend auf den Namen Adolf Heidrich, und einen Wechsel, der sehr wichtig und sehr eilig ist. Abzugeben bei Heidrich, Friedrichsfelde, Waldsee-straße 61a.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglitz.

110 Prozent Einkommensteuerzuschlag. Wogegen man sich noch im Vorjahre mit Händen und Füßen gestraubt hat, das wurde am Freitagabend in der Etatsberatung beschlossen. Aber damit allein war das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe noch nicht hergestellt. Auch die Abfrische in Höhe von rund 190 000 M., die der Finanzausschuß vorgenommen hatte, genügt nicht. Erst durch Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, der Hundesteuer und des Schulgeldes an der Realschule und der höheren Mädchenschule gelang es, eine notdürftige Balance zu schaffen. Aber auch nur eine notdürftige, denn keiner der Mitwirkenden verhehlte sich wohl, daß es ohne bedeutende Nachbesserungen nicht abgehen würde. Die bürgerlichen Vertreter suchten sich gegenseitig damit zu trösten, daß es ja der Gemeinde Steglitz nicht allein so schlecht gehe und verklärten ihren unabänderlichen Willen zur Sparsamkeit. Genosse Ahmann bemängelte die ganze Aufstellung des Etats. Aus der Tafel sah, daß 180 000 M. gestrichen worden seien, und zwar im Einverständnis mit dem Gemeindevorstand, teilweise sogar auf dessen Vorschlag, müßte man schließen, daß die Aufstellung wenig gewissenhaft erfolgt sei. Wenn zum Beispiel die Kosten für Heizung allein um 20 000 M. ermäßigt wurden, so muß man sich doch fragen, für welche Zwecke wurde bisher das ersparte Geld verwendet. Ebenso unverständlich ist es, daß im Etatentwurf für Stauböl pro Schule 900 M. gefordert wurden und der Gemeindevorstand im Etatsausfluß schließlich erklärte, daß man auch mit dem Betrag von 800 M. auskomme. Das macht bei vier Schulen 2400 M. aus, was bisher entweder verschwendet oder ebenfalls für andere Zwecke verwendet worden ist. Es sind übrigens noch mehr Posten im Etat, bei denen gespart werden kann. So erhält der Gemeindevorstand für Reisen im Vorortverkehr eines Kaufmanns von 1000 M. jährlich, eine ganze Anzahl anderer Beamter für den gleichen Zweck Beträge von 200 bis 500 M. Es dürfte außer Steglitz wenige Gemeinde geben, die so generös sind. Das System der Nebeneinnahmen ist überhaupt auf fast alle Gemeindebeamte ausgedehnt. Bei den niedrigsten, den Nachwächtern, hat man jetzt begonnen, damit zu brechen, ihnen hat man die Nebeneinnahmen genommen. Das man die ursprünglich geforderten 1000 M. für die Jugendpflege auf 500 M. herabgesetzt hat, ist lobenswert, genügt aber nicht. Die Tatsache, daß der Gemeindevorstand dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Jugendpflege übertragen will, zeigt deutlich, was geplant ist. Beim Etat der Garten- und Friedhofverwaltung kritisiert Genosse Ahmann das Verhalten des Friedhofinspektors bei Begräbnissen, an denen kein Vorkauf mitwirkt, und verlangt Abhilfe gegen die eigenmächtige Parkungsweise des Herrn. Weiter protestiert er gegen die Anwesenheit von Kriminalbeamten bei derartigen Begräbnissen. Auch die Behandlung der Gemeindegeldbesitzer und ihre Arbeitsverhältnisse bespricht er ausführlich. Wenn man den organisierten Arbeitern immer Terrorismus vorwerft, so hätten die letzten Gemeindevorstandswahlen gezeigt, wie wirklich terroristische Kolonnenweise wurden die Gemeindegeldbesitzer zu den Wahllokalen geführt, um dort für die Reichsverbandskandidaten zu stimmen. Verschiedene Gemeindegeldbesitzer hätten ihm erklärt, daß sie gegen ihre Ueberzeugung hätten wählen müssen, um ihre Stellung nicht zu verlieren. Wie eine Sammelherde zur Schlachtbank, so seien sie zur Wahl geführt worden. Auch sonst lasse die Behandlung durch einzelne Vorgesetzte viel zu wünschen übrig. Väterlich wirkte es, daß die Straßenreinigung vor dem Vorgehen stamm sehen müßten mit Wespem bei Fuß. Rigoros sei es, Arbeiter, die sich um 10 Minuten verspäten, wieder auf 2 Stunden nach Hause zu schicken und sie so mit dem Verlust von zwei Stunden belohnen zu bestrafen. Es werde allerdings behauptet, daß es auch Ausnahmen gäbe. So soll z. B. der Oberfeuerwehmann Liefke, der nebenbei mit Bier und Zigarren handelt, seine „Stunden“ weniger rigoros behandeln bei Rußpfortkommen. Die Vermessungsgesellschaften hätten oft 10—12 Std. Dienst ohne irgendeine Pause. Für die geringfügigsten Vermessungen würden Abzüge gemacht, die sogar auf Grund des Verzeichnisses gesetzlich unzulässig seien. Als im Herbst vorigen Jahres auf Antrag unserer Genossen die Stundenlöhne erhöht wurden, habe man einem Teil der Arbeiter die Arbeitszeit verfürzt und dadurch die Lohnherabsetzung illusorisch gemacht. Unter diesen Umständen sei es doch begreiflich, daß der eine oder der andere der Gemeindegeldbesitzer zu der Ansicht kommt, daß er irgend jemand brauche, an den er sich mit seinen Wünschen und Beschwerden wenden kann und von dem er auch hoffen dürfe,

daß er sich seiner annimmt. Schleicht er sich seiner Berufsorganisation an, dann treten sofort die Demunzianten, die eine Frucht des ganzen Systems sind, in Funktion. So wurde auf Anweisung des Gemeindevorstandes ein Arbeiter plötzlich entlassen, der von einem gewissen Wendt II demunziert worden war, daß er einen Kollegen zum Eintritt in den Gemeindegeldbesitz aufgefördert habe. Ahmann meinte, daß eine Gemeindegeldverwaltung, die ihre Arbeiter so behandle, keine Ursache habe, über Terrorismus zu schreiben. Zu dem Etat selbst erklärt er zum Schluß, daß er zwar im Vorjahre selber die Erhöhung des Steuerzuschlages verlangt habe, allerdings in der Erwartung, daß dann auch etwas für die Arbeiterchaft getan würde, indem soziale Einrichtungen geschaffen würden. Hierin sei er enttäuscht worden, denn fast alle unsere Anträge wurden abgelehnt. Deshalb würden wir dieses Jahr gegen die Erhöhung stimmen. — Schon vorher hatte der kommunaldemokratische Wähler dem Bürgermeister gedankt, daß er die Gemeindegeldbesitzer von hegerischen Verbänden fernhalte. Nunmehr trat der Mietervereiner Korkhaus auf, der sich offenbar ebenfalls für die Wahlhilfe des Reichsverbandes dankbar erzeigen wollte. Zunächst stimmte der Mietervertreter ein Klagegeld über die Not der Hausbesitzer an. Damit verschaffte er sich die Resonanz auf der rechten Seite für seine dann folgenden Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Endlich konnte er allerdings nichts vorbringen, und so machte er in Clownsstücken, die, genau wie im Circus, von der Galerie am meisten belacht wurden. Den Bildungsgrad des Herrn, den ein blinder Zufall auf den Posten eines Berufsvereinsdirektors gestellt hat, kann man daran erkennen, daß er in eckiger Sassenbubenmanier die Sprache unseres Vertreters Ahmann nachsätzte. Die gebührende Antwort wurde durch einen „rechtzeitigen“ Schlussantrag verhindert. Um 12 1/2 Uhr war die Etatsberatung beendet.

### Wilmerdorf-Galensee.

Vom 1. April an befindet sich die Ausgabe stelle des „Vorwärts“, Wilhelmstraße 27, Seitenflügel 1 Tr. Die Hauptexpedition.

### Schöneberg.

Eine aufregende Szene spielte sich am gestrigen Montag nachmittag gegen 2 Uhr in dem Hause Bahnhofstr. 17 in Schöneberg ab. Dort verlor der 30-jährige Student Ernst Brumm seine um 12 Jahre ältere Geliebte, die Fabrikarbeiterin Martha Purka, durch Revolvererschüsse zu Tode, wobei er sich selbst verletzete. Die Schüsse auf die Frau Purka gingen sehr und noch einmal abdrücken konnte, schlug ihm die Purka die Waffe aus der Hand, wobei der Revolver sich abermals entlad. Die zweite Kugel traf Brumm in die Hand und drang dann in den Unterarm ein. Auf die Hilferufe der Frau Purka eilten Nachbarn hinzu, welche Brumm festnahmen und ihn nach Anlegung eines Notverbandes auf das Schöneberger Polizeipräsidium brachten.

Der letzte Akt einer Liebestragödie spielte sich am Montag morgen in dem Hause Hauptstr. 10 in Klagenstraße, in der Drogerie von Oswald Schaefer ab. Der 30-jährige Verkäufer Hans Tasse, Zehlendorf, Königsstr. 13 wohnhaft, war seit einiger Zeit mit einem jungen Mädchen verlobt. In der letzten Woche hatte seine Braut das Verlöbniß aufgehoben und T. war darüber so schwermütig geworden, daß er aus dem Leben zu scheiden beschloß. Er verschaffte sich Arsenik und vergiftete sich dann im Keller des Geschäftes. Angestellte, denen das lange Ausbleiben ihres Kollegen auffiel, fanden diesen schließlich auf dem Boden des Kellers liegend auf. Trotz sorgfältiger ärztlicher Hilfe verstarb T. doch schon nach wenigen Minuten, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben.

### Wannsee.

Heute Dienstag, nachmittags von 6—8 Uhr, findet in der „Deutschen Eiche“ die Stichwahl zur Gemeindevertretung in der dritten Klasse statt. Unser Kandidat ist der Moures Wilhelm Jungermann. Arbeiter, Genossen! Sorgt dafür, daß unser Kandidat als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

### Vogelagen-Rummelsburg.

Die Gemeindevorstandswahl am Freitag bildete gewissermaßen den Schluß in der Selbstständigkeit der Gemeinde Vogelagen-Rummelsburg. Es übernahm nach dem Vereinigungsvertrag nunmehr (vom 1. April d. J.) die Lichtberger Stadterordneten gemeinsam mit den Rummelsburger Gemeindevorstellern bis zum Abschluß der statutarischen allgemeinen Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung fanden die Wahlen der vier unbesetzten Stadträte, um die der Lichtberger Magistrat vermehrt wird, statt. Gewählt wurden die bisherigen Gemeindegeldbesitzer Krotz, Reiner Lange, Eigentümer Warnstahl und an Stelle des bisherigen Gemeindegeldbesitters Kleinmann der frühere Gemeindevorsteher Rechtsanwalt Bernhardt. Nachdem noch einige kleinere Vorlagen ihre Erledigung gefunden hatten, erteilte die bürgerliche Mehrheit gegen den Einspruch unserer Genossen der Großen Berliner Straßenbahn zur Errichtung von Anschlußlinien das Monopol zur Benutzung der Romintener Straße, Simon-Dach- und Wilhelmstraße. Hierauf kam der bereits in der Mittwochsitzung verabschiedete Berliner Ostbahnenvertrag, wegen der verschiedenen von unseren Genossen im Interesse der Gemeinde durchgeführten Abänderungen, die die Ostbahngesellschaft für sie für unannehmbar bezahlet hat, zur nochmaligen Verhandlung und Beschlußfassung. So erklärte die Gesellschaft, daß die Festsetzung des Fahrpreises von 10 Pf. für 5 Kilometer und 15 Pf. für 10 Kilometer auf Grund ihrer anderen Linien undurchführbar sei — sie könne über 4 Kilometer lange Teilstrecken für 10 Pf. nicht hinausgehen. Die bürgerliche Mehrheit willigte in dieses Verlangen der Gesellschaft und hob den Abänderungsbeschuß vom Mittwoch wieder auf. Weiter erklärte die Gesellschaft, die vorgenommene Abänderung des Vertrages, daß die Gemeinde nicht verpflichtet sein soll nach Ablauf der Vertragsdauer die Bahn erwerben zu müssen, für sie vollständig unannehmbar sei; die Gesellschaft sei aber bereit, wenn die Zwangsbestimmung wieder aufgenommen wird, der Gemeinde insofern entgegenzukommen, daß der Erwerbsspreis für den Bahnkörper dann nicht wie bereits zugestanden 40 Proz. des Anschaffungswertes, sondern nur 35 Proz. betragen soll. In zweistündiger scharfer Debatte wurde heiß über diesen Punkt gestritten, Genosse John legte nochmals all die Gründe dar, nach welchen der Vertrag überhaupt nicht hätte angenommen werden dürfen und vertriet die Auffassung, daß, wenn der Vertrag nun schon einmal angenommen ist, die Vertretung aber auf keinen Fall dem Verlangen der Gesellschaft in diesem Punkte nachgeben darf. Die Debatte hat dann auch bewirkt, daß das Kinstinnen der Gesellschaft mit 18 gegen 10 Stimmen von der Vertretung zurückgewiesen wurde. Die Ostbahngesellschaft hatte dann noch das Verlangen gestellt, den Vertrag dahin abzuändern, daß der Gesellschaft auch die Benutzung des Blockdammmweges zur eventuellen Umleitung der Linienführung über den Blockdammmweg nach Oberschöneweide statt über die Köpenicker Uferstraße gestattet ist. Dieses neue Verlangen ist darauf zurückzuführen, daß Oberschöneweide der Gesellschaft nicht so ohne weiteres die Benutzung des Teils der Köpenicker Uferstraße, der zu ihrem Gemeindegebiet gehört, gestattet will. Das neue Verlangen wurde fast einstimmig abgelehnt. Hierauf brachte unser Genosse nochmals die Turnhallenangelegenheit (Verfügung der Regierung, daß der „Reinen Turnerschicht“ die Benutzung der Schulturnhallen zu entziehen ist) zur Sprache; da die Sache nicht auf die Tagesordnung stand, konnten leider gültige Beschlüsse nicht gefaßt werden. Die Gemeindevorstellung sprach sich aber dahingehend aus, daß soweit gefehliche Handhabung gegeben sei, die Verfügung im Klagenwege bis zur höchsten Instanz auszufechten werden soll. Im übrigen wurde dem Gemeindevorstand resp. Lichtberger Magistrat aufgegeben, bis auf weiteres der „Freien Turnerschicht“ die Turnhallen in der Linienstraße, wie die Turnhalle des Jahr-Realgymnasiums zur Verfügung zu stellen.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung nahm Bürgermeister Dr. Hahn in warmen Worten Abschied von der Gemeindevorstellung.

### Ober-Schöneweide.

In einer außerordentlichen Sitzung berief die Gemeindevertretung über den Abschluß eines Vertrages mit der Gesellschaft Berliner Ostbahnen. Die Verkehrscommission hatte bereits in zwei Sitzungen zu der Angelegenheit Stellung genommen, ohne zu einem Resultat zu kommen. Die Ostbahnen, welche augenblicklich mit der Gemeinde Rummelsburg in gleicher Sache verhandelt, beabsichtigt, einmal eine neue Linie über die frühere Kreischauffee durch Rummelsburg ins Zentrum von Berlin in Betrieb zu nehmen und andererseits die vorhandenen Linien zweigleisig auszubauen, in Ansehung der Tatsache, daß dem Ausbau der Linie über Treptow der Spreetunnel hinderlich ist. Der Vertragentwurf sieht dabei die Aufhebung der bereits mit der Gesellschaft abgeschlossenen Verträge vor, welche den Betrieb durch die Wilhelminenhofstraße über die Treptowbrücke nach Karlshorst; sowie denjenigen auf früheren Kreischauffee betreffen. Maßgebend für die Beratungen war, daß der Abschluß des Vertrages mit dem 30. März vollzogen sein muß, da durch das Inkrafttreten des Zweigleisigen am 1. April eine Regelung der Bahnfragen nach diesem Zeitpunkt nur noch durch diesen erfolgen kann. Die Genossen Kuhl und Grunow begründeten den Standpunkt unserer Vertreter dahingehend, daß an die Behandlung solcher Probleme nur in der Weise herangegangen werden könne, daß eine Verständigung der beteiligten Gemeinden herbeigeführt würde; hier wolle man in erster Linie das Interesse der Gesellschaft ab, noch rechtzeitig Modalitäten zu schaffen, unter denen dann später der Zweigleisigen mit ihr betreffs Uebernahme zu verhandeln habe. Auf keinen Fall könne die Gemeinde in die Bindung willigen, die dahingehende, in den Jahren 1930 oder 1940 die gesamte Bahnstrecke übernehme zu müssen, ohne die Gewähr zu haben, daß zu diesem Zeitpunkt bei Ablauf der Verträge mit den anderen Gemeinden der Betrieb in seiner Gesamtheit geschäftlich erhalte. Die Kosten, welche für den Erwerb sowie für die jetzt notwendigen umfangreichen Straßenumgestaltungen auszubringen seien, bedeuteten eine ungeheure Belastung der Gemeinde. Die ausgedehnte Debatte ergab eine vollständige Unklarheit über die Bedeutung und Wirksamkeit des Vertrages. Herr Schöffe Feldmann wünschte die neue Linienführung durch die Kappelerstraße geleitet zu sehen. In der Abstimmung wurden die entscheidenden Paragraphen vorweg genommen. § 25, welcher die Zeitpunkte und Summen des Ankaufpreises vor Vertragsschluß regelt, wurde einstimmig angenommen, der § 26 jedoch, in dem die Verpflichtung der Uebernahme zu 1940 vorgesehen ist, abgelehnt. Da dies Ergebnis den Wünschen der Gesellschaft nicht entsprach, wurden nach unwesentlicher Debatte über weitere Bestimmungen die Verhandlungen abgebrochen, nachdem noch die für die Waldstraße von Herrn Kollenberg geforderte Befahrung seitens des Vertreters der Gesellschaft abgelehnt war.

### Nowawes.

Totenfeier. Am Sonntag, den 31. März, nachmittags 3 Uhr, fand auf dem Friedhofe an der Goethestraße die feierliche Entlassung des von der Arbeiterschaft ihrem so früh dahingekommenen Führer und Mitkämpfer Karl Gruhl in dankbarer Pietät gewidmeten Denkmals statt. Hunderte von Arbeitern, Genossen und Genossinnen waren erschienen und drängten sich um die in einen Lorbeer- und Blätterhain verwandelte Grabstätte mit dem von einer Halle bedeckten Denkmal. Nach dem vom freien Männerchor einleitend vorgetragenen stimmungsvollen Liede „Unsterblichkeit“ ergriff der langjährige Freund des Verstorbenen, der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil (Berlin) das Wort, um in schlichter, herzbelegender Rede dem Ausdruck zu geben, was alle die Hunderte, ja Tausende empfinden, in deren Mitte der tote gewirkt, gekämpft hat für die Sache des Proletariats, für das Wohlergehen der ihm aus Herz gewachsenen Gemeinde. Mit dem Liede „Ein Sohn des Volkes“ schloß die erhebende Feier. Das Denkmal, eine starke Tafel aus rotem Granit, trägt die Inschrift:

„Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst, Er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst, Er bringt Verbanntung, Hunger, Schmach und Tod, Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.“  
Ihrem  
Karl Gruhl  
\* 28. März 1862  
† 30. Juni 1911  
Die freiorganisierte Arbeiterschaft von Nowawes.\*

### Briefkasten der Redaktion.

Die jährliche Sprechstunde findet Stabendtage 69, vorn vier Treppen — Sprechst. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quader und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Generalkommission. Nach § 8 des Verbandsstatuts. — S. 2. Steglitz. Gemeindevorstand Kempelhof. — Anna Nr. 100. Das Steuerjahr reicht vom 1. April bis Ende März. Der Veranlagung zugrunde gelegt wird in der Regel das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. — W. B. 189. Ein- und Zweifamilienwohnungen müssen am 1. April im Laufe des Tages — nicht schon bis 12 Uhr mittags — geräumt werden. Die Verordnung ist all. A. S. 100. Nur zu befristeten, wenn noch angegeben wird, wo der erste Wohnsitz war. — S. 60. 1. Die Sachen erscheinen sämtlich unentgeltlich. 2. Die Anträge, die länger als 4 Jahre zurückliegen, sind verjährt. 3. Nr. 4. Rein. — W. B. 18. Klagen Sie auf Herausgabe. Der Vermittler muß seine Behauptung, daß der Vertrag fortwähre, beweisen. Sie brauchen nur die Kündigung zu beweisen. — W. B. 2. 1., 2. und 3. Es muß erst ein neues Verfahren anhängig gemacht werden. Aus der einstweiligen Verfügung, die zur Zeit, als der Scheidungsprozess schwebte, erlassen ist, kann nicht mehr vollstreckt werden. 4. Ja, soweit es sich um entscheidende Sachen handelt. — C. B. 3. 1. und 2. Erkundigen Sie sich beim Präsidium. 3. Verkauft ohne Beschränkung haltbar, falls Bewerbe gemeldet. — W. B. 9. Rein.

Zentralverband der Fleischer. Mittwoch, den 3. April, abends 9 Uhr, in der Rucker-Sälen, Rucker-Wilhelmstr. 18a: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossen Frau Klara Wehl über: „Die Fleischbeschauung der Frauen“. 2. Bericht von der Latzibewegung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Wartbericht von Berlin am 30. März 1912, nach Ermittlung des amtlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—30,00. Speisebohnen, weiße, 25,00—35,00. Erbsen, 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinh.) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schmalzfleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karfen 1,10—2,40. Kase 1,50—3,20. Jander 1,50—3,50. Heide 1,40—2,50. Sardien 1,00—2,00. Schokolade 1,60—3,20. Mele 0,50—1,40. 60 Stück Äpfel 4,00—30,00.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	31. 3.	30. 3.	31. 3.	30. 3.
Regel, Müll	497	+12	Caale, Großh.	112 0
Wesel, Unterburg	70	+29	Dabel, (Brandau?)	74 -6
Wesel, Thon	204	-10	Dabel, (Rathenow?)	102 -5
Oder, Halber	184	-7	Spree, (Spremburg?)	76 0
• Krossen	159	+3	• Beeskow	88 -8
• Frankfurt	154	0	• Bieser, (Rinden)	220 -14
• Wartsch, Schilow	—	—	• Witten	308 -2
• Landsberg	70	+1	• Rheine, (Waglanitzkanal)	425 +1
• Rega, Gerdamm	34	-12	• Raud	239 -7
• Ube, Reimberg	48	+10	• Rahn	391 -20
• Dresden	-24	+2	• Redar, (Hildromm)	73 -18
• Berch	156	+4	• Rain, (Baitheim)	—
• Magdeburg	120	-5	• Rojel, (Trie)	145 -14

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 3. April 1912, abends 8 1/2 Uhr:

## Vertrauensmänner - Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungsorte:

### Tischler.

**Südwesten:** bei Fröhlich, Fontanepromenade 19.  
**Süden:** bei Olteking, Borsdorferstr. 68.  
**Südosten I u. II:** in den Raunyn-Festhallen, Raunynstr. 6.  
**Osten I:** bei Kluge, Lange Str. 53.  
**Osten II:** bei Pich, Borsdorfer Str. 61.  
**Osten III:** bei Bergmann, Borsdorfer Str. 26.  
**Oestliche Vororte:** bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzengasse 47, Ecke Schrammbergstraße.  
**Nordosten:** bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.  
Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:** bei Obiglio, Schwedter Straße 23.  
**Wedding und Moabit:** bei Kaczarowski, Ravenstr. 6.  
**Weißensee:** im Prätator, Lehderstr. 122. Abends 6 1/2 Uhr.  
**Neukölln:** im Ideal-Kaffee, Reichelstr. 8.  
**Schöneberg:** um 5 1/2 Uhr bei Kuschke, Reihinger Str. 8.

**Ladeneinrichtungen- und Kontormöbel-Branche**  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

**Küchenmöbelbranche** bei Lehmann, An der Straßauer Brücke 3.

**Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter**  
**Osten:** bei Becker, Behrstr. 17. 8 1/2 Uhr.  
**Südosten:** im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a.  
**Norden:** bei Günther, Brunnenstr. 96.

**Maschinenarbeiter** im Lokal **Mit-Verstn**, Blumenstr. 9. Auch die Werkstätten von Neukölln, Schöneberg, Charlottenburg und Weissenhof müssen vertreten sein.

### Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

**Norden:** bei Döhling, Brunnenstr. 79.  
**Osten:** bei Gehler, Friedenstr. 67.  
**Südosten und Südwesten:** bei Perste, Ritterstr. 100.  
**Einsitzer** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 11.  
**Modelltischler** abends 8 Uhr bei Waldb, Pflugstr. 5.  
**Bodenleger** im Gewerkschaftshause, Saal 2.  
**Stellmacher** bei Hummel, Sophienstr. 5.  
**Jalousiearbeiter** bei Walter, Adalbertstr. 62.  
**Vergolder** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.  
**Kisten- u. Koffermacher** bei Emil Wüsch, Kraußstr. 24.  
**Korbmacher** bei Krause, Rindauer Str. 20.  
**Bürstenmacher** bei Breuh, Holzmarktstr. 65.  
**Kammacher** bei Breuh, Holzmarktstr. 65.  
**Stockarbeiter** abends 8 Uhr im Lokal „Zum Sorgenbrecher“, Holzmarktstr. 21.  
**Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter** um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Weidhorstr. 5.  
**Schirmmacher** abends 8 Uhr im Lokal „Zum Sorgenbrecher“, Holzmarktstr. 21.  
**Klavierarbeiter** abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engelauer 14, Zimmer 4 (Arbeitslokal).  
**Bilderrahmenmacher** um 6 Uhr bei Wühlisch, Callenbergstr. 22.

Freitag, den 12. April:

## General-Versammlung.

Stellungnahme zum Verbandstag.

Anträge zum Verbandstage müssen umgehend an das Bureau eingefandt werden.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Putzer.

**Achtung! Putzer. Achtung!**

Mittwoch, den 3. April 1912, abends 6 Uhr, bei Fr. Wille, Sebastianstraße 39:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Situationsbericht über Bauarbeiten usw. 2. Unsere Stellung zum Kampfe im Stillschaltungswerte. 198/10
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die örtliche Verwaltung.

## Sektion der Steinholzleger.

Mittwoch, den 3. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Bürgerheim“, Alte Schönhauser Straße 23/24:

## Mitglieder-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet

Der Sektionsvorstand.

## Gruppe der Rohrer.

Mittwoch, den 3. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 10, Engelauer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Welche Lehren ziehen wir aus der Sperre bei der Firma Krumh? Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen.  
Die Gruppenleitung.

# Verband der Sattler u. Portefeuille

Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung! Militärsattler! Achtung!**

Mittwoch, den 3. April, abends pünktlich 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

## Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

156/18

1. Bericht von den letzten Verhandlungen und endgültige Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifvertrages.
2. Branchenangelegenheiten.

**Achtung!** Die Versammlung findet nicht, wie angekündigt, in den „Reinshallen“, sondern im oberen Saal des „Englischen Garten“ statt. **Achtung!** Kein Kollege darf die Versammlung veräumen!

Die Branchenleitung.

# Allg. Ortskrankenkasse für Neukölln

Einladung an die Kassendelegierten

zu der am Freitag, den 19. April 1912, abends 8 Uhr, in Bartschs Festhallen hier selbst, Hermannstr. 49, stattfindenden

ordentlichen

## General-Versammlung.

I. Abends 8-8 1/2 Uhr: Wahl eines Vorstandsmitgliedes an den Reihen der Kassensmitglieder an Stelle der Frau Schulte bis zum 31. Dezember 1913.

Wahlberechtigt sind nur die Arbeitnehmerdelegierten.

II. Abends 8 1/2 Uhr:

Gemeinschaftliche Versammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht pro 1911.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Kenntnisnahme von dem Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichts in Sachen des früheren Vorsitzenden.
4. Beschlußfassung über die Veränderung des § 14 des Kassensatzes.
5. Beschlußfassung über die Vergrößerung einer Gehaltsstätte für Kassendelegierte Neukölln, den 31. März 1912.

Der Kassenvorstand.

Fiedler, Vorsitzender. Walter, Schriftführer.

Zur Beachtung! Die den Delegierten zugesandte Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste vorzuzeigen. Wohnungsveränderungen sind der Kasse sofort mitzuteilen. Delegierte, welche die Wahlbarkeit verloren haben, sind aus der Generalversammlung ausgeschlossen. 272/13  
In der Nummer vom 31. März ist infolge eines Druckfehlers irrtümlich zum 12. April eingeladen worden.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Hof I, Charlottenstraße 3, Hof III, Amt Norden, Nr. 1239. Amt Norden, Nr. 1967

Donnerstag, den 4. April 1912, abends 8 Uhr:

## Versammlung

der Bau-Anschläger Groß-Berlins  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung:

1. Aufgabe der neuen Tarife. 2. Bericht und Neuwahl der Branchenkommission. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 4. April 1912, abends 7 1/2 Uhr:

## Große Versammlung

sämtlicher in den Knopfbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
im Lokal von Merkowski, Andreasstr. 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Bahr: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 2. Diskussion. 3. Betriebsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht des wichtigen Vortrages für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Knopfbetriebe werden die Kolleginnen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle 34 von der Blumenstr. 35 nach Zunde, Blumenstr. 55, die Zahlstelle 131, Charlottenburg, von der Krummstraße nach der Goethestr. 72 verlegt worden ist. Neu eingerichtet wurde Zahlstelle 18 bei Bahner, Böttgerstr. 22.

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

Sonnabend, den 6. April, nachmittags,

Montag, den 8. April, den ganzen Tag,

Dienstag, den 9. April, nachmittags.

Bureau: Weidhorstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüdigerstr. 9. Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt Norden, 6708.

Donnerstag, den 4. April 1912, abends 8 1/2 Uhr:

## Sektionsversammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Die Forderungen der Gewerkschaften an die Gesetzgebung. Referent: Genosse Wilsch. Sitzung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 127/4

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Sektionsleitung.

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten

**Bei Rückgrat-  
verkrümmung  
glänzendste Erfolge**

mit meinem weltberühmten regulierbaren Redressions-Apparat - Patent Hans - für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerzte-Kongress mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt auf der international. Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.

**F. Menzel, Orthopädisches Institut,**  
Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 28.

**Neuheiten**  
in allen  
**Herren-Moden**  
fertigt und nach Mass  
erhalten Sie in der modernen  
Mass-Schneiderei  
**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstraße 40  
Hackesche Markt.  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedstraße.  
Reinickendorfer Str. 4  
Weddingplatz.  
auf Wunsch Dochenrate

vn  
**1 Mark**

**1 Mark**  
wöchentl. Feltzahlungen  
Hefere elegante fertige  
**Herren-  
Garderoben**  
Ersatz für Mass: Anfertigung u. Mass Tadellos Ausführung  
**Julius Fabian**  
Schneidemeister  
Gr. Frankt. Str. 37<sup>n</sup>  
Eingang Strausberger Platz.  
H. Ge- schäft: Turmstr. 18  
nur 1. Etage, 2. kein Laden. 11



Gerichts-Zeitung.

Wer ist der Angeklagte?

Der angebliche Kriist Enrique Riva, über dessen mysteriöse Persönlichkeit wir berichteten, wurde gestern wegen Hoteldiebstahls in mehreren Fällen zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Pflicht des Militärkassas zur Tragung von Strafenbaukosten. Die Firma R. u. S. in London, die Eigentümerin des Rittergutes Tempelhof war, verkaufte im Jahre 1871 ein Trennstück von 24 Morgen an den Reichsmilitärkassas. Auf diesem Trennstück befindet sich jetzt das Garnisonlazarett II Berlin. In dem Vertrage verpflichtete sich der Kassas, die künftige Unterhaltung der das Trennstück umgebenden Straßen bis zur Mitte längs der Fluchtlinie selbst zu übernehmen, nachdem diese von der Verkäuferin reguliert und dem öffentlichen Verkehr übergeben sein würden. Im Jahre 1906 hat die Gemeinde Tempelhof den vorderen Teil der Friedrich-Wilhelm-Straße in der vorgeschriebenen Weise angelegt. Der Terraingesellschaft für Berlin und Vororte, der jetzigen Besitzerin des Ritterguts und Rechtsnachfolgerin der Londoner Firma R. u. S., wurde vom Amtsvorsteher und der Gemeinde Tempelhof aufgegeben, den hinteren Teil der Straße, an dem sich das Gar-

nisonlazarett befindet, herstellen zu lassen. Dies hat die Klägerin durch Asphaltierung des Straßenteils ausgeführt und verlangt nun den dafür aufgewendeten Betrag von 25 000 Mark auf Grund des Vertrages mit der Londoner Firma vom Kassas erstattet.

Das Landgericht und das Kammergericht haben den Kassas zur Zahlung verurteilt. Diese Entscheidung ist am Sonnabend vom Reichsgericht bestätigt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Zu unserem Artikel „Prämien für Menschenfänger“ (24. März 1912) erhalten wir von der Redaktion des „Vorwärts“ folgende „Berichtigung“ auf Grund des § 11 des Preßgesetzes:

Im „Vorwärts“ (Organ der katholischen Arbeiterinnenvereine) ist ein spezialistischer Agitationsplan, der am 24. März zur Ausführung kommen soll, nicht veröffentlicht worden. Auch im vorigen Jahre ist von einer Gegendemonstration gegen die Veranstaltung des sozialdemokratischen Frauentages im „Vorwärts“ in keinerlei Weise die Rede gewesen, noch viel weniger wurde geplant, „unter dem Protektorat des hl. Josef“ am gleichen Tage für ihre Vereine eine Propaganda zu machen. Noch viel weniger hat der „Vorwärts“ berichtet über die Verteilung von Flugblättern am Eingang

der Kirche oder darüber, daß Geistliche sich erboten, von der Kanzel herab zum Eintritt in den Verein aufzufordern. Endlich sind auch keine Prämien, z. B. Herz Jesu Bild oder Bild des hl. Josef, den Geistlichen als Zimmerschmuck in Aussicht gestellt worden.

Sie haben die Verfasserin unseres Artikels aufgefordert, sich zu dieser Berichtigung zu äußern.

Witterungsübersicht vom 1. April 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C.
Swinemünde	746	SO	4	bedeckt	6	Saparanda	758	R	2	wolkenl.	18
Hamburg	746	RS	1	bedeckt	6	Petersburg	757	SW	3	heiter	9
Berlin	746	S	2	bedeckt	6	Sibiry	757	SW	3	halb bb.	6
Frankf. a. M.	746	SB	2	bedeckt	8	Aberdeen	758	RS	3	wolkenl.	3
München	748	SW	1	bedeckt	8	Paris	748	RS	3	Regen	5
Wien	749	S	2	halb bb.	9						

Wetterprognose für Dienstag, den 2. April 1912.

Ein wenig kühler, zunächst vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden; später langsam aufklarend. Berliner Wetterbureau.

„Kornfranck“  
das neue  
Kaffeegetränk



Mode von Heute

Seiden-Mäntel, Kostüme, Abseiten-Paletots, Kostüm-Röcke

Baumgarten

Einzel-Verkauf direkt ab Fabrik!

Engros — Export

Hausvogteiplatz 11 I. Etage — Kein Laden

(schrägüber Untergrundbahnhof)

Auch Sonntags geöffnet.

Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5% Rabatt verabreicht

Neu!

MAGGI'S

Nudel-Suppe

(Faden-Nudeln)



der Würfel für 2-3 Teller

10 Pfg.

eine vorzügliche, wohlschmeckende Suppe.



